Plenarprotokoll 11/44

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

44. Sitzung

Bonn, Freitag, den 27. November 1987

Inhalt:



(A) (C)

44. Sitzung

Bonn, den 27. November 1987

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Wieder haben **Naturkatastrophen** viele Menschenleben gefordert. Wir wollen der Opfer gedenken. Bei der Flutkatastrophe in der Küstenprovinz Natal sind über 300 Menschen ums Leben gekommen; 600 000 wurden obdachlos. Der Taifun Nina zerstörte im Süden der philippinischen Inselwelt ganze Dörfer. In Flutwellen starben 200 Menschen, Tausende wurden obdachlos. Den Hinterbliebenen und Opfern spreche ich in Ihrem Namen die Anteilnahme aus.

Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich danke Ihnen.

(B)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, die heutige **Tagesordnung** um die Beratung des interfraktionellen Antrags ,Erhöhung der Mitgliederzahl der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre"' — Drucksache 11/1351 — zu erweitern. Gleichzeitig soll damit von der Frist für die Beratung abgewichen werden. Sind Sie damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist also der Fall.

Dann rufe ich diesen Zusatzpunkt 1 der Tagesordnung gleich auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN:

Erhöhung der Mitgliederzahl der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre"

— Drucksache 11/1351 —

Wer dem Antrag auf Drucksache 11/1351 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr Punkt III der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988 **(Haushaltsgesetz 1988)**

— Drucksachen 11/700, 11/969, 11/1051 bis 11/1079, 11/1081, 11/1360 —

Ich darf davon ausgehen, daß hinsichtlich der Unterrichtung über die in zweiter Beratung beschlossenen Änderungen im Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 auf Druchsache 11/1360 von der Frist des § 84 b unserer Geschäftsordnung abgewichen werden soll. — Auch da höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Zu den verschiedenen Einzelplänen sowie zum Haushaltsgesetz liegen mehr als 20 Entschließungsanträge vor. Über diese Entschließungsanträge wird nach der Schlußabstimmung über das Haushaltsgesetz abgestimmt.

(D)

Ich möchte Ihnen auch gleich mitteilen, daß wir nicht weniger als sechs namentliche Abstimmungen haben werden, eine davon über den Haushalt selbst und fünf über Entschließungen.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, für die dritte Beratung des Haushaltsgesetzes 1988 eine Dauer von drei Stunden vorzusehen. — Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

Dann kann ich die Aussprache eröffnen. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Dregger.

Dr. Dregger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Beginn der dritten Lesung erkläre ich im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß wir nicht nur das **Zahlenwerk des Haushaltes** billigen, sondern auch die **Politik,** die sich darin verkörpert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen und Ihrer Regierung,

(Dr. Vogel [SPD]: Ist ein bißchen ausgedünnt!)

daß Sie durch Ihre Politik das exzessive Ausgabenwachstum beendigt, reales Wirtschaftswachstum genauso ermöglicht haben wie reale Einkommenssteigerungen für Rentner und Arbeitnehmer, daß unter

Dr. Dregger

Ihrer Verantwortung Hunderttausende neuer Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen wurden

(Walther [SPD]: Die vorher von Ihnen vernichtet worden sind!)

und daß auf diese Weise ein festes und solides Fundament entstanden ist, von dem aus wir künftigen Herausforderungen begegnen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mein zweites Wort richte ich an das ganze Haus, an die Koalition und an die Opposition. Der Bundestag sollte nicht nur Kampfplatz polemischer Auseinandersetzungen sein, hinter denen sich nicht selten ein Stück Ratlosigkeit und Rechthaberei verbergen. Der Bundestag sollte auch Forum gemeinsamer **Überlegungen** sein, insbesondere dann, wenn **neue Tatbestände** neue Entschlüsse verlangen.

(Frau Traupe [SPD]: Das wäre gut!)

Diese neuen Tatbestände gibt es zur Zeit in großer Fülle. Ich nenne die Eskalation der Gewalt auf unseren Straßen mit zunehmender Gefährdung unserer Polizeibeamten. Ich nenne die beiden Null-Lösungen im Mittelstreckenbereich, die die Sicherheitsstrukturen Europas grundlegend verändern. Ich nenne die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und im Währungsgefüge.

Diese Veränderungen verlangen **neue Bewertungen.** Sie enthalten Risiken, aber auch Chancen, die wir nutzen sollten, vielleicht auch die **Chance zu mehr Gemeinsamkeit** hier in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Traupe [SPD]: Aber nicht nur verbal!)

Meine Damen und Herren, das setzt allerdings voraus, daß wir uns gegenseitig respektieren. Regierung und Opposition stehen sich im parlamentarischen System als Gegenspieler, vielleicht auch als Gegner gegenüber, aber nicht als Feinde.

(Dr. Vogel [SPD]: Richtig!)

Es ist die gemeinsame Bindung an die Verfassung, die Respektierung der Menschenwürde des anderen, wozu gewiß auch der Schutz seiner Privatsphäre gehört, was den demokratischen Konsens ausmacht. Kein politisches Ziel, keine politische Lage können es rechtfertigen, diesen Konsens zu verletzten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Das muß auch bei der Aufklärung schlimmer Vorgänge gelten. Ich sage das ganz emotionslos und wohlüberlegt. Es widerspricht menschlichem Anstand, persönliche Schuld auf davon nicht Betroffene übertragen zu wollen. Ich denke, daß das alle Seiten beachten sollten.

Meine Überlegungen zur **inneren Sicherheit** möchte ich mit einem Zitat einleiten. Richard von Weizsäcker sagte am 6. November in München — ich zitiere:

> Die einzigartige Chance, die die Freiheit als Verfassungsprinzip bietet, ist die Fähigkeit zur Selbstkorrektur . . .

In der Politik der inneren Sicherheit sind Korrekturen, auch Selbstkorrekturen erforderlich. Der Bundesvorstand der FDP hat dazu ein Zeichen gesetzt. Der Parteivorsitzende der FDP, Bundeswirtschaftsminister Bangemann, hat das am Dienstag überzeugend begründet. Ich warne wie er davor, die sich darin zeigende Fähigkeit zur Selbstkorrektur jetzt als Schwäche oder Umfall oder ähnliches abzuwerten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn sich die Umstände ändern, müssen sich auch die politischen Bewertungen ändern, und die Umstände haben sich geändert. Die Gewalt der **öffentlichen Demonstrationen** geht nicht mehr — wenn es denn jemals so war — von jugendlichem Überschwang aus. Heute sind Profis am Werk. Ihre Gefährlichkeit nimmt zu. 1984 sind 139, 1987 schon 818 Polizeibeamte im Einsatz verletzt worden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wieviel Demonstranten?)

Zwei Beamte wurden im Zuge einer Gewaltdemonstration ermordet.

Wir können — ich sage das ohne Häme — unrechtmäßige Gewalt nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß wir vor ihr kapitulieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die schwerwiegendere **Fehlentscheidung des Hamburger Senats** wurde nicht jetzt — auch das war eine Fehlentscheidung — sondern bereits vor sechs Jahren getroffen.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: So ist es!)

Damals verzichtete der Senat darauf, besetzte Häuser unverzüglich, d. h. binnen 24 Stunden, räumen zu lassen, wie es in anderen Bundesländern geschieht.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Da hätten Sie einmal die Berufsverbote abgeschafft!)

Meine Damen und Herren, wer das staatliche Gewaltmonopol aufweicht, wer dem Faustrecht Raum schafft, kommt in eine ausweglose Lage, wie sie jetzt in Hamburg entstanden ist. Sosehr der „Friedensvertrag mit der Hafenstraße", wie es in der „Bild"-Zeitung hieß, zunächst als Erleichterung empfunden wird: In Wahrheit ist es eine schwere Niederlage des Rechtsstaates. Niemand von uns hat Anlaß, diese Niederlage von Recht und Gesetz als Sieg zu feiern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie kommt es zu diesen **Gewalttaten?** Stehen Not oder Unterdrückung dahinter? Nein, eher Haß und Verachtung.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Die sind vielleicht aufgeschlossener als Sie!)

Sie richten sich gegen den Staat, der seine „Bullen" — so heißt dieses menschenverachtende Schimpfwort — aufmarschieren läßt. Die Ohnmacht dieses Staates sichtbar zu machen, ihn dadurch der Lächerlichkeit und der allgemeinen Verachtung preiszugeben, das ist wesentliches Motiv dieser Gewaltanwendung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Dregger

(A) Daß dieser **Staat** der freiheitlichste und zugleich sozialste der deutschen Geschichte ist,

(Frau Unruh [GRÜNE]: Das „sozialste" lassen Sie bitte weg!)

ein Staat, der von keinem anderen Staat der Welt an **Bürgerrechten** und Bürgerfreiheiten übertroffen wird — all das hat ihn vor Haß und Feindschaft nicht geschützt.

Woran liegt das? Was hat Haß und Verachtung geweckt? Die Schläger selbst geben darauf keine verstehbare Antwort. Sie wollen Randale. Warum? Was steht dahinter? Ich zitiere jetzt einige Äußerungen, die uns nachdenklich machen sollten.

Die Studentenvertretung der kirchlichen Hochschule Berlin schrieb vor kurzem an die Synode der EKD — ich zitiere —, die „Wahllosigkeit Kreuzberger Knüppelnächte und Wackersdorfer Hetzjagden" haben nun ihre „Entsprechung in den Ausdrucksformen eines Teils des linken Spektrums gefunden". Ein neues Zitat: „So blüht das Alibi für die kommenden Morde im Kreise der kommenden Pfarrer" — Kommentar einer angesehenen Tageszeitung, dem zu widersprechen schwerfällt. Diese Studenten haben wahrscheinlich Schulen besucht, auf denen sie von Vertretern der „Konfliktpädagogik" belehrt wurden, Konflikt sei „die einzige Wahrheit der Gesellschaft".

(Zuruf von der SPD: Lösungen!)

Die Ordnung des Grundgesetzes sei keine Friedensordnung, sondern eine Konfliktordnung; die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland sei eine Klassengesellschaft.

(B)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Denken Sie einmal an Beamte und Arbeitslose!)

Günther Anders, den Sie sicherlich kennen — er nennt sich Philosoph — schrieb in der den Grünen nahestehenden Tageszeitung „taz" im Sommer — ich zitiere ihn wörtlich —:

(Frau Olms [GRÜNE]: Die ist nicht grünnah!)

Wir werden nicht davor zurückschrecken, diejenigen Menschen zu töten,

— ich wiederhole: „Wir werden nicht davor zurückschrecken, diejenigen Menschen zu töten" —

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Das ist keine grüne Position!)

die aus Beschränktheit der Phantasie oder aus Blödheit des Herzens vor der Gefährdung . . . der Menschheit nicht zurückschrecken.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Das ist eine Beleidigung! — Frau Unruh [GRÜNE]: Sie sind ein Demagoge!)

Menschen also sollen getötet werden, um die Menschheit zu retten, jedenfalls dann, wenn ihnen „Beschränktheit der Phantasie"

(Frau Unruh [GRÜNE]: Dann ist der Redakteur beschränkt, wenn er sowas schreibt!)

oder „Blödheit des Herzens" vorzuwerfen ist.

Das nun schon berühmt gewordene Zitat der Vorstandssprecherin Ihrer Partei, Jutta Dithfurt, kann, Frau Unruh, in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Es wurde wenige Tage vor der Ermordung der beiden Polizeibeamten in Frankfurt ausgesprochen. Es lautet — ich zitiere —:

(C)

Dieser Staat brauchte und braucht nichts so sehnsüchtig wie den Terror, den Schrecken. Er braucht ihn, um von seiner eigenen tagtäglich geübten Gewalt abzulenken.

(Dr. Czaja [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Diese Kostproben, die vermehrt werden könnten, sollen genügen. Sie erhellen den geistigen Hintergrund, vor dem Gewaltverharmlosung und Gewaltneigung wachsen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Der Ungeist!)

Nun sind, meine Damen und Herren, die von mir Zitierten keine originellen Denker. Sie sind ideologische Nachfahren Herbert Marcuses, der eine ganze Studentengeneration beeinflußt hat.

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU)

Marcuse bezeichnete schon in den 60er Jahren Gewalt als legitimes Mittel

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Regelrechte intellektuelle Höhenflüge sind das!)

gegen die — wie er sagte, und ich zitiere ihn — „strukturell gewalttätig angelegte liberale Demokratie". An anderer Stelle seines Buches „Repressive Toleranz" diffamiert er diese liberale Demokratie sogar als „totalitär".

(D)

Die **Herabsetzung unseres Staates** und seiner freiheitlichen Verfassung konnte nicht ohne Folgen bleiben. Machen wir uns klar: Es ist Verachtung, die zu Haß, und es ist Haß, der zu Gewalt und schließlich zu Mord führt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die vom Bundespräsidenten angemahnte **Selbstkorrektur** ist daher nirgendwo so notwendig wie in diesem Bereich.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Den nehmen wir ja auch ernst! — Gegenruf von der CDU/CSU: Aber Sie nimmt keiner ernst!)

Wir müssen Pädagogen, Publizisten, Politiker jeder Richtung aufrufen, die einzigartige Freiheit unseres Gemeinwesens als kostbares Gut zu begreifen und es vor dem Größenwahn von Ideologen zu schützen, die ihre Meinung verabsolutieren und mit Gewalt durchsetzen wollen.

(Dr. Mechtersheimer [GRÜNE]: Sie sollten etwas zu den Ursachen der Gewalt sagen!)

Diese geistige Umkehr ist das Wichtigste, was wir bewirken müssen.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Die Wende!)

Geeignete **rechtsstaatliche Instrumente** für Polizei und Justiz müssen hinzukommen. Ich weiß, daß es einige Politiker und Polizeiexperten gibt, die das nicht für notwendig oder gar für schädlich halten — wie ich meine, aus einer allzu verengten Sicht. Normen können nicht allein an der Frage gemessen werden, ob

Dr. Dregger

(A)

und inwieweit sie der Polizei die Arbeit erleichtern. Wichtiger ist die **Grenzziehung** zwischen dem, was demokratisch legitim, und dem, was demokratisch illegitim ist.

Zur Grenzüberschreitung gehören — und das müssen wir klarmachen, nicht irgendwelche Polizeiexperten — jede Art der Uniformierung,

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

jede Art der **Vermummung,** d. h. Tarnung, und jede Form der Bewaffnung, auch der sogenannten passiven Bewaffnung. Wer diese Mittel anwendet, überschreitet bereits die Grenze zur öffentlichen Gewaltanwendung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Grenzüberschreitung kann nicht wie das Überschreiten eines Parkverbots mit einer Ordnungsstrafe belegt werden. Es handelt sich hier um kriminelles Unrecht. Unsere Aufgabe, die des Gesetzgebers, ist es, dieses Unrecht im Strafgesetzbuch als kriminell zu bewerten. Meine Damen und Herren, das ist unsere Pflicht!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Untergang der ersten deutschen Republik begann mit der Aufstellung paramilitärischer Verbände

(Frau Unruh [GRÜNE]: Ja, daraus haben Sie nichts gelernt!)

— von der SA bis zum Rot-Front-Kämpferbund —, mit Gewaltdemonstrationen und politischen Morden.

(B)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Warum denn?)

Das darf sich nicht wiederholen.

(Dr. Mechtersheimer [GRÜNE]: Nie was von Eskalation gehört?)

Die „Schwarzen Blocks", die sich wie die Kader einer Bürgerkriegsarmee aufführen, dürfen auf unseren Straßen nicht die Überhand gewinnen. Die Polizei darf nicht in eine rein passiv-defensive Rolle gedrängt werden — unter ständiger unzumutbarer Gefährdung der Beamten, für die wir Politiker auch eine Fürsorgepflicht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Gewalttäter müssen festgenommen, von den Gerichten verurteilt und einer Strafe zugeführt werden, die der Bedeutung der Rechtsgüter entspricht, um die es geht, nämlich um die Sicherung der Demonstrationsfreiheit und die Wahrung des inneren Friedens.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Mechtersheimer [GRÜNE]: Koste es, was es wolle!)

„Recht ohne Macht ist Anarchie, und Macht ohne Recht ist Diktatur", so sagte es Blaise Pascal. Gewaltlosigkeit der politischen Auseinandersetzung ist die Grundlage der Demokratie. Sie zu sichern ist unsere gemeinsame Aufgabe. Darüber sollte Konsens in diesem Hause zwischen Regierung und Opposition möglich sein.

(C)

Meine Damen und Herren, auch die **Wahrung des äußeren Friedens,** die Wahrung der Sicherheitsinteressen des deutschen Volkes stellt uns vor neue Herausforderungen. Die zwischen den beiden Weltmächten vereinbarte sogenannte doppelte Null-Lösung wird die Sicherheitsstrukturen Europas verändern.

Wir haben der **doppelten Null-Lösung** zugestimmt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die einen sehen in jeder Abrüstung einen Gewinn — ohne Rücksicht darauf, welche Auswirkungen das auf das Gleichgewicht der Kräfte und damit auf unsere Sicherheit hat. Die anderen — zu denen wir gehören — sind der Meinung, daß Abrüstung gut ist, wenn sie zu mehr Gleichgewicht — und das heißt: zu mehr Sicherheit — führt, für alle, auch für uns.

Wir, die Union, begrüßen die doppelte Null-Lösung als Einstieg in weitere Abrüstungsmaßnahmen, die durch die Teilabrüstung im atomaren Mittelstreckenbereich nicht überflüssig, sondern dringlicher geworden sind.

Unsere Haltung hat ihren Niederschlag in den Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 4. Juni und 15. Oktober dieses Jahres gefunden. Diese Beschlüsse stimmen mit der Position überein, die die Außenministerkonferenz der NATO am 12. Juni 1987 ebenfalls eingenommen hat. In Übereinstimmung mit unseren eigenen Beschlüssen und der Position der Außenministerkonferenz sage ich:

Erstens. Wir wollen **Abrüstung und Gleichgewicht im konventionellen Bereich,** d. h. bei Panzern und Flugzeugen, die sich in Deutschland hautnah gegenüberstehen. Die Sowjetunion verfügt hier über einen Waffenüberhang, den selbst sie nicht mehr generell bestreitet. Aus dieser Erkenntnis sollten unverzüglich Schlußfolgerungen gezogen werden. Statt die Zeit damit zu vergeuden, das jetzige Kräfteverhältnis zu zählen, sollte vereinbart werden, was jeder Seite für die Zukunft zuzugestehen ist, und auf diesen Stand kontrolliert abgerüstet werden.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, über diese Position besteht Übereinstimmung.

Zweitens. Wir wollen **totale und globale chemische Abrüstung.** Wir fordern Ost und West auf, sie sobald wie möglich zu vereinbaren und zu verwirklichen. Aber da der Zeitpunkt nicht abzusehen ist, wann das geschieht, wollen wir auch an der Vereinbarung festhalten, die Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan am Rande der Konferenz von Tokio getroffen haben. Die Kollegen Wimmer, Todenhöfer und ich haben das vor zwei Jahren bei unserem Besuch in Washington vorbereitet. Danach sollen alle chemischen Waffen der USA von deutschem Boden verschwinden, sobald neue chemische Waffen in den USA produziert und dort gelagert werden.

Drittens. Wir wollen **atomare Abrüstung** auch bei den Systemen, die von der doppelten Null-Lösung nicht erfaßt werden.

Das gilt für die strategischen Systeme, deren Reduzierung auf 50 % die beiden Weltmächte bereits in Aussicht genommen haben. Was übrig bleibt, reicht sicher.

Dr. Dregger

(A) Es gilt vor allem für die **landgestützten atomaren Systeme** der Weltmächte, die wegen ihrer geringen **Reichweiten von weniger als 500 km** nahezu ausschließlich uns, die Deutschen beiderseits der Teilungsgrenze, bedrohen.

(Dr. Mechtersheimer [GRÜNE]: Auch die französischen!)

— Auch das muß so geregelt werden, wie das andere in der Allianz geregelt wird. Ich wirke in diese Richtung. — Das Kräfteverhältnis beträgt hier 1 365 Flugkörper auf östlicher und 88 auf westlicher Seite. Das ist ein Verhältnis von 15 : 1; das ungünstigste für den Westen, das es in irgendeinem Rüstungsbereich gibt. Es besteht daher nicht der geringste Anlaß, den Abbau sowjetischer Überrüstung im Kurzstreckenbereich zu verschieben, bis die Überrüstung der Sowjetunion bei den chemischen oder konventionellen Waffen beseitigt ist. Ich freue mich, daß Herr Kollege Genscher sich diesen meinen Standpunkt schon vor einiger Zeit ausdrücklich zu eigen gemacht hat.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Dr. Vogel [SPD]: Da seid ihr sprachlos! Lernt mal was hier!)

— Ich freue mich, daß das allgemeine Zustimmung findet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen — auch diese Klarstellung ist notwendig — bei den atomaren Kurzstreckenwaffen Abrüstung auf einen Mindestbestand, der nach meiner Auffassung die Massierung konventioneller Angriffsverbände verhindern soll. Eine Null-Lösung ist in diesem Bereich so lange nicht diskutabel, wie das ungeheure Ungleichgewicht bei chemischen und konventionellen Waffen fortbesteht.

(B)

Wenn von atomaren Waffen mit Reichweiten unter 500 km die Rede ist, bleibt die **atomare Rohrartillerie** mit ihrer ungeheuren Zerstörungsgewalt auf deutschem Boden in der Regel unerwähnt. Bei der Erarbeitung des westlichen Abrüstungs- und Sicherheitskonzepts muß sie in die Überlegungen einbezogen werden. Wenn die atomare Rohrartillerie neben den verbleibenden Kurzstreckenraketen zur Abwehr konventioneller Angriffsmassierungen entbehrlich sein sollte — was militärisch zu prüfen ist —, dann sollte diese atomare Rohrartillerie von deutschem Boden verschwinden.

(Richtig! bei den GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Die doppelte Null-Lösung bei den atomaren Raketen der Weltmächte hat weitere Abrüstungsfortschritte nicht überflüssig, sondern dringlicher gemacht. Wir wollen ein Sicherheits- und Abrüstungskonzept der Allianz, das Gleichgewicht nicht durch westliche Aufrüstung, sondern durch sowjetische Abrüstung herstellt und das die Sicherheits- und Überlebensinteressen des deutschen Volkes voll berücksichtigt.

Generalsekretär Gorbatschow fordere ich auf, gerade in diesem Bereich ein Zeichen zu setzen. Die **sowjetische Überlegenheit** an atomaren Kurzstreckensystemen von 1365 zu 88 zu Lasten des Westens kann mit Verteidigungsnotwendigkeiten nicht begründet werden. Diese Überlegenheit ist bedrohlich. (C) Sie führt nicht zu Vertrauen und Zusammenarbeit, auf die es jetzt ankommt, sondern gefährdet sie. Die Sowjetunion sollte daher auf diesem Felde, auch ohne ein neues Abrüstungsabkommen, einseitig einen wesentlichen Abrüstungsschritt tun, um ihren Willen zur Abrüstung glaubhaft zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Opposition, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der SPD, bitte ich, zu prüfen, ob sie die von mir vorgetragenen Sicherheits- und Abrüstungspositionen unterstützen kann. Zu Gesprächen darüber sind wir bereit. Nationaler Konsens ist auf keinem Felde wichtiger als in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sind dazu bereit.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir verabschieden heute einen nationalen Haushalt vor dem Hintergrund europäischer und weltwirtschaftlicher Unsicherheit. Wenn wir ihn trotzdem auf feste Daten stützen und die Risiken eingrenzen können, dann auf Grund unserer **Konsolidierungserfolge seit 1982,** seit Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Kohl.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Um die finanzpolitische Wende zu verdeutlichen: In der Ära Brandt/Schmidt stiegen die Bundesausgaben im Jahresdurchschnitt um 9 %. Von 1983 bis 1986 stiegen sie jährlich um 1,7 %. Diese Linie behalten wir bei.

Das hat nicht nur zu totaler Geldwertstabilität, zu realem Wirtschaftswachstum, zur Vermehrung der Zahl der Arbeitsplätze um netto über 600 000 beigetragen; diese Konsolidierungsleistung hat uns auch ein Stück finanzieller Handlungsfähigkeit gerettet und wiedergewonnen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir wären völlig hilflos, wenn es nach 1982 so weitergegangen wäre wie vorher.

Um den **Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft** zu begegnen, müssen die USA ihr Haushaltsdefizit verringern durch Ausgabenkürzung und Steuererhöhung. Dazu sind in Washington erste Beschlüsse gefaßt worden, die wir begrüßen.

Die Überschußländer Japan und Deutschland — wir sind nicht die einzigen, aber wir werden immer genannt — werden aufgefordert, das Gegenteil zu tun. Von den **Überschußländern** wird erwartet, daß sie ihre **Haushaltsdefizite** erhöhen. Wir tun das vor allem durch unsere Politik der **Steuersenkung.** Sie war von Anbeginn nicht nur binnenwirtschaftlich, sondern auch außenwirtschaftlich motiviert. Sie erinnern sich, daß ich darauf immer wieder hingewiesen habe. Dieser **außenwirtschaftliche Aspekt** hat jetzt natürlich an Bedeutung gewonnen.

Inzwischen wird uns nicht mehr vorgeworfen, wir täten in dieser Hinsicht zuviel, sondern eher zuwenig. Ich möchte dazu fünf Anmerkungen machen.

Erstens. Wir könnten uns jetzt höhere Staatsausgaben und noch höhere Haushaltsdefizite, z. B. durch weitere Steuersenkungen, leisten, wenn die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung am Anfang der

Dr. Dregger

(A) 70er Jahre darauf verzichtet hätte, zur Unzeit, als keinerlei wirtschaftliche Notwendigkeiten dafür vorhanden waren, in dieser immensen Weise Schulden zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Matthäus-Maier [SPD]: Rezession, mein Junge!)

Sie haben in guten Jahren nicht vorgesorgt, sondern Sie haben in guten Jahren das Geld zum Fenster hinausgeworfen, und das vermindert unseren Spielraum.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Die 30 Milliarden DM **Zinslast** jährlich, die wir aus der **Ära Brandt/Schmidt** übernehmen mußten, verringern natürlich unseren heutigen Handlungsspielraum.

(Walther [SPD]: Wer hat denn den Unsinn aufgeschrieben? — Frau Traupe [SPD]: Sie sollten Ihren Referenten entlassen!)

Zweitens. Trotzdem haben wir zu den **Stabilisierungsbemühungen der großen Industrienationen** angemessen beigetragen, und wir werden das auch in Zukunft tun. Beitragen können wir dazu allerdings nur dann, wenn die anderen mitmachen. Deutsche Alleingänge zur Rettung der Weltwirtschaft wären eine absurde Selbstüberschätzung.

(Frau Traupe [SPD]: Richtig!)

(B) Im Vergleich zu Japan ist die deutsche Wirtschaft mittelgroß, im Vergleich zu den USA ist sie eher klein. Um an Hand von Zahlen eine Vorstellung zu vermitteln: Das Bruttosozialprodukt 1986 betrug bei uns 890 Milliarden Dollar, in Japan 1 958 Milliarden Dollar, also mehr als das Doppelte, und in den USA 4 166 Milliarden Dollar, das ist das Viereinhalbfache.

Drittens. Für uns ist es von großer Bedeutung, daß unsere Wirtschaft eingebettet ist in die **Europäische Gemeinschaft** und das **Europäische Währungssystem.** Ihre Fortentwicklung zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat an Bedeutung gewonnen. Wir begrüßen die darauf gerichteten Bemühungen der Bundesregierung, wozu auch, Herr Bundeskanzler, die Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung zur Gründung eines Wirtschafts- und Finanzrats gehört. Wir sehen darin einen Schritt auf dem richtigen Weg, der nicht exklusiv bleiben wird, sondern Europa insgesamt einschließen wird.

Viertens. Wir bereiten uns darauf vor, im Rahmen eines mit den anderen Industrienationen abzustimmenden Konzepts neue Entschlüsse zu fassen, wenn die Lage es erfordert. Weitere allgemeine steuerliche Entlastungen können bei uns nicht im Vordergrund stehen, erst recht keine Erhöhung der Staatsausgaben. Vordringlich ist die **Förderung von Inlandsinvestitionen,**

(Walther [SPD]: Das wird langsam Zeit! Es werden immer weniger!)

(C) insbesondere die Förderung privater Inlandsinvestitionen, die privates Kapital an den Industriestandort Deutschland binden.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Also doch „Arbeit und Umwelt"!)

Nicht Kapitalexport, sondern Investitionen in Deutschland müssen jetzt im Vordergrund stehen.

(Dr. Vogel [SPD]: Hört! Hört!)

Das setzt aber voraus, daß Staat und Tarifpartner kein Kostenniveau schaffen, das dazu Anreiz gibt, anderswo die Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Vogel [SPD]: Spät kommt ihr, doch ihr kommt!)

Fünftens. Auch eine **Verbrauchssteigerung** wäre situationsgerecht, nicht durch unangemessene Erhöhung der Lohnkosten; davor haben auch die Fünf Weisen und die wirtschaftswissenschaftlichen Institute gewarnt.

(Walther [SPD]: Die irren sich nun laufend!)

Es kann nur darum gehen, den vorhandenen Spielraum jetzt weniger für **Arbeitszeitverkürzungen** und mehr für **Lohnerhöhungen** zu nutzen, da das die Binnennachfrage steigern und dadurch Arbeitsplätze sichern würde.

(Beifall bei der CDU/CSU — Walther [SPD]: Wie soll die denn gesteigert werden, wenn die Löhne niedriger sind?)

(D) Der diesbezügliche Hinweis des Bundesfinanzministers war durchaus berechtigt.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Geben Sie den Armen Geld, dann haben Sie Binnennachfrage!)

— Sie gehören offenbar zu den Armen.

Meine Damen und Herren, noch wichtiger allerdings ist es, den Sprung der Deutschen von der **Konsumfähigkeit** zur **Konsumbereitschaft** nicht durch unüberlegtes **Krisengerede** zu gefährden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist auch sehr wichtig!)

Wir Deutschen gehören im Sparen ja zu den Weltmeistern. Das ist gewiß eine Tugend, aber eine, die in der gegenwärtigen Situation nicht übertrieben werden sollte.

(Frau Traupe [SPD]: Ach nein!)

An Konsumfähigkeit fehlt es jedenfalls nicht. Das zeigt der erhebliche Anstieg der verfügbaren Einkommen. Sie steigen nach Schätzung der Sachverständigen 1987 real um 3,5 % und 1988 real um 4,5 %. Auch das ist ein großer Erfolg unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik; denn vor 1982, Herr Kollege Vogel, sanken die Realeinkommen der Rentner und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Dr. Vogel [SPD]: Der Arbeitnehmeranteil war noch nie so niedrig wie jetzt! Noch 58 %!)

Dr. Dregger

(A) Abschließend hierzu: Es ist selbstverständlich, daß die Bundesregierung Optionen vorbereiten muß für den Fall, daß zusätzlicher Handlungsbedarf entsteht. Das geschieht. Im internationalen Vergleich stehen wir gut da. Die Politik von Regierung und Koalition hat das möglich gemacht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, trotz unserer Spitzenstellung im internationalen Vergleich stehen wir infolge expansiver Ausgabenpolitik in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre jetzt an der Grenze dessen, was der Staat für seine Bürger tun kann. Haushaltskonsolidierung, Kostendämpfung im Gesundheitswesen und Rentenstrukturreform sind Stichworte, die das anzeigen. Die Aufgaben, die jetzt zu erfüllen sind, sind trotzdem viel leichter als das, was nach dem Kriege beim Wiederaufbau zu leisten war. Damals hat unser Volk gezeigt, über welch ungeheure geistige und moralische Kraft es verfügt, wenn die Lage es erfordert. Jetzt kommt es vor allem auf die junge Generation an. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie weniger leistungsbereit, weniger befähigt und weniger dynamisch sein könnte als die Generation ihrer Väter und Mütter.

Unserer Jugend sage ich: Denkt daran, daß in anderen Teilen der Welt, nicht nur in den alten Industrienationen, sondern z. B. auch in Südostasien eine junge Elite heranwächst, mit der ihr euch in Zukunft messen müßt. Ihr werdet es schaffen, wenn ihr nicht wehleidig seid, wenn ihr euch anstrengt, wenn ihr eure Fähigkeiten ausbildet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(B) Deshalb rufe ich euch das zu, was vor 25 Jahren John F. Kennedy seinen Mitbürgern gesagt hat: Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, fragt euch, was ihr für euer Land tun könnt!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich füge dem einen Satz hinzu, den einer der Gründungsväter unserer Republik, Konrad Adenauer, in der letzten Rede seines Lebens gesagt hat: „Entscheidend aber ist die Liebe zu unserem Volk." So ist es: Ihm, dem deutschen Volk, wollen wir dienen, noch besser und wirkungsvoller als bisher.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Spöri.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Jetzt kommt der Kennedy-Typ! — Heiterkeit)

Dr. Spöri (SPD): Vielen Dank für das Kompliment.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Dregger ist in seiner Tour d'horizon vor allen Dingen auch auf die Perspektiven der Abrüstung eingegangen, die sich jetzt abzeichnen, wenn das **INF-Abkommen** zustande kommt, was wir alle hoffen.

Ich, Herr Kollege Dregger, erlebe es in meinem Wahlkreis Heilbronn, einem Pershing-II-Standort, hautnah, welche Erleichterung auf Grund dieses Abkommens entstanden ist. Wir danken allen Verant- (C) wortlichen auf beiden Seiten, daß dieses Abkommen möglich war. Wir danken auch der Friedensbewegung, die unser Bewußtsein für diese Dinge geschärft hat.

(Beifall bei der SPD — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Der Bundesregierung auch!)

— Ich habe gesagt: Allen Verantwortlichen auf beiden Seiten in dem Paktsystem.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung des Herrn Kollegen Dregger, daß wir die Chance nutzen sollten, den Prozeß, der jetzt in Gang gekommen ist, auf anderen Ebenen über die Mittelstreckenraketenebene hinaus fortzusetzen im Bereich der strategischen Interkontinentalwaffen.

Dabei sind Ziele für uns Sozialdemokraten zunächst einmal der **Abbau der konventionellen Ungleichgewichte in Mitteleuropa** und gleichzeitig parallel, Herr Kollege Dregger, auch der **Abbau der nuklearen Kurzstreckensysteme unter 500 km Reichweite.** Für uns sind weitere Ziele — ich weiß nicht, ob Sie damit einverstanden sind — der **Einstieg in eine chemiewaffenfreie Zone und in einen atomwaffenfreien Korridor.** Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich sagen, daß wir froh sind, daß Sie unser Gesprächsangebot des letzten Jahres für größere **Gemeinsamkeiten im Bereich der Abrüstungspolitik und der Sicherheitspolitik** hier in Ihre Rede aufgenommen haben, und ich sehe durchaus hoffnungsvolle Ansätze, daß es zu dieser Gemeinsamkeit in diesem Hause kommt. Denn (D) das Gewicht der Bundesrepublik ist um so größer, je geschlossener wir hinter diesen Abrüstungszielsetzungen stehen.

Eine Bedingung aber haben wir für diese Zusammenarbeit, Herr Kollege Dregger. Wenn diese Zusammenarbeit auf dem Feld der Sicherheitspolitik in diesem Hause zwischen unseren Fraktionen besser werden soll, dann darf es keine mehrheitliche Meinungsbildung in Ihrer Fraktion für eine Nachrüstung bei nuklearen Kurzstreckenraketen in Europa geben.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Die gibt es nicht!)

Und dann, Herr Kollege Dregger, müssen Sie jene in Ihrer Fraktion zurückdrängen, die schon gegen die doppelte Null-Lösung gewesen sind, und Sie müssen jene zurückdrängen, die Sicherheitspartnerschaft als Selbstaufgabe des Westens denunzieren.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie müssen jene in Ihrer Fraktion zurückdrängen, die für eine Militarisierung des Weltraums eintreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dies sind unsere Bedingungen für eine Zusammenarbeit auf diesem Feld.

Sie haben im Bereich der **inneren Sicherheit** viele Dinge angesprochen, die mich bedrücken, aber die sind schon in der Debatte vorgestern ausgeräumt worden. Ich möchte nur noch einmal auf die **Hafenstraße,** auf das Stichwort „Hamburg", eingehen. Sie haben

Dr. Spöri

(A) den Bürgermeister der Hansestadt Hamburg attakkiert, und Sie haben hier wörtlich gesagt, das, was Herr Dohnanyi gemacht habe, sei eine Niederlage unseres Rechtsstaats. Ich sage Ihnen: Das, was Herr von Dohnanyi gemacht hat, ist ein humaner **Sieg des Rechtsstaats,**

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Nein, das war ein Verrat am Rechtsstaat!)

der die Verhältnismäßigkeit der Mittel in diesem Rechtsstaat beachtet hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: Das war die Kapitulation vor der Gewalt!)

Ich sage Ihnen — die Bevölkerung sieht es mehrheitlich genauso —: Dieser Mann ist mit seinem Handeln zum Symbol für einen politischen Mut geworden, der dem Gesetz Geltung verschafft ohne weitere unnötige Gewalteskalation und unnötiges Blutvergießen. Wir alle, auch Sie in der Union, sollten diesem Mann zu Dank verpflichtet sein.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Klaus von Dohnanyi zeigte uns beispielhaft politische Kultur, auch indem er Fehler im politischen Handeln eingestanden und sich dafür entschuldigt hat, was eine wahre Wohltat im Geschrei der Rechthaberei dieses Hauses war.

(Beifall bei der SPD — Dr. Vogel [SPD]: Daran sollte sich Stoltenberg ein Beispiel nehmen!)

(B) Herr Kollege Dregger, Ihre Kritik an Klaus von Dohnanyi ist aus dieser Sicht erbärmlich und disqualifiziert Sie nur selbst.

Nun zum eigentlichen Thema des heutigen Tages oder dieser Woche, nämlich zum Haushalt 1988. Seit der letzten Haushaltsdebatte im September hat sich die wirtschaftliche Situation weltweit dramatisch verändert. Auf den ersten schwarzen Montag folgte ein zweiter und dann noch ein rabenschwarzer Dienstag. Der Dollarkurs lag 1985 noch bei einem Spitzenwert von 3,47 DM, gestern beim Fixing lag er bei 1,66 DM. Die Bundesregierung hat dies, wenn man das praktische Handeln zugrunde legt, völlig reaktionslos zur Kenntnis genommen. Der Bundesfinanzminister, der in dieser Situation eigentlich in erster Linie gefordert wäre, hält sich unentschlossen und in Kiel beschäftigt zurück, und der Bundeskanzler sitzt mal wieder alles aus.

Statt endlich in dieser Debatte der tiefgreifenden **wirtschaftlichen Vertrauenskrise** durch eine glaubwürdige aktive Politik konjunktur- und beschäftigungspolitisch entschlossen entgegenzutreten, hat der Herr Bundesfinanzminister wieder mal nur mit geringen Abstrichen noch an seinem Bild von der ökonomisch heilen Welt gezeichnet. Über die wirklichen Gefahren, nämlich z. B. auf die zunehmende Kurzarbeit in der Exportindustrie, Herr Stoltenberg, sind Sie nur mit unverbindlichen Ankündigungen hinweggegangen.

(Dr. Vogel [SPD]: Leider wahr!)

(C) Sie verspielen so auch noch den letzten Rest an Vertrauen in die Finanzpolitik dieser Bundesregierung. Dieser Vertrauensverlust ist aber nicht nur Ihr persönliches Problem, mit dem wir leben könnten, Ihre **Finanzpolitik** wird zunehmend auch zum **Konjunktur- und Beschäftigungsrisiko,** das die schon vorhandene wirtschaftliche Unsicherheit bei Bürgern und Wirtschaft verstärkt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir beraten hier über einen Haushaltsplan, der ganz offensichtlich nur noch wenig mit der Realität zu tun hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Der Mann kommt aus Baden-Württemberg und redet so daher!)

Die Koalition wird hier mit ihrer Mehrheit ein Haushaltsgesetz beschließen,

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Das ist richtig!)

von dem sie schon heute weiß, daß es so nicht vollzogen werden kann.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Das ist falsch!)

Die zentralen Schwachstellen dieses Haushalts hat nicht der Bundesfinanzminister und schon gar nicht Herr Dregger heute morgen in dieser Debatte ausräumen können.

Meine Damen und Herren von der Koalition, wo sollen denn eigentlich die 222 Milliarden DM Steuereinnahmen in diesem Haushalt herkommen, wenn (D) nicht ein konjunkturelles Wunder geschieht?, frage ich Sie. Aus der neuen Wirtschaftsprognose des Sachverständigenrates — und die ist noch sehr optimistisch — ergibt sich schon ein zusätzlicher **Steuerausfall** von mindestens 3 Milliarden DM, und der ist noch gar nicht berücksichtigt.

Wo, Herr Bundesfinanzminister, soll eigentlich der **Bundesbankgewinn** von 6 Milliarden DM in diesem Haushalt herkommen? Wenn der Dollar bei 1,66 DM bleibt, dann fehlen Ihnen in diesem Haushalt mindestens 3 Milliarden DM. Auch das ignoriert Ihr Haushaltsplan.

Wo sind in Ihrem Haushalt die berühmten unabweisbaren Milliarden für die **Europäische Gemeinschaft** eingestellt? Sagen Sie doch endlich einmal konkret und verbindlich, wie Sie das im Jahre 1988 finanzieren wollen. Dazu ist diese Debatte da.

(Beifall bei der SPD)

Herr Stoltenberg, Ihr Ziel, die **Neuverschuldung** des Bundes im nächsten Jahr unter 30 Milliarden DM zu halten, haben Sie nur auf geduldigem Papier erreicht. Merken Sie eigentlich nicht, daß Ihnen diese Zahl draußen niemand mehr abnimmt?

(Walther [SPD]: Hier drinnen auch niemand!)

Damit wir uns richtig verstehen: Ich werfe Ihnen, Herr Bundesfinanzminister, in dieser konjunkturellen Situation nicht vor, daß die tatsächliche Nettokreditaufnahme im Jahr 1988 höher sein wird, als es auf diesem geduldigen Haushaltspapier steht. Ich werfe Ihnen

Dr. Spöri

(A) vor, daß Sie dieses der Öffentlichkeit und dem Parlament bewußt verheimlichen wollen und daß die erhöhte Neuverschuldung nicht zur Finanzierung wirklich beschäftigungswirksamer Maßnahmen genutzt wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN — Jung [Lörrach] [CDU/CSU]: In der Gegenwart hat man nichts zu kritisieren! Da muß man in die Zukunft gehen!)

Ihre finanzpolitische **Glaubwürdigkeit** — das wissen Sie — ist erschüttert, nicht nur bei uns, sondern auch bei **unseren internationalen Partnern.** Sie haben unseren Partnern im Februar im **Louvre-Abkommen** zur Wechselkursstabilisierung zugesagt, zur Stärkung unserer Binnennachfrage die Steuersenkung 1988 um 5,2 Milliarden DM aufzustocken. Das haben Sie gemacht. Okay. Ebenfalls im Februar wurde aber in der Koalitionsvereinbarung die Erhöhung von Verbrauchsteuern für 1988 festgeschrieben. Sie haben das extra vor kurzem noch einmal bestätigt. Das hat fatale Folgen auf internationaler Ebene.

(Seiters [CDU/CSU]: Zitieren Sie doch einmal genau!)

Wie sollen Sie denn gegenüber unseren Partnern noch glaubwürdig sein, Herr Stoltenberg, wenn Sie Versprechungen — zusätzliche Steuersenkungen —, die Sie international abgegeben haben, zu Hause klammheimlich in Form von höheren Verbrauchsteuern wieder einsammeln? Bei diesem Spiel mit gezinkten Karten darf sich niemand wundern, daß negative Reaktionen unserer Partner kommen.

(B)

Es stimmt: Sie, Herr Bundesfinanzminister, können nicht für die großen Fehler verantwortlich gemacht werden, die anderswo gemacht worden sind, z. B. in den USA. Das wäre töricht. Niemand will und soll hier die verheerenden Folgen der verantwortungslosen **Finanz- und Geldpolitik der Reagan-Administration** für die Weltwirtschaft verniedlichen, meine Damen und Herren. Aber ich frage mich manchmal: Wo sind heute eigentlich die großen Bewunderer der Reaganomics aus den Koalitionsreihen geblieben? Wo sind die großen Fans der Reaganomics geblieben?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben doch noch vor Jahresfrist wahre Wallfahrten in die USA organisiert, um mit glänzenden Augen das Wirtschaftswunder dort zu bestaunen.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Wer denn? Kein Mensch!)

Meine Damen und Herren, unabhängig von der verheerenden Hypothek dieser amerikanischen Finanzpolitik:

(Dr. Vogel [SPD]: Alles ins Weltall geschmissen, das schöne Geld!)

Daß das Louvre-Abkommen geplatzt ist und die Bundesrepublik heute mit als Störenfried der Weltwirtschaft dasteht, hat Ihre Finanzpolitik, Herr Stoltenberg, mit zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

(C) Der Schaden, den Sie dadurch für unsere Wirtschaft mit zu verantworten haben, ist unabsehbar. Das Exportwachstum, das im kommenden Jahr die Konjunktur über Wasser halten sollte, wird bei dem heutigen Dollarkurs blanke Illusion bleiben. Vor allem unsere Exportwirtschaft, die ein Drittel unseres Sozialproduktes erwirtschaftet, wird die Zeche zu zahlen haben und ebenso die Arbeitnehmer, von denen jeder vierte für den Export arbeitet.

Wir brauchen, Herr Bundesfinanzminister, endlich eine wirksame Politik zur **Stabilisierung der Wechselkurse.** Stabilere Wechselkurse setzen aber voraus, Herr Stoltenberg, daß nicht allein die Notenbanken wie bisher die Last der Wechselkursstabilisierung tragen müssen, sondern daß sie in dieser Aufgabe durch eine glaubwürdige, vertrauenschaffende Wirtschafts- und Finanzpolitik entlastet werden, damit die Weltwirtschaft ohne tiefen Einbruch wieder ins Gleichgewicht kommt, damit die Handelsströme auf hohem Niveau angeglichen werden können.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Wer tut das mehr als wir?)

Wenn die gegenwärtigen Unsicherheiten andauern, ist die Weltkonjunktur und unsere eigene Wirtschaftsentwicklung in unabsehbarer Weise gefährdet. Natürlich waren die Budget- und Handelsbilanzdefizite der USA der zentrale Auslöser der heutigen Krise. Aber, Herr Stoltenberg, die Lösung dieser Probleme in der Perspektive, in der Zukunft liegt nicht in einem Billardspiel internationaler Schuldzuweisungen, wie Sie es gegenwärtig betreiben.

(Beifall bei der SPD)

(D) Der Herr Bangemannn hat doch in einem Punkt seines wirtschaftspolitischen Brandbriefs an Sie vom 10. November völlig recht: Hören Sie endlich mit dem Spiel auf, Herr Bundesfinanzminister, nur tatenlos den Schwarzen Peter über den Atlantik hin- und herzuschieben! Wir laufen sonst tatsächlich Gefahr, daß die internationale Kritik an der Bundesrepublik immer größer wird und wir noch weiter in eine isolierte Position hineingeraten.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Cronenberg?

Dr. Spöri (SPD): Ja.

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Herr Kollege, würden Sie bitte die Güte haben, dem Hause mitzuteilen, in welchem Briefe das steht? Offensichtlich existieren mehrere Briefe. In dem bekannten ist das nicht der Fall.

(Dr. Vogel [SPD]: Das wissen Sie noch gar nicht? Der schreibt jeden Tag!)

Dr. Spöri (SPD): Es ist der Brief, den Sie wohl nicht gelesen haben, von Herrn Bangemann an Herrn Stoltenberg vom 10. November.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Da steht das genau nicht drin! — Dr. Vogel [SPD]: Brief verteilen! — Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Der ist verteilt!)

Dr. Spöri

(A) — Doch, da steht das drin.

(Conradi [SPD]: Als Bundestagsdrucksache!)

— Das kommt in eine Bundestagsdrucksache. Das ist ein guter Vorschlag.

Wir werden nicht umhinkommen, unseren eigenen angemessenen Beitrag zur Verbesserung der realen Grundbedingungen in der Weltwirtschaft zum besseren **Ausgleich der Handelsbilanzen** zu leisten. Verweigern Sie sich dem nicht länger, Herr Bundesfinanzminister.

(Lachen des Bundesministers Dr. Stoltenberg)

— Ja, da geht er hoch. —

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Nein, er lacht sich kaputt!)

Herr Stoltenberg, Sie sollten als Finanzminister der größten Handelsnation die eindringlichen Worte eines führenden Mannes der Wirtschaft wie Edzard Reuter, hier endlich zu handeln, nicht einfach in den Wind schlagen.

(Beifall bei der SPD — Dr. Vogel [SPD]: Oder von Herrn von Kuenheim!)

Ich sage Ihnen: Die Art, wie Sie diesen anerkannten Mann der Wirtschaft, gerade als er zum „Manager des Jahres 1987" gewählt worden war, hier im Deutschen Bundestag in übler Weise abqualifizierten, disqualifiziert nur Sie selbst als Person.

(B) (Beifall bei der SPD — Dr. Vogel [SPD]: Und was ist mit dem BMW-Kuenheim?)

— Dann noch eine kleine Zusatzinformation: Wenn Sie sich über den Herrn Edzard Reuter aufregen, dann lesen Sie doch mal nach, was gestern Eberhard von Kuenheim[1]) gesagt hat. Der hat dasselbe gesagt, Herr Bangemann, nur noch etwas schärfer.

(Dr. Bangemann [FDP]: Kuenheim[2])!)

— Der Herr von Kuenheim[2]), sehr richtig. Ich bedanke mich. — Guten Morgen, Herr Wirtschaftsminister! Aufgewacht?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das zeitliche Vorziehen des Steuerpakets 1990 kann allerdings ein solcher positiver Beitrag nicht sein. Die wirtschaftspolitische Position der Bundesrepublik würde dadurch nicht im Sinne eines wirkungsvollen konjunkturellen Gegensteuerns verbessert; denn dieses Steuerpaket wird nicht die notwendigen Impulse für mehr Binnennachfrage und Beschäftigung bringen.

Wegen der einseitigen Konzentration der Steuersenkungen auf hohe und höchste Einkommen ist dieses **Steuerpaket** nicht nur ungerecht, sondern auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch verfehlt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie wissen es doch besser!)

[1]) „ue" gesprochen wie „ü"
[2]) „ue" gesprochen wie „u"

(C) — Ja, natürlich, ich weiß, daß Sie das nicht gerne hören. Ich sage es aber trotzdem.

Ihr Steuerpaket ist für die Mehrheit der Bevölkerung, die zunächst Ihrem 1 000-DM-Steuerversprechen Glauben geschenkt hatte, jetzt nach den Finanzierungsbeschlüssen erst recht eine große Enttäuschung. Wenn das nicht so wäre, hätte es nicht einen so dramatischen Verlust der steuerpolitischen Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung geben können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte Umfragen nicht überbewerten. Das tue ich auch nicht. Aber sie sind natürlich, auch wenn immer ein methodischer Fehler in ihnen steckt, durchaus ein gutes Stimmungsbarometer für Veränderungen. Neueste Umfragen, meine Damen und Herren von der Koalition, zeigen, daß 62 % unserer Bürger das Steuerpaket der Bundesregierung ablehnen. 73 % der Bürger sind der Meinung, die Steuerpolitik der Bundesregierung begünstige einseitig die Spitzenverdiener.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist der Erfolg Ihrer Demagogie!)

So sieht es die Bevölkerung. Die Bürger haben jetzt erkannt, daß die vielen Millionen Normalverdiener für die lukrativen Steuergeschenke an Spitzenverdiener die Zeche zahlen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(D) Die Bürger haben nach den Finanzierungsbeschlüssen auch erkannt, daß die Bundesregierung ihr großes Versprechen, jeder würde 1 000 DM **weniger Steuern** zahlen, für die **normal verdienenden Arbeitnehmer** endgültig gebrochen hat. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der SPD — Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Viele Bürger mußten sogar erkennen, daß für sie das Steuerpaket der Bundesregierung zu einer massiven Steuermehrbelastung führt. Sie fühlen sich zu Recht von dieser Bundesregierung getäuscht.

Jetzt sage ich: Gehen Sie einmal in die Druckereien hinein. Die Arbeitnehmer in den Druckereien und in anderen Betrieben, die durch **Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit** ihre Gesundheit und ihr Familienleben für die Allgemeinheit opfern, wissen ganz genau, daß sie von dieser Bundesregierung massiv zur Kasse gebeten werden.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU: Ist das Unwissenheit oder Böswilligkeit, was Sie da behaupten? — Das ist reine Böswilligkeit, was Sie behaupten! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Sie werden durch diese Steuerpolitik nicht weniger, sondern mehr Steuern und Abgaben zu zahlen haben; das ist für die Arbeitnehmer in diesem Bereich die bittere Wahrheit über die Steuerpolitik dieser Bundesregierung.

Und jetzt kommt erst mein Landsmann aus Baden-Württemberg.

(A) **Vizepräsident Westphal:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bangemann? — Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Bangemann (FDP): Herr Kollege Spöri, würden Sie bitte endlich zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung niemals versprochen hat, jedem Steuerzahler einen Nachlaß von 1000 DM durch die Steuerreform zu gewähren.

(Zurufe von der SPD: Immerzu! — Doch! — Weitere Zurufe von der SPD)

Das konnte sie gar nicht, weil es auch Steuerzahler gibt, die weniger als 1000 DM an Steuern bezahlen. Sie hat lediglich gesagt: Der Steuerzahler wird durchschnittlich um 1000 DM entlastet.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Lebhafte Zurufe von der SPD)

Wären Sie dann bereit, diese unwahrhaftigen Ausführungen in Zukunft zu unterlassen?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Anhaltende Zurufe von der SPD — Abg. Dr. Bangemann [FDP] nimmt wieder auf dem Abgeordnetensitz Platz)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, es ist unsere Gewohnheit, am Mikrophon stehenzubleiben.

Dr. Spöri (SPD): Meinetwegen brauchen Sie nicht stehenzubleiben. Aber die Ordnung des Hauses erfor- (B) dert es.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sagen Sie doch was zur Sache!)

Herr Bangemann, ich sage jetzt etwas zur Sache. Es ist richtig, was Sie sagen. Aber Sie und Herr Stoltenberg sagen erst jetzt, also hinterher, daß jeder Bürger durchschnittlich 1000 DM bekommt. Aber vor der Bundestagswahl hat die CDU eine Wahlkampfzeitung herausgebracht, in der wortwörtlich stand: Jeder Bürger bekommt mindestens 1000 DM mehr durch die Superreform in die Tasche.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Vogel [SPD]: Die 1000 DM-Lüge! — Weitere Zurufe von der SPD)

Diese Zeitung zeige ich Ihnen. Ich kann Ihnen auch die **CDU-Wahlkampfanzeigen aus dem hessischen Wahlkampf** dazu zeigen, wenn Sie das wollen.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Wer nicht in die Schule geht, kriegt auch keine Schulferien! — Abg. Uldall [CDU/CSU] und Abg. Dr. Stoltenberg [CDU/CSU] melden sich zu Zwischenfragen)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, es gibt noch mehr Wünsche nach Zwischenfragen.

Dr. Spöri (SPD): Wenn es jetzt nicht zu einer Massenaudienz ausufert dann gerne.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(C) **Vizepräsident Westphal:** Dann hat zunächst der Abgeordnete Uldall zu einer Zwischenfrage das Wort.

(Dr. Vogel [SPD]: Die nächste Frage stellt der Bundeskanzler!)

Uldall (CDU/CSU): Herr Kollege Spöri, ist Ihnen bekannt, daß die eben von Ihnen zitierten Drucker durch ihre Gewerkschaft IG Druck und Papier eine Vorlage bekommen haben, in der ihnen an Hand von vier Rechenbeispielen vorgerechnet wird, daß sie angeblich weniger bekommen, und haben Sie sich einmal die Mühe gemacht, diese Beispiele nachzurechnen, und dabei festgestellt, daß alle vier **Rechenbeispiele** der **IG Druck und Papier** falsch sind? Kennen Sie eine ähnliche Druckschrift der ÖTV?

Vizepräsident Westphal: Augenblick! Eine Frage kann zweigeteilt sein, aber mehr nicht.

Dr. Spöri (SPD): Wenn Sie so lange reden, sind wir noch heute mittag da.

Uldall (CDU/CSU): Das war aber lediglich ein Nebensatz, der jetzt noch folgen sollte. Vielleicht darf ich noch eben anfügen: Herr Kollege Spöri, es fällt sicherlich auf — —

Dr. Spöri (SPD): Jetzt bitte kurz und bündig. Ich muß mit meiner Rede ja auch einmal fortfahren.

Uldall (CDU/CSU): Dann lassen Sie mich eben noch rasch den Nebensatz vollenden, Herr Spöri. Kennen Sie eine ähnliche Schrift der ÖTV, — (D)

Vizepräsident Westphal: Herr Kollege, das ist kein Nebensatz mehr.

Uldall (CDU/CSU): — die nicht vier, sondern sogar acht Beispiele vorlegt, und wissen Sie, daß alle acht Beispiele der ÖTV falsch sind?

(Zurufe von der SPD)

Dr. Spöri (SPD): Herr Uldall, ich bewundere Sie, daß Sie trotz des intensiven Parlamentarierlebens so viel Zeit haben, so viele Gewerkschaftszeitungen zu lesen. Das tut Ihnen nur gut. Das bildet fort. Aber wir stützen uns auf Beispiele, Herr Kollege Uldall, die wir selbst gerechnet haben und die nicht die Gewerkschaft gerechnet hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stoltenberg? — Bitte schön, Herr Dr. Stoltenberg.

Dr. Stoltenberg (CDU/CSU): Herr Kollege Spöri, darf ich Sie daran erinnern, daß wir bereits vor Monaten in einer ausführlichen Debatte dieses Hohen Hauses an Hand des Textes der Wahlkampfzeitung dargestellt haben, daß es hieß „im Schnitt 1 000 DM" und nicht, wie Sie wahrheitswidrig behaupten, „mindestens 1 000 DM"?

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

(A)

Dr. Spöri (SPD): Lieber Kollege Stoltenberg, darf ich Sie daran erinnern, daß der Ablauf anders war.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

— Lassen Sie mich das einmal sagen. — Es war präzise so, daß ich Herrn Stoltenberg auf die Annonce der CDU hingewiesen habe, in der gestanden hat: Jeder kriegt durch die sogenannte Superreform mindestens 1 000 DM mehr in die Tasche. — Ich bin zu Ihnen gegangen und habe Ihnen diese Annonce gegeben.

(Zurufe von der SPD: Stimmt!)

Dann, Herr Kollege Stoltenberg, haben Sie gesagt: Ich habe das unseren Leuten in der Partei ja ganz anders gesagt; ich habe denen in der Partei gesagt: Jeder kriegt 1 000 DM durchschnittlich mehr in die Tasche.

(Dr. Vogel [SPD]: Wahlkampfzeitung in Schleswig-Holstein!)

Aber das ändert nichts an der falschen Propaganda, die Sie betrieben haben, Herr Stoltenberg.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Stoltenberg (CDU/CSU): Ich möchte das richtigstellen. Herr Kollege Spöri, da Sie aus einem persönlichen Gespräch nicht ganz richtig zitieren:

(Widerspruch bei der SPD)

darf ich Sie daran erinnern, —

Dr. Spöri (SPD): Das war in einer Debatte und steht im Protokoll.

(B)

Dr. Stoltenberg (CDU/CSU): — daß zwei Dinge vermischt werden: Unsere Wahlkampfzeitung vor der Wahl ist in der Schlagzeile korrekt beschrieben. Sie haben sich anschließend auf eine regionale Anzeige in Hessen nach der Bundestagswahl bezogen. Das sollten Sie fairerweise nicht erneut miteinander verwechseln.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Dr. Spöri (SPD): Herr Kollege Stoltenberg, ich stelle fest: Der Bundesfinanzminister distanziert sich von der unsachlichen Wahlpropaganda der hessischen CDU.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Jetzt machen wir weiter.

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben den Bogen mit Ihrer Steuerpolitik überspannt.

(Seiters [CDU/CSU]: Und Sie mit Ihrer Rede!)

Die Fakten sehen so aus: Ein **Einkommensmillionär** erhält unter dem Strich jährlich 36 000 DM **Entlastung.** Trotz gegenteiliger Versprechungen der Bundesregierung werden dagegen für die Arbeitnehmer der Weihnachtsfreibetrag, der Arbeitnehmerfreibetrag abgeschafft. Der Essensfreibetrag wird gestrichen. Die Zuschläge zu Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und die Personalrabatte werden in Zukunft teilweise besteuert. Dazu kommen die Abschaffung des Altersfreibetrags für Rentner und Pensionäre und viele weitere Einschnitte.

(C)

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Und die Steuer wird gesenkt!)

Sie haben den Bogen überspannt. Das **politische Ansehen** des für die Steuerpolitik der Bundesregierung verantwortlichen **Bundesfinanzministers** ist doch nicht von ungefähr auf dem Politbarometer des ZDF so dramatisch gefallen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat keineswegs — Herr Stoltenberg, da Sie eben soviel gefragt haben, hören Sie mir jetzt vielleicht auch ein bißchen zu — nur etwas mit den Vorgängen in Schleswig-Holstein zu tun. Dieser Ansehensverlust Ihrer Person hat seinen zeitlichen Ausgangspunkt in den steuerpolitischen Beschlüssen der Koalition vom Februar 1987. Ihre Steuerpolitik, Herr Stoltenberg, war von Anfang an unredlich. Sie haben den Bürgern zuerst nur die Speckseite gezeigt und versucht, sie damit zum richtigen Kreuz auf dem Wahlzettel bei der Bundestagswahl und bei den Landtagswahlen dieses Jahres zu verlocken. Als die letzte Landtagswahl des Jahres vorbei war, haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen: nach Ihren Zahlen 18 Milliarden DM Steuererhöhung, damit Sie Ihre Steuergeschenke an Spitzenverdiener finanzieren können. Unsere Bürger lassen sich dieses Spiel nicht gefallen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD — Abg. Cronenberg [Arnsberg] [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

(D)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, da ist schon wieder ein Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Dr. Spöri (SPD): Jetzt gibt es keine Zwischenfrage mehr, auch diese nicht mehr.

(Dr. Vogel [SPD]: Nur noch Minister dürfen fragen! — Dr. Klejdzinski [SPD]: Der Bundeskanzler darf noch fragen! — Hinsken [CDU/CSU]: Aber dann hören Sie endlich mit dem Lügen auf! Demagogisch ist so etwas!)

— Sie, die Argumente sitzen im Kopf und nicht im Kehlkopf!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Hinsken [CDU/CSU]: Erbärmliches Geschöpf!)

Wenn man die **Quellensteuer** nimmt: Herr Bundesfinanzminister, können Sie sich eigentlich noch im Spiegel ansehen, ohne rot zu werden? Sie haben die Sozialdemokraten jahrelang bewußt mit falschen Argumenten attackiert, weil wir gefordert haben, daß auf hohe Kapitalerträge auch tatsächlich Steuern gezahlt werden. Sie werden es jetzt wohl hinnehmen müssen, daß sich diese verantwortungslose Agitation jetzt gegen Sie selbst richtet. Das haben Sie sich selbst zuzuschreiben, Herr Stoltenberg.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es sich auch selbst zuzuschreiben, daß Ihre Quellensteuer als ungerecht und wirtschaftspolitisch verfehlt abgelehnt wird. Sie wollen eine Quellensteuer einführen, die die kleinen Sparer fängt und die

Dr. Spöri

(A) großen Finanzanlagen weiter schont und die diese Finanzanlagen gegenüber Investitionen für neue Arbeitsplätze fälschlicherweise weiter steuerlich bevorzugt. Genau umgekehrt müßte es sein, und genau umgekehrt haben wir es hier beantragt.

(Beifall bei der SPD)

Sie bauen leider darauf, daß Sie die Quellensteuer von vielen Kleinsparern, die — wegen Unwissenheit oder weil sie von dem Befreiungsverfahren überfordert sind — keine Steuern auf ihre Sparzinsen zahlen müßten, dennoch abkassieren werden. Auf der anderen Seite nehmen Sie es weiter augenzwinkernd hin, daß die Bezieher riesiger Kapitaleinkünfte aus Finanzanlagen, statt 56 % Steuern zu zahlen, die nach dem Gesetz fällig wären, mit 10 % davonkommen. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dann noch die volle Anonymität des Abzugsverfahrens bei der Quellensteuer gesetzlich sichern wollen, dann ist das nichts anderes als Anstiftung zur Steuerhinterziehung größten Stils.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der skandalöse Zustand, daß auf der einen Seite Millionen arbeitswillige Mitbürger zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind und auf der anderen Seite unabweisbare Arbeiten — z. B. im Umweltbereich — unerledigt bleiben, muß endlich abgestellt werden. Wir fordern deshalb, unser **Programm „Arbeit und Umwelt"** für mehr öffentliche und private Investitionen endlich zu verwirklichen, damit die Arbeitslosigkeit jetzt abgebaut wird und damit wir die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und unsere Kinder sichern.

(B) Wir fordern eine **Stärkung der Finanzkraft** insbesondere der finanzschwachen **Länder und Gemeinden,** damit notwendige öffentliche Investitionen nicht noch mehr dem Rotstift zum Opfer fallen. Wir fordern bei den bestehenden Steuersenkungsspielräumen, Steuerentlastungen auf kleine und mittlere Einkommen zu konzentrieren, z. B. durch eine gezieltere Erhöhung des Grundfreibetrages.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter!

Dr. Spöri (SPD): Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. — Herr Bundesfinanzminister, geben Sie endlich Ihre Blockadehaltung auf, mit der Sie richtige und notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen nur deshalb unterlassen, weil sie von den Sozialdemokraten gefordert werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie ab von Ihrer Finanzpolitik des „Weiter so". Handeln Sie endlich durch Schaffung einer gerechten und nachfragewirksamen Steuerpolitik und einer beschäftigungswirksamen **Investitionsoffensive** zur **ökologischen Erneuerung unserer Gesellschaft,** die eine Existenzfrage für diese Gesellschaft ist.

Eines müssen Sie erkennen, Herr Bundesfinanzminister: Heute hilft Ihnen kein neuer Exportboom in dieser Lage, kein weltwirtschaftlicher Aufschwung, kein Ölpreisverfall wie nach 1982. Jetzt müssen Sie eigenverantwortlich einmal selbst wirtschaftspolitisch und ökologisch handeln. Tun Sie das endlich (C) zum Wohle unseres Landes, zum Wohle unserer Bürger.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Weng (Gerlingen).

Dr. Weng (Gerlingen) (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn hier jeder Redner seine Wahrheit erzählt und wenn jeder eine andere Wahrheit hat, wenn immer nur eine Seite der Medaille aufgezeigt und die andere Seite der Medaille verschwiegen wird, dann wird dies dazu führen, daß wir Kommentare wie gestern in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" lesen, die im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte geschrieben hat: „Auf ausgefahrenen Gleisen." Die Öffentlichkeit will dieses Rollenspiel einfach nicht. Ich meine, dies ist ein Appell an alle, denn solche Überschriften müssen nachdenklich machen. Sie müssen vielleicht besonders uns nachdenklich machen, die wir als Parlamentarier den Haushalt in umfangreicher Arbeit im Ausschuß vorbereitet haben und jetzt mit Redebeiträgen die Plenardebatte mitgestalten.

Ich will hier die Frage offenlassen, ob die **Presse** nicht ausführlich berichtet, weil ihr die Reden nicht gut genug erscheinen, oder ob die Reden vielleicht nicht so gut sind, weil man sowieso weiß, daß die Presse nichts davon berichtet.

(D) Aber ich will versuchen, zur Besserung beizutragen. Ich möchte Dinge differenziert darstellen, von verschiedenen Seiten beleuchten, Dinge, die ja auch komplex sind und deren Vereinfachung sicherlich einen Teil der hier monierten Verödung ausmacht.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Vielleicht ist es ein einseitiges Beispiel; man kann ja nicht alles darlegen. Ein Sprecher der SPD hat in den vergangenen Tagen bezüglich der Gesamtwirtschaftslage und der Finanzentwicklung bedauernd erklärt, es seien in der Vergangenheit rund 70 Milliarden DM ins Ausland geflossen. Die Klage leuchtet spontan ein. Jeder wird das Gefühl haben, daß es gut wäre, wenn diese Beträge hier bei uns investiert worden wären; dies ist ganz zweifelsfrei. Ich unterstelle einmal, daß die Zahl stimmt. Aber wie wollte man denn verhindern, daß solche Gelder abfließen? Das muß doch dann die nächste Frage sein. Es kann wohl niemand ernsthaft einen staatlich reglementierten Kapitalmarkt wünschen. Wenn wir uns bemühen, die marktmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß möglichst viel **Kapital im Inland** bleibt, dann wird mit bekanntem Wehklagen der Aufschrei laut, man gebe es den Reichen.

Meine Damen und Herren, natürlich sind Forderungen wie bei Robin Hood selig immer sehr populär, daß man es den Reichen nehmen und den Armen geben soll. Ich meine, seriös ist, wenn man hier sagt und definiert, wen man für reich hält, gegebenenfalls wodurch er reich geworden ist, und warum und wieviel man ihm wovon nehmen will. Wer nämlich die Belastung der Einkommen der **Wirtschaft** in vergleichba-

Dr. Weng (Gerlingen)

(A) ren Ländern sieht, der weiß, daß eher weitere **Absenkung der Lasten** bei uns notwendig ist.

(Beifall bei der FDP)

Nicht staatliche Abschöpfungen sind das Gebot der Stunde, wenn der aus wirtschaftlicher Wohlfahrt entstandene Wohlstand unserer Bürger erhalten bleiben soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem Motto „Wer nichts macht, macht nichts falsch" ist es sicher angenehmer, eine Oppositionsrede zu formulieren. Aber dieses Motto trifft nicht zu, wenn man einen Moment darüber nachdenkt, denn Stillstand ist ja Rückschritt, und Handeln ist immer erforderlich. Handeln muß sich auch der Kritik stellen, und wenn Kritik gar konstruktiv ist, ist sie um so wünschenswerter.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplan für 1988 und die mittelfristige Finanzplanung müssen in der jetzigen Situation differenziert gesehen werden. Wer die Entwicklung der Ausgabenseite sieht, kann nur bestätigen, daß ein konsequenter **Konsolidierungskurs** gefahren und fortgesetzt wird. 2,4 % Ausgabenanstieg ist in der Kontinuität auch der vergangenen vier Jahre ausdrücklich maßvoll.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hinsken [CDU/CSU] — Frau Vennegerts [GRÜNE]: Mehr Dynamik brauchen wir!)

Konsolidierung allerdings — Frau Kollegin Vennegerts — bis zur Haushaltssanierung benötigt einen äußerst langen Atem. Wer andererseits nämlich die Entwicklung der Einnahmenseite betrachtet, muß

(B) Sorgen bekommen, die durch den Haushaltsvollzug des laufenden Jahres, 1987, einschneidend verstärkt werden. Hatten wir im Haushaltsgesetz eine **Nettoneuverschuldung** von ca. 22 Milliarden DM veranschlagt, so wird der Abschluß bei einer Nettoneuverschuldung von möglicherweise bis zu 30 Milliarden DM liegen, und dies ist mit Blick auf die Zukunft nicht akzeptabel, auch dann nicht, wenn die Gründe noch so plausibel erscheinen.

Die internationalen Turbulenzen, auf die ich noch näher eingehen werde, dürfen uns nicht den Blick auf die nationale Situation verstellen. Wir leben, haushaltsmäßig betrachtet, ständig und weiterhin über unsere Verhältnisse, und der ständig wachsende Schuldendienst engt ja unsere Handlungsspielräume auch immer stärker ein. Dies sind nicht nur die Sünden der weiter zurückliegenden Vergangenheit. Wer ausgabenwirksam handeln muß, wer handeln will, ohne daß auf der Einnahmenseite entsprechende Spielräume aufzuzeigen sind, muß eben auch den Mut zur Kürzung anderer Ausgaben haben. Schuldenmachen ist zwar leichter, aber in der Konsequenz falsch. Man schiebt damit nicht nur eine Last, sondern eine ständig wachsende Lawine vor sich her, und da auf dieser Welt alles bezahlt werden muß, stellt sich nur die Frage, wer bezahlt und zu welchem Zeitpunkt.

(Beifall bei der FDP)

Im Grundsatz gibt es dafür zwei Möglichkeiten: Entweder wird der riesige **Schuldenberg** eines Tages der vielzitierten **jungen Generation** hinterlassen, oder wir werden über künftige Geldwertentwicklungen die **Sparer** zur Kasse bitten, die im Vertrauen auf den

(C) Staat das Sparen zur Grundlage ihrer Vorsorge gemacht haben. Beides kann und darf nicht unser Ziel sein. Wer leichten Herzens fordert, daß jeder Rückgang der — ja auf Schätzungen beruhenden — staatlichen Einnahmen durch zusätzliche Verschuldung ausgeglichen werden soll, hat nur das Heute, vielleicht das Morgen, aber sicher nicht das Übermorgen im Auge.

Wie schwierig die aktuelle Lage ist, macht auch das an dieser Stelle inkonsequente **Verhalten der Deutschen Bundesbank** deutlich. Noch vor wenigen Wochen hat die Bundesbank davor gewarnt, daß sämtliche Gebietskörperschaften nicht solide genug haushalten. Deswegen wurden bei möglicherweise gleichzeitiger Geldmengenverknappung — also bei einem Verbleiben im Korridor, den die Bundesbank aber längst verlassen hat — Zinserhöhungen in Aussicht gestellt. Jetzt aber hat die Bundesbank unter dem Eindruck der vorhin erwähnten internationalen Entwicklung genau gegenteilig gehandelt. Keiner der Ratgeber, die eine höhere Schuldenaufnahme empfehlen, erklärt, wo dies enden soll. Wenn es immer wieder „vorübergehende Erhöhung der Verschuldung" heißt, sage ich ausdrücklich, meine Damen und Herren, daß dann irgendwo auch einmal greifbar werden muß, wann dieses „vorübergehend" ein Ende hat.

Auch der **Rat der Sachverständigen** mit seinem **Gutachten** — dessen Empfehlungen sich ja sonst fast wie ein Parteiprogramm der FDP anhören, wie diejenigen, die die Presseberichte darüber gelesen haben, festgestellt haben dürften — läßt an dieser wichtigen Stelle eine Lücke. Egal, ob man nun Massenkaufkraft

(D) oder staatliche Einnahmeverzichte durch Steuerentlastungen fordert, die zusätzlichen Schulden und die daraus resultierende, künftig immer weiter vergrößerte Zinsbelastung sind Hypotheken für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, wenn Vertrauen ein wichtiger, sogar ein ganz wesentlicher Faktor in der Wirtschaft ist, dann ist jeder kurzatmige und kurzfristige Aktionismus fehl am Platze. Wir sollten uns davor hüten, mit Rezepten von gestern die Probleme von heute auf die Generation von morgen abzuwälzen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Seiters [CDU/CSU])

Als ich einen sehr bedeutenden Staatssekretär der Bundesregierung kürzlich darauf hingewiesen habe, daß — —

(Zuruf von der SPD: Gibt es gar nicht! — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Sie hat nur bedeutende!)

— Ich habe diesen Zwischenruf beinahe erwartet. Ich hatte ursprünglich im Konzept stehen: einen bedeutenden. Dann fiel mir ein, daß wie nur bedeutende haben, und daraufhin habe ich von einem sehr bedeutenden gesprochen, denn dadurch kann man differenzieren, ohne die Bedeutung aller zu mindern. Ich bedanke mich aber für die Anregung, Herr Kollege Cronenberg.

Ich habe diesen Staatssekretär also in einem Gespräch kürzlich darauf hingewiesen, die im „Spiegel" veröffentlichten Forderungen von Professor Schiller

Dr. Weng (Gerlingen)

(A) seien die gleichen wie 1972, aber die Ausgangslage habe sich ja doch erheblich gewandelt, weil wir auf einem Schuldenberg sitzen, der allein für den Bund — und zwar ohne die Sondervermögen des Bundes — im Augenblick eine Größenordnung von 450 Milliarden DM hat. Der Staatssekretär hat mir geantwortet, das sei schon richtig, die Voraussetzungen seien jetzt andere. Deswegen sei jetzt auch nur eine verhaltene Mehrverschuldung richtig. Natürlich erfolge ein Abbau dieser Verschuldung, sowie die Wirtschaft wieder in Schwung sei.

Meine Damen und Herren, seit fünf Jahren haben wir wirtschaftliches Wachstum. Einen **Abbau der Verschuldung** hat es bisher nicht gegeben, nur eine Reduzierung des Zuwachses an Schulden. All die neuen Vergleichszahlen, die ja freundlicher aussehen — die neuen Zahlen in Relation zum Bruttosozialprodukt, Vergleiche mit anderen Ländern —, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies eine ernste Situation ist.

Lassen Sie mich versuchen, dies mit einem Vergleich — jeder Vergleich hinkt natürlich ein wenig — zu verdeutlichen: Wenn ein Privatmann im Monat 3 000 DM verdient und 3 500 DM ausgibt, dann wird sich seine Situation nicht wesentlich dadurch verbessern, daß er dann später bei Einkünften von 4 000 DM 4 200 DM im Monat ausgibt und auf einem Schuldenberg von rund 60 000 DM sitzt. Das sind in etwa die Relationen.

Ich meine, daß uns dies durchaus nachdenklich machen muß. Denn irgendwo ist, ohne daß man es genau definieren kann — das ist in der Politik ja das Angenehme, daß man nicht weiß, wo das dann genau sein

(B) wird —, das Ende der Fahnenstange. Ich meine, daß uns bewußt sein muß, daß Einnahmen und Ausgaben im Grundsatz übereinstimmen müssen, daß derjenige, der Ausgaben tätigen will, andere Ausgaben kürzen oder zusätzliche Einnahmen nachweisen muß. Dieses **Haushaltsprinzip** hat auch dann Gültigkeit, wenn es politisch einfacher ist, sich mit anderen Forderungen über den Tag hinwegzuretten.

(Glos [CDU/CSU]: Guter Mann, blickt voll durch!)

Meine Sorge um den Anstieg der Verschuldung betrifft nicht nur den kommenden Haushalt, sondern sie betrifft auch und insbesondere die Finanzplanung. Denn angesichts der dort stillschweigend vollzogenen Erhöhung der Schulden in der Fortschreibung — wer die Zahlen vergangener Jahre den neueren gegenüberstellt, sieht ja, daß hier erhebliche Erhöhungen der Verschuldung schon heute prognostiziert werden, und zwar — unabhängig von der jetzigen schwierigen Wirtschaftslage auf Grund der internationalen Entwicklung —; diese Zahlen, diese Ansätze kommen ja aus der ersten Jahreshälfte — muß man sagen: Buchhalterisch mögen solche Erhöhungen in künftigen Jahren korrekt sein, mit Blick auf solides Haushalten sind sie in der Höhe nicht akzeptabel. Wenn ich daran denke — Ihnen ist ja die Verpflichtung bewußt, die wir uns selbst auferlegt haben: keine neuen Leistungsgesetze —, daß ab Mitte der Wahlperiode mit Blick auf dann wieder anstehende Wahltermine unzählige Wünsche nach Leistungsgesetzen auf das Parlament zukommen, dann kann ich an die Bundesre-

(C) gierung nur dringend appellieren, auch hierbei ihrer Haushalts- und damit ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Tagen den **§ 96 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages** besonders sorgfältig studiert

(Dr. Rose [CDU/CSU]: Das wurde höchste Zeit!)

— natürlich erneut sorgfältig studiert, Herr Kollege Rose; ich bin sicher, daß jeder der Kollegen diesen Paragraphen immer präsent hat —, einen Paragraphen, der ja den Haushaltsausschuß in die Lage versetzt, zu allen Finanzvorlagen eine gesonderte Erklärung abzugeben. Das macht auch deutlich, daß dem Haushaltsausschuß hier eine zusätzliche Verantwortung zukommt. Ich sage das auch mit Blick darauf, daß ein Fraktionskollege kürzlich bei der Vorberatung in der Fraktion zu mir gesagt hat: Ihr Haushälter habt ja den Ausgaben immer zugestimmt.

(Walther [SPD]: Richtig!)

Dies ist richtig, dieser Verantwortung müssen wir uns auch stellen. Aber wer dies sagt, muß eben auch damit leben, daß wir diese Verantwortung künftig vielleicht noch ernster nehmen.

(Beifall des Abg. Walther [SPD])

Denn für die Prüfung durch den Haushaltsausschuß, ob solche Finanzvorlagen mit der Haushaltslage vereinbar und von ihr gedeckt sind, gibt es ja — wie für so

(D) vieles in unserer Geschäftsordnung — sehr gute Gründe. Wir waren in der Vergangenheit in der Beurteilung vielleicht ein wenig großzügig, manchmal zu großzügig. Ich sichere Ihnen zu, daß wir künftige Ausgabenwünsche, deren finanzielle Abdeckung allein aus dem großen Topf des Haushalts ohne nähere Konkretisierung ablaufen soll, nach § 96 der Geschäftsordnung prüfen und nicht mehr in jedem Fall einfach annehmen werden. Denn der große Topf ist leer.

(Walther [SPD]: Gilt das auch für den „Jäger 90", Herr Kollege?)

— Herr Kollege Walther, der „Jäger 90" ist ja in der Finanzplanung berücksichtigt. Das heißt, wenn es bei den Ausgaben bleibt, die hier kalkuliert und berücksichtigt sind, wird es im Rahmen des ordnungsgemäßen Haushaltsablaufs kein Problem sein, die erforderlichen Mittel einzustellen. Ich unterstelle, daß es nicht zu neuen politischen Entscheidungen kommt. Das können wir nicht voraussagen. Ich habe dieser Tage in der Zeitung gelesen, daß es auf der Hardthöhe doch wieder neue Überlegungen anderer internationaler oder erweiterter internationaler Kooperation geben könnte. Ich kann nicht sagen, ob diese Meldung zutreffend ist. Aber wenn die Dinge so bleiben, wie sie sind, werden wir die ordnungsgemäße Finanzierung selbstverständlich akzeptieren.

Anders ist es da, wo es mehr Ausgaben gibt, wie sie in den Jahren der alten Koalition manchmal eklatant gewesen sind. Das Stichwort „Tornado" beschreibt ja den traurigen Gipfel eines Eisbergs. Das wissen Sie.

Dr. Weng (Gerlingen)

Wir wollen so gut wie möglich bemüht sein, derlei zu verhindern.

(Walther [SPD]: Ein bestimmter Hubschrauber kommt heute so teuer wie der Tornado!)

Die SPD-Fraktion hat in ihrer Presseerklärung zum Haushalt 1988 von Notoperation und Flickschusterei gesprochen. Solche pauschale Abqualifizierung ist — das sage ich ausdrücklich — unberechtigt.

Aber zumindest eine Operation, Herr Finanzminister, scheint mir dubios zu sein. Sie ist mir erst ganz am Schluß bewußt geworden. Vielleicht können wir im Plenum Ihre Auffassung dazu hören. Wenn entgegen der ursprünglichen Planung sämtliche **Subventionszahlungen für Kokskohle** im laufenden Jahr geleistet werden, obwohl die vierte Rate erst im kommenden Frühjahr fällig wird oder jedenfalls nicht notwendigerweise in diesem Jahr bezahlt werden muß, dann geschieht das mit einer erheblich höheren Schuldenaufnahme für den Vollzug des Haushalts 1987, der, wie wir wissen, ohnedies schwierig genug ist — „schwierig" ist ein sehr höflicher Ausdruck.

(Walther [SPD]: Dubios!)

Wenn das dafür geschieht, daß 1988 nur drei Viertel der Zahlungen angesetzt zu werden brauchen, weil man die vierte Rate von über 500 Millionen DM erst im Frühjahr 1989 zu zahlen braucht, entspricht dies nicht der wünschenswerten Haushaltsklarheit.

Die Notwendigkeit differenzierter Betrachtung gilt auch für **Forderungen der Tarifpartner.** Das ist natürlich nur politisch gemeint und kann gar keine Einflußnahme in Tarifautonomie sein. Der Herr Bundesfinanzminister hat am Mittwoch meiner Auffassung widersprochen, die Forderung der Gewerkschaft ÖTV nach schwerpunktmäßigen Arbeitszeitverkürzungen und geringerer Lohnerhöhung sei haushaltsmäßig sinnvoll. Natürlich weiß ich, daß Frau Wulff-Mathies mit dieser Forderung Ziele verbindet, die ich für nicht richtig halte, nämlich eine Ausweitung der Zahl öffentlich Bediensteter. Es geht mir um eine vernünftige Rationalisierung im öffentlichen Dienst. Hier ist Entbürokratisierung immer wieder eine Aufgabe für uns selber. Ich könnte viele Beispiele erzählen, daß Bürger in einer Weise überverwaltet werden, daß sich einem die Haare sträuben. Bei vernünftiger Rationalisierung ist eine Ausweitung der Zahl nicht erforderlich. Ich halte für das kommende Jahr die Grundforderung ausdrücklich für sinnvoll. Wenn wir sagen, es sei politisch wünschenswert, daß Einzelgewerkschaften differenzierte Abschlüsse je nach Lage einzelner Industriezweige und vielleicht auch nach Lage einzelner Regionen tätigen, kann es doch nicht falsch sein, bei verschiedenen Gewerkschaften verschiedene Schwerpunktforderungen zu akzeptieren oder gar für nützlich zu halten und zu wünschen.

Weitere Arbeitszeitverkürzungen, nämlich in der übrigen Wirtschaft, ohne entspechende Flexibilisierung, gar bei vollem Lohnausgleich, würden eine große Zahl von Arbeitsplätzen gefährden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, beim Ausblick auf das Jahr 1988 dürfen Risiken des heute zu beschließenden Bundeshaushalts nicht außen vor bleiben. Die Frage, ob auf der Einnahmeseite der Bundesbankgewinn tatsächlich 6 Milliarden DM ausmachen wird, entscheidet sich zum Jahresende, ohne daß wir dies beeinflussen können.

Die Frage nach **Erlösen aus der Privatisierung** wird sich im Laufe des Jahres entscheiden, wenn die Börsenkurse feststehen, ohne daß wir dies heute genau konkretisieren können, obwohl wir sagen: so viel Privatisierung wie möglich; das ist ordnungspolitisch wünschenswert. Wenn es dem Haushalt hilft, dann ist dies gerade im kommenden Jahr besonders wünschenswert. Ich meine, daß wir trotzdem sehen müssen, daß hier durchaus das Risiko von Mindereinnahmen gegeben ist.

Wenn sich der Dollar auf einem vernünftigen Niveau stabilisiert — und dies hoffen wir alle, denn die Auswirkungen des schwankenden **Dollarkurses** — —

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Was ist beim Dollar ein vernünftiges Niveau?)

— Herr Kollege Klejdzinski, ich unterbreche hier gern. Ich habe dieser Tage in der Zeitung eine Grafik gesehen, aus der das Verhältnis des Dollarkurses zum DM-Kurs in Relation zur nationalen Kaufkraft der jeweiligen Währung deutlich wurde. Natürlich kann man keine festen Vorgaben machen. Aus manchen Gründen leider, aus anderen Gründen wünschenswert sind starre Kurse nicht möglich. In Zeiten, in denen es starre Wechselkurse gab, hat dies der Wirtschaft erheblich genützt. Es hat allerdings an mancher Stelle zu Fehlentwicklungen geführt.

Es ist vernünftig, sich den Kaufkraftunterschied vor Augen zu halten. Dabei ist zu fragen, wie man die Kaufkraft eigentlich definiert. Ich würde am ehesten mit einem Warenkorb arbeiten, ohne sagen zu können, ob die Entwicklung tatsächlich so verlaufen wird, denn wir haben freie Kapitalmärkte.

Wenn sich der Dollarkurs auf vernünftigem Niveau stabilisiert, wird vieles leichter sein. Dies kann natürlich kein Grund zur Untätigkeit heute sein. Kommende Belastungen beispielsweise durch die Europäische Gemeinschaft sind zwar noch nicht haushaltsreif, aber in ihrer Größenordnung abschätzbar. Hierfür Vorsorge getroffen zu haben wäre zumindest wünschenswert. Es fällt nicht ganz leicht, darauf zu verzichten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz deutlich auf die **deutschen Vorfinanzierungen für EG-Leistungen im Agrarbereich** hinweisen. Die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung — BALM — wurde von uns im vergangenen Jahr durch Gesetz für zwei Jahre in die Lage versetzt, den Landwirten ihre Ansprüche aus der Produktion quasi im Auftrag der EG auszuzahlen. Die ungefähre Größenordnung dieser im Bundeshaushalt nicht erscheinenden Zahlungen beträgt 10 Milliarden DM in diesem Jahr und etwa 12 Milliarden DM im kommenden Jahr.

Herr Minister Stoltenberg, Sie sind im Wort, daß diese Beträge der Europäischen Gemeinschaft in Gegenrechnung gebracht werden, wenn die Grundfragen der EG-Finanzierung geklärt sind. Es wird ein

Dr. Weng (Gerlingen)

(A) Beweis für die Handlungsfähigkeit sein, ob diese Grundfragen noch beim diesjährigen Gipfeltreffen geregelt werden.

Meine Damen und Herren, sicher ist es vom heutigen Standpunkt aus gesehen eher wahrscheinlich, daß im kommenden Jahr ein **Nachtragshaushalt** erforderlich wird. Ich sage das im Blick auf die vielen noch offenen Fragen und Risiken. Natürlich ist es besser, wenn ein solcher Nachtragshaushalt nicht notwendig ist, aber daraus soll man keinen Fetisch machen. Wenn es erforderlich ist, weil benötigte Daten erst nachträglich entstehen, dann muß es eben sein.

Ich meine, Anfang des Jahres 1988, spätestens aber bei einem solchen eventuellen Nachtragshaushalt wird es sich zeigen, ob die **Führungskraft der Regierung** ausreicht, den notwendigen Konsolidierungskurs des Bundeshaushalts, dessen langfristiges Ziel ja die Sanierung sein und bleiben muß, fortzusetzen. Dies muß unser gemeinsames Anliegen sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Kleinert (Marburg).

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist alles andere als einfach, nach dem Kollegen Dr. Weng hier das Wort ergreifen zu müssen. Wer nach vier Tagen **Haushaltsdebatte** hier eine Bilanz versucht, wer Revue passieren läßt, was in dieser Woche über die angeblich so grandiose Leistungsbilanz dieser Regierung alles gesagt worden ist, der könnte fast meinen, wir lebten in (B) der Bundesrepublik in einem Schlaraffenland.

Wer hier gehört hat, wie sich diese Regierung einmal mehr selbst gefeiert hat, wer dieses Ritual eines frohsinnigen Regierungsoptimismus erlebt hat, der kann nur feststellen: Gesundbeterei, Schönfärberei und all die anderen Formulierungen, die wir diese Woche schon gehört haben, sind noch viel zu schwache Begriffe für das, was Sie uns hier vorgaukeln wollen. Mögen die Fakten auch noch so gegen Sie sprechen, mögen die Haushaltslöcher des Finanzministers noch so groß, die Bilanzen der Arbeitslosenstatistik noch so deprimierend und die umweltpolitischen Perspektiven noch so düster sein, Sie übertönen das alles mit lauter und mit anmaßender Selbstgerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Walther [SPD])

Diese Selbstgerechtigkeit ist für mich in zwei Reden dieser Woche ganz besonders deutlich geworden: in der Rede des Bundeskanzlers am Dienstag und im Beitrag des Bundesfinanzministers am Mittwoch.

Bundeskanzler Kohl hat mit Tremolo in der Stimme am Dienstag in seiner Stellungnahme zu den **Vorgängen in Kiel** einen neuerlichen Beweis für seine unübertroffene Fähigkeit zur Darstellung inszenierter Betroffenheit geliefert. Er hat von „bedrückenden Vorgängen" gesprochen. Er hat dabei weiter ausgeführt:

> Wir alle in der CDU sind zutiefst betroffen von diesen sehr bitteren Erfahrungen. Viele von uns — ich sage das auch für mich ganz persönlich — sind nach mancherlei Erfahrungen im politischen Leben mit Erfahrungen einer Dimension konfrontiert worden, die für uns in dieser Form nicht faßbar war. Die Fragwürdigkeit menschlichen Handelns ist hier offenbar geworden.

(C) Was immer gerade das letzte, „die Fragwürdigkeit menschlichen Handelns", bedeuten mag.

Ich will gewiß niemandem die Fähigkeit zur Nachdenklichkeit absprechen, auch Ihnen nicht, Herr Kohl. Es mag ja sogar sein, daß auch in der CDU Bestürzung und Betroffenheit über das empfunden wird,

(Walther [SPD]: Ganz bedröppelt ist er!)

was unter dem Stichwort vom „Waterkantgate" seit Monaten Schlagzeilen macht.

Wenn aber in diesem Bundestag schon wohlvorbereitete Nachdenklichkeit und Betroffenheit demonstriert werden sollen, wenn die Stunde der Bekenntnisse anbricht, daß der Zweck nicht die Mittel heilige, daß in der Politik kein Freund-Feind-Verhältnis sein dürfe, und all die anderen Erbaulichkeiten vorgetragen werden, dann muß schon etwas genauer nachgefragt werden, was da eigentlich abläuft, allemal dann, wenn es in der veröffentlichten Meinung von politischen Moralisten mittlerweile nur so wimmelt, die treuherzig versichern, so etwas wie Kiel dürfe nie wieder sein. Nachgefragt werden muß nach den tatsächlichen Chancen für wirkliche Konsequenzen. Nachgefragt werden muß nach den tieferen Ursachen, nach den Möglichkeiten für Konsequenzen jenseits wohlfeiler Lippenbekenntnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dabei drängen sich dann Fragen auf, die auch hier im Bundestag endlich einmal gestellt werden müssen. (D)

(Unruhe)

— Herr Vorsitzender Walther, wenn Sie vielleicht ein bißchen ruhiger wären.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie gern einmal einen Moment unterbrechen. Liebe Kollegen, wenn es endlich einmal ruhig und zum Zuhören gut geeignet ist, dann bringen Sie die Stenographen nicht in die Verlegenheit, Ihre Unterhaltungen mit ins Protokoll zu nehmen. Das wollen Sie sicher nicht. Deswegen schlage ich Ihnen vor, auch Unterhaltungen solcher Art woanders zu führen und nicht hier vorne.

Bitte schön, Herr Kleinert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Es muß die Frage gestellt werden, wie es eigentlich kommt, daß derselbe Bundeskanzler Kohl, der am Dienstag versammelte Nachdenklichkeit demonstrierte, am Abend des 13. September, kurz nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe gegen Herrn Barschel, in der Bonner Runde zu vermelden wußte — ich zitiere —: „Herr Barschel ist ein großartiger Mann, ich habe jedes Vertrauen zu ihm."

Wie kommt es weiter, daß Herr Kohl schon am gleichen Abend die Verantwortlichen für die angeblich haltlosen Anschuldigungen ausgemacht hatte, näm-

(A) lich die linke Kampfpresse? Wie kommt es eigentlich, daß fast alle maßgeblichen Repräsentanten der größeren Regierungspartei knapp 14 Tage lang nach dem 13. September fast jede denkbare Solidaritätsbekundung mit Herrn Barschel zum Ausdruck brachten, ihn dann plötzlich fallen ließen, um schließlich kurz nach seinem Tod mit der Neuauflage jener Medienschelte zu beginnen, mit der ursprünglich der ganze Vorgang abgetan werden sollte?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch da war wieder der Kanzler Vorreiter, der Kanzler, der von „Fertigmachen" und von „Hetzjagd" sprach — auch das sind Zitate.

Wie kommt so etwas eigentlich zustande? Und wie glaubwürdig kann dann ein Bekenntnis zur Ehrlichkeit und zur Wahrhaftigkeit in der Demokratie sein, ein Bekenntnis, von dem der Kanzler am Dienstag selbst gesprochen hat?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie ehrlich kann ein solches Bekenntnis sein, wenn sich schon durch die Chronologie der Ereignisse der Schluß aufdrängen muß, daß hier allein ein parteitaktischer Umgang mit dem Kieler Skandal maßgeblich war? Wie glaubwürdig können die ganzen feierlichen Gelöbnisse sein, in Zukunft werde nun alles besser gemacht, wenn man gleichzeitig sieht, daß schon der Streit um den neuen **Wahltermin in Schleswig-Holstein** wieder davon geprägt ist, daß jede Seite bloß einen wahltaktischen Vorteil aus dem Skandal ziehen will?

(B) (Bohl [CDU/CSU]: Wie ist das denn mit dem Streit bei Ihnen in der grünen Fraktionssitzung?)

Die einen wollen den Wahltermin möglichst früh, damit die Erinnerung noch frisch ist, die anderen wollen ihn möglichst spät in der wahrscheinlich sogar begründeten Hoffnung, daß bis dahin die Medien längst eine neue Sau durchs Dorf getrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Bohl [CDU/CSU]: Die grünen Fraktionssitzungen sind ein Musterbeispiel für Vielfältigkeit!)

Man muß fragen, ob nicht gerade dieser Umgang mit den Kieler Ereignissen ein Anzeichen dafür ist, daß sich gerade nichts Entscheidendes ändern wird, und man muß fragen, ob nicht die hartnäckige Weigerung des Bundeskanzlers ebenso wie die Weigerung des Finanzministers, die Selbstverständlichkeit hier vorzunehmen und sich bei Herrn Engholm zu entschuldigen, ebenso ein solches Anzeichen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuhlwein?

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Bitte.

Vizepräsident Westphal: Bitte schön, Herr Kuhlwein.

Kuhlwein (SPD): Herr Kollege Kleinert, Sie haben auch die Haltung der schleswig-holsteinischen SPD angesprochen. Können Sie sich nicht vorstellen, daß (C) die Forderung der SPD in Schleswig-Holstein nach möglichst schnellen Neuwahlen damit zu tun hat, daß Schleswig-Holstein möglichst schnell wieder eine handlungsfähige Regierung bekommen muß und daß die Bürger nach den Ereignissen in Kiel das Recht haben müssen, die Zusammensetzung des Landtags möglichst schnell neu zu entscheiden?

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Herr Kollege, ich bin für eine Neuwahl; denn eine Neuwahl ist die einzige Möglichkeit, die einzige politische Konsequenz, die auf dieser Ebene zu ziehen ist. Noch wichtiger ist aber in diesem Zusammenhang, daß man, wenn man hier schon von Bewältigung und Konsequenzen spricht, sehr genau hinsieht, wo die eigentlichen Ursachen für solche Entwicklungen wie in Kiel zu suchen sind. Da wird man sehr schnell feststellen, daß die eigentlichen Ursachen auch darin liegen, daß es darum geht, aus rein parteitaktischem Kalkül mit dem umzugehen, was dort ans Tageslicht kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im übrigen, Herr Kollege, ist es natürlich grotesk, wie die CDU versucht, Ursache und Wirkung durcheinanderzubringen. Gerade wenn Sie, Herr Stoltenberg, die reine Weste haben, die Sie im Zusammenhang mit Kiel immer wieder für sich in Anspruch nehmen, muß man Sie doch fragen, was Sie daran hindert, hier im Bundestag zu erklären: Jawohl, ich bin Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, und deshalb entschuldige ich mich als Landesvorsitzender in aller Form bei Herrn Engholm. Was hindert Sie (D) daran, gerade wenn die weiße Weste so weiß ist, wie Sie am Dienstag hier wieder erklärt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich meine, daß auch da wieder offensichtlich wird: Schon in der Reaktion auf die Ereignisse kommt etwas von dem zum Vorschein, was zu diesen Ereignissen selbst erst beigetragen hat.

Meine Damen und Herren, wer nach dem Kieler Politskandal wirklich Konsequenzen ziehen wollte, der wird sich nicht mit dem Auftrag an seinen Redenschreiber begnügen können, ein paar wohlgesetzte Worte für den Auftritt im Bundestag vorzusehen. Er wird sich die Frage stellen müssen, ob nicht solche Vorgänge vielleicht mit dem Zustand einer Gesellschaft zusammenhängen könnten, in der der Satz „Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg" mittlerweile schon zur selbstverständlichen Grundausstattung zumindest all jener geworden ist, die eben diesen Erfolg auf ihre Fahnen geschrieben haben, wo all das als legal oder legitim gilt, was einer hinkriegt, und dies zum Lebens- und Karriereideal erhoben wird.

Ist es in einer solchen Gesellschaft nicht geradezu folgerichtig, daß solche Dinge dann irgendwann vorkommen können? Es ist in diesem Zusammenhang eine fast schon bittere Ironie, daß gerade die CDU, die ansonsten gern über den Verfall von Sitte, Moral und Anstand hier lamentiert, einen solchen Skandal produziert hat. Herr Geißler führt die Moral ständig im Munde, Ihre intellektuellen Berater warnen seit mehr als zehn Jahren vor der Verflüssigung der Grundwerte, und Sie selbst beweisen dann praktisch, wie es

Kleinert (Marburg)

(A) um Ihre eigene Bindung an Anstand und Moral bestellt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Walther [SPD])

Ich muß Ihnen in diesem Zusammenhang auch einmal ganz offen sagen, daß gerade deshalb Ihr ständiges Einfordern strikter Rechtsstaatlichkeit — das ist Ihre Lieblingsveranstaltung hier — für mich häufig genug den Geruch des bloß Phrasenhaften hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man muß sich weiter fragen, ob es nicht vielleicht sogar so ist, daß gerade unter der Käseglocke des Bonner Politspektakels, in der die Politik selbst mehr und mehr zur bloßen Inszenierung degradiert wird

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Nicht nur über die eigene Partei reden!)

— ich habe überhaupt keine Probleme, über die eigene Partei zu reden —, genau jene Eigenschaften auf das Vortrefflichste gedeihen, die Kiel und ähnliches erst möglich machen?

Ich habe den Eindruck, daß gerade der Kanzler dieser Bundesregierung nach außen ziemlich exakt gerade das verkörpert, was zur Zeit in allen möglichen gelehrten und weniger gelehrten Diskussionsrunden über die politische Kultur in der Bundesrepublik in besonderer Weise angeprangert wird: die **Reduktion des Politischen auf die Machtfrage** an sich. Wer sich nämlich wie Herr Kohl allzu deutlich allein schon an (B) der bloßen Tatsache berauscht, das höchste Amt selbst auszuüben, wer im selbstzufriedenen Genuß daran und der gewiß gekonnten Absicherung dieser persönlichen Macht schon den eigentlichen Zweck seines eigenen politischen Handelns sieht, der muß sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht gerade selbst noch einen Beitrag zu dem leistet, was am Ende Kiel möglich gemacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD — Glos [CDU/CSU]: Sie sind unverschämt!)

Damit, meine Damen und Herren, schließt sich auch der Kreis zur Rede vom Dienstag, und deshalb sage ich hier auch in aller Offenheit: Herr Bundeskanzler, ich glaube Ihnen das alles nicht, was Sie da so wortreich und so wohlgesetzt vorgetragen haben. Für mich sind Sie in dieser Frage völlig unglaubwürdig.

Ich fürchte, daß sich durch den Kieler Politskandal eigentlich nichts Entscheidendes ändern wird. Es wird sicher noch einige Zeit der Aufregung geben, mal mehr, mal weniger; aber eines Tages wird das Ganze ebenso in die Skandalchronik dieser Republik eingehen wie der Flick-Skandal und andere Skandale zuvor. Ein Unterschied freilich wird vermutlich bleiben: Der Kieler Politskandal hat die Krise der Politik und die Krise der politischen Repräsentanten sichtbarer gemacht als jemals zuvor.

(Kuhlwein [SPD]: Die Krise der CDU, Herr Kollege! — Bohl [CDU/CSU]: Das ist Ihre Krise! Reden Sie doch mal von der Krise der GRÜNEN)

(C) Aber da kaum jemand wirklich an die Ursachen dieser Krise heran will, wird sich so schnell vermutlich nichts ändern; die Selbstgerechtigkeit wird weiter bleiben, und auch das unbehagliche Gefühl wird weiter bleiben, einmal mehr Zeuge wohlinszenierter Betroffenheit geworden zu sein, die selbst zu nichts anderem als zur Durchsetzung des nackten machtpolitischen Kalküls dient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist in Zwischenrufen verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden: Wie ist es denn mit Ihnen?

(Bohl [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir haben verdammt viele Probleme in unserer Partei. Wir haben verdammt viele Probleme in dieser Fraktion. Und wir machen auch verdammt viele Fehler. Aber eines, denke ich, haben wir uns bis heute immer noch bewahren können. Ich will uns hier auch nicht zu den Gralshütern der politischen Moral in der Bundesrepublik hochstilisieren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Dazu besteht auch kein Anlaß!)

Das wäre falsch. Aber eines können Sie uns abnehmen, meine Damen und Herren: Wir sind wenigstens noch in der Lage, über das zu diskutieren, was zu so etwas führt wie in Kiel,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und wir sind in der Lage, über das zu reflektieren, was den politischen Prozeß zu dem bringt, was dann in Kiel an Auswirkungen sichtbar geworden ist.

(D) (Beifall bei den GRÜNEN)

Das, glaube ich, können die GRÜNEN nach wie vor für sich beanspruchen.

Noch ein paar Bemerkungen zur Haushaltsdebatte. Der Kanzler stand in seiner Selbstgerechtigkeit in dieser Woche nicht allein. Selbstgerecht war auch die Rede des Finanzministers,

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Auch die von Kleinert [Marburg]!)

der angesichts finanzpolitischer Verwerfungen, wie sie in den letzten Tagen schon häufig genug deutlich geworden sind, dennoch von begründeter Zuversicht und Stabilität für 1988 gesprochen hat. Herr Minister Stoltenberg, wenn selbst die sicher nicht gerade oppositionsfreundliche „Wirtschaftswoche" in ihrem Vorbericht über den Haushaltsentwurf von wackliger Etatakrobatik spricht, wenn schon jetzt feststeht, daß Sie 1988 einen Kreditrahmen von 40 Milliarden DM brauchen werden, dann finde ich es eigentlich ziemlich unverfroren, wenn Sie sich hier hinstellen und der Öffentlichkeit verkünden, Sie würden den bewährten Weg fortsetzen und alles sei im Grunde zum besten geregelt. Es hat mit der finanzpolitischen Wirklichkeit überhaupt nichts mehr zu tun, was Sie hier erklärt haben.

Haushaltspolitik muß sich an ihrem **Beitrag zur Lösung der Probleme in der Gesellschaft** messen lassen. Genau da aber haben Sie herzlich wenig zu bieten. Wo ist denn der Beitrag dieser Bundesregierung zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit? Wo ist die umweltpolitische Initiative, die mit diesem Haushalt er-

Kleinert (Marburg)

(A) griffen würde? Wo ist Ihr wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der neuen Armut? Nichts davon ist in diesem Haushaltsentwurf zu spüren.

Nichts ist es mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit, wie wir mittlerweile längst wissen. Wir müssen nach den jüngsten Prognosen des Sachverständigenrats davon ausgehen, daß wir für 1988 eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit erleben werden. Wir haben heute schon über 2 Millionen Arbeitslose. Wir haben heute schon über 2 Millionen registrierter Sozialhilfeempfänger. Diese Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, schreibt die Massenarbeitslosigkeit fort. Was fast noch schlimmer ist: In Ihren Haushaltsreden kommt das ganze Problem schon gar nicht mehr vor.

Bundesarbeitsminister Blüm hat sich gestern hier hingestellt und einen Beitrag gehalten, wo er sich als Streiter gegen Rekordgewinne der Pharmaindustrie und ärztliche Einkommensprivilegien zu profilieren versucht hat. Er hat dabei das Kunststück fertiggebracht, nicht ein Wort zur Arbeitslosigkeit zu verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht ein Wort zur Arbeitslosigkeit in der Haushaltsrede des Arbeitsministers, nicht ein Wort zur sozialen Armut, nicht ein Wort zur Altersarmut! Früher hörten wir wenigstens noch geschönte und äußerst kühne Prognosen, wie diese Regierung der Arbeitslosigkeit beikommen werde. Heute ziehen Sie es vor, sich dazu lieber erst gar nicht zu äußern. Heute lautet Ihr Rezept: Wenn schon die soziale Realität so aussieht, (B) dann wollen wir wenigstens nicht mehr darüber reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die **ökologische Bilanz** der Bundesregierung sieht nicht besser aus. Die minimalen Zuwachsraten im Etat des Umweltministers können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich außer etwas Umweltkosmetik und Reparaturbetrieb praktisch nichts bewegt hat. Die Möglichkeiten des Bundes, präventive Umweltpolitik zu betreiben, bleiben weiter ungenutzt. In wichtigen Bereichen wie der Energiepolitik oder der Chemiepolitik schreiben Sie einen schlechten Stillstand fest. Statt Mittel in den Umbau der Energiewirtschaft zu stecken, setzen Sie weiter auf Atomkraft. Altlastensanierung, Kraftwerksentschwefelung, Forschungsanstrengungen bei den Umwelttechnologien: überall Fehlanzeige. Die größte umweltpolitische Leistung in der Kanzlerschaft von Helmut Kohl war die Ernennung eines Umweltministers.

(Vorsitz: Präsident Dr. Jenninger)

Das hat Ihnen gewiß geholfen, damals die Wahl in Niedersachsen zu überstehen. Die Umwelt freilich und die Menschen haben bis heute wenig davon gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Äußerste Großzügigkeit allerdings legt der Finanzminister da an den Tag, wo es um die **Begüterten in dieser Gesellschaft** geht. Ihre Freunde in den Chefetagen, alle die, die es heute schon so schlecht nicht haben, sie werden bestens bedient. Sie wissen, was sie an dieser Regierung haben. Wo im Umweltbereich um jede Million gefeilscht wird, ist der Finanzminister (C) bei der Steuerrefom äußerst spendadel: 25 Milliarden DM Steuermindereinnahmen pro Jahr, das macht gar nichts, wenn bloß die bevorzugte Klientel der Regierungsparteien dabei gut bedacht wird. Daß Sie den Kommunen dabei den Finanzhahn zudrehen, daß das Geld fehlt für dringende ökologische und soziale Aufgaben, es stört Sie nicht weiter.

Das einfache Grundmuster dieser Politik, das aber der Wahrheit ziemlich nahe kommt, lautet: Oben wird spendiert, und unten wird kassiert. So einfach liegt das zutage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser Bundeshaushalt und die finanzpolitische Gesamtstrategie dieser Regierung werden die ökologischen und sozialen Probleme dieser Gesellschaft nicht lösen helfen. Notwendige Impulse zu ökologischen Investitionen werden ignoriert. Die Schere zwischen oben und unten wird durch diesen Haushalt eher noch größer werden. Gesellschaftliche Minoritären werden noch mehr an den Rand gedrückt. Ökologisch perspektivlos und sozial verheerend, das ist die Gesamtbilanz dieser Politik. Die ganze Grundrichtung ist falsch.

Deshalb muß eine **grundsätzliche Neuorientierung** her. Wie das aussehen könnte, dazu haben wir in dieser Haushaltsdebatte konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben Anträge zum Umbau der Energiewirtschaft vorgelegt. Wir haben ein Programm zum Umbau der Chemieindustrie vorgelegt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bringen Sie erst mal Ihre Partei in Ordnung!) (D)

Wir haben Vorschläge gemacht für die Sicherung des Trinkwassers. Wir haben Maßnahmen zur Stadtsanierung gefordert. Wir haben beantragt, die Mittel für ökologische Forschung auszuweiten. Wir haben als GRÜNE ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Wir haben konkrete Schritte zur Abrüstung gefordert, durch die erhebliche Mittel frei würden. — Das Thema Abrüstung ist ja schließlich nicht dadurch erledigt, daß übernächste Woche in Washington ein Abkommen unterschrieben wird. Diesem wichtigen Schritt nach vorn müssen weitere folgen. Die Bundesrepublik kann durch Abrüstungsschritte im konventionellen Bereich dazu einen wichtigen Beitrag leisten, auch wenn Sie hier hergehen und die Sondersitzung, die wir aus diesem Anlaß beantragt haben, ablehnen, was ich, gerade was das Verhalten der SPD betrifft, überhaupt nicht verstehe. Meine Damen und Herren, Sie haben diese Vorschläge niedergestimmt. Ein Beweis mehr dafür, daß Sie trotz aller schönen Sonntagsreden über Umweltpolitik immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt haben. Die grüne Tünche bröckelt rasch ab, wenn es um konkrete Maßnahmen geht, die Geld kosten.

Meine Damen und Herren, der Streit, der darüber zu führen ist, geht um die ganze Grundrichtung der Politik, nicht allein um Einzelanträge und um Haushaltslöcher. Diesen Streit werden wir weiter führen. Sie haben mit diesem Haushalt die Weichen in die falsche Richtung gestellt. Das macht es uns leicht, diesen Haushalt abzulehnen.

Kleinert (Marburg)

(A) Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat Herr Abgeordneter Rose.

Dr. Rose (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich vergleiche immer gerne mit dem Sport. Wie ein Sportvergleichskampf kamen mir die vier Tage dieser Haushaltsdebatte in Bonn vor.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Sie bekommen gleich eine rote Karte!)

Jede Seite versuchte Punkte zu sammeln und für künftige politische Entscheidungen Startvorteile zu erreichen. Bei Ihnen hatte ich allerdings den Eindruck — und die letzte Rede war genau so — daß Sie ein bißchen auf die Schienbeine geklopft, aber sonst nichts erreicht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zusammengezählt wird nämlich am Schluß. Und da stehen Sozialdemokraten und GRÜNE ohne Lorbeer da.

Was haben diese Herrschaften in dieser Woche nicht alles empfohlen? Es begann schon am Dienstag mit Herrn Vogel.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Ich dachte, Sie wollten über Sport reden!)

Finanzpolitisch hat dieser eigentlich gar nichts geboten. (B) Außer seiner salbungsvollen Ankündigung, er wolle nicht abrechnen, sondern nur die Sorgen der Bürger ausbreiten, ist er so ziemlich alles schuldig geblieben;

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU)

denn er und seine Fraktionskollegen, auch heute noch mal Herr Kollege Spöri,

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Wer hat Ihnen denn diesen Unsinn aufgeschrieben?)

sagten „Haushalt" und meinten „Kiel", sie sagten „Neubeginn" und zogen Stoltenberg in den Dreck,

(Bindig [SPD]: Der liegt schon drin!)

sie forderten Entschuldigung und betrieben gleichzeitig Beschuldigung. Das war Ihr Auftakt in die Haushaltsdebatte und nicht die Sorge um die Bürger.

Der Versuch, meine Damen und Herren, dem hochangesehenen Bundesfinanzminister am Zeug zu flikken oder ihn in den Sumpf zu ziehen, ist mißlungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Bindig [SPD]: Der steckt schon im Sumpf!)

Genausowenig gelang der wirtschafts- und finanzpolitische Schlagabtausch. Was hätten Sie von der sozialdemokratischen Seite und Sie von den GRÜNEN auch wirtschafts- und finanzpolitisch bieten sollen? Außer der Pauschalkritik an allem doch nichts Konstruktives. Das ist — ich sage es wirklich mit Bedauern — eigentlich schade.

Herr Vogel, Herr Apel und Herr Spöri haben nur vorgerechnet, was ihrer Meinung nach nicht gut ist. (C) Aber sie haben nicht vorgedacht, was besser gemacht werden kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das können sie auch nicht!)

Sollen wir denn, meine Damen und Herren, das sogenannte Acht-Punkte-Programm des Herrn Apel ernst nehmen? Er hat doch nur sattsam Bekanntes wiederholt.

(Dr. Spöri [SPD]: Das unterstützt doch Herr Franke! Zuruf von der SPD: Oder Herr Scharrenbroich heute im „Express"!)

Er hat bei seinen Forderungen nach mehr öffentlichen Investitionen, nach anderen Steuerplänen und nach einer Beseitigung der Verschuldung der Dritten Welt alles schön dargestellt. Aber eines hat er vergessen: Er hat schlichtweg nichts zu den Kosten gesagt. Wer sich hier nur hinstellt und auflistet, was zusätzlich getan werden muß, der ist unglaubwürdig,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Garbe [GRÜNE]: Das war alles gedeckt!)

vor allem dann, wenn er dann gleichzeitig auch eine zu hohe Verschuldung beklagt.

Unsere Aufgabe ist nach wie vor, durch eine verhaltene Ausgabenentwicklung zur **öffentlichen Sparsamkeit** beizutragen. Die großen Aufblähungen, die die SPD-Haushalte hatten, wollen wir dem Steuerzahler nicht zumuten. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern senken. Das wird auch von vielen im Lande begrüßt.

Warum ist denn die SPD so sehr dagegen — übrigens wieder einmal im Schulterschluß mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund? (D) Wollen diese Leute, daß der Staat immer tiefer in den Geldbeutel der Bürger greift, oder sind sie nur dagegen, weil SPD-geführte Länder und Kommunen pleite sind? Haben sie tatsächlich die Sorge, wie Herr Vogel sagte, daß die Gewinne aus der **Steuerreform** ins Ausland transferiert oder daß, wie Apel meinte, neue Steuerhinterzieher hervorgebracht werden?

Ich kann nur sagen: Die Herren müssen ja saubere Bekannte haben. Ich erinnere mich dunkel an so manche DGB-Bosse und deren Villen im Tessin oder an die Neue Heimat und deren Verbindung zu Südamerika.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Spöri?

Dr. Rose (CDU/CSU): Gerne, Herr Kollege Spöri.

Präsident Dr. Jenninger: Bitte, Herr Kollege Spöri.

(Glos [CDU/CSU]: Der Herr Störi!)

Dr. Spöri (SPD): Auch noch ein Kompliment, mein lieber Michel.

Präsident Dr. Jenninger: Bitte stellen Sie eine Frage, Herr Kollege.

Dr. Spöri (SPD): Lieber Kollege Rose, ist Ihnen eigentlich bekannt, daß wir in diesem Deutschen Bun-

Dr. Spöri

(A) destag einen Antrag eingebracht haben, die zweite Steuerentlastungsstufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 so umzustrukturieren, daß 70 % der Ledigen und 80 % der Verheirateten stärker entlastet werden als in Ihrer Entlastungskonzeption, so daß die Aussage, daß wir die Leute nicht entlasten wollen, eine grobe Unwahrheit ist?

Dr. Rose (CDU/CSU): Bekannt ist ja nur eines, Herr Kollege Spöri: Draußen polemisieren Sie gegen die Steuerreform insgesamt, und hier bringen Sie mal diesen und mal jenen Antrag. Alle diese Anträge führen zu nichts.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Klejdzinski [SPD]: Ein billiger Jakob sind Sie! — Glos [CDU/CSU]: Das ist ja so, als wenn eine Prostituierte Keuschheit fordert!)

Ich sage deshalb: Sie sollten aufhören, gegen die Steuerreform insgesamt zu polemisieren. Sie haben gegen die Steuerreform nichts vorzubringen. Denn sonst müßten Sie ja auch sagen, daß Sie nicht damit einverstanden sind, daß z. B. ein Industriearbeiter, der momentan — sagen wir — 48 000 DM verdient und dafür rund 11 000 DM Steuern bezahlt, dann, wenn der Tarif 1990 eingeführt ist, um rund 3 000 DM weniger Steuern bezahlt. Sind Sie dagegen?

Wenn Sie dieses Gehalt — wie es auch der Herr Bundesfinanzminister in dieser Woche bereits gemacht hat — unter Berücksichtigung der normalen Gehaltserhöhungen und vielleicht auch eines Zuwachses, weil er mehr Leistung bringt, auf das Jahr 2000 hochrechnen, bekommt er bis zu 40 000 DM

(B) Steuerentlastung. Sind Sie dagegen? Wenn Sie nämlich dagegen sind, dann müssen Sie auch sagen, daß Sie arbeitnehmerfeindlich sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben ja aus den gleichen Ursachen heraus auch keinen Grund gegen den Haushalt zu polemisieren.

(Abg. Dr. Klejdzinski [SPD] und Abg. Frau Matthäus-Maier [SPD] melden sich zu einer Zwischenfrage)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Matthäus-Maier?

Dr. Rose (CDU/CSU): Ich gestatte jetzt keine mehr, weil eine ganze Litanei da sitzt und ich genausowenig zur Audienz bereit bin wie der Kollege Spöri.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Kollege Klejdzinski, nehmen Sie Platz! Er läßt keine Zwischenfragen zu.

(Abg. Dr. Klejdzinski [SPD] bleibt am Mikrofon stehen)

Sie haben keine Zwischenfrage, Herr Kollege Klejdzinski. Bitte nehmen Sie Platz! Ich rufe Sie zur Ordnung.

(Zurufe von der SPD)

Das geht nicht.

Bitte fahren Sie fort, Herr Kollege Rose.

(Anhaltende Zurufe)

(C) — Meine Damen und Herren, ich bitte doch darum, daß wir die Beratungen in geordneter Weise abwickeln.

(Zuruf der Abg. Frau Matthäus-Maier [SPD])

— Frau Kollegin Matthäus-Maier, der Redner entscheidet darüber, ob er eine Zwischenfrage zuläßt. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er eine Zwischenfrage nicht zuläßt.

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Deshalb braucht man doch nicht gleich zu schimpfen!)

Dr. Rose (CDU/CSU): Ich habe eine Zwischenfrage zugelassen und nur gesagt: Wenn eine ganze Batterie von Kollegen fragen möchte, dann habe ich leider keine Zeit.

(Walther [SPD]: Litanei hast du gesagt, nicht Batterie!)

Die Opposition hat auch keinen Grund, gegen den Haushalt 1988 insgesamt zu protestieren. Wir geben ja zu,

(Zuruf von der SPD: Na endlich!)

daß die Zeiten schwieriger geworden sind. Darüber brauchen wir ja nicht zu reden; das liest ja jeder in den Zeitungen. Was Sie machen, ist ja nichts anderes, als daß Sie das aufzählen, was an Schwierigkeiten auf uns zugekommen ist. Nur, hier den Schwarzen Peter irgend jemandem zuzuschieben halte ich wiederum, wenn ich die Haushaltsberatungen im Ausschuß Revue passieren lasse, für unangebracht. Sie sollten ehrlich genug sein, anstatt zu polemisieren zuzugeben, (D) daß wir unter den gegebenen Umständen das Beste aus dem Haushalt gemacht haben.

Gegen **Risiken** können auch Sie nichts machen. Wir müssen die Risiken, die sich aus manchen Problemen ergeben, eben auch in den Haushalt einbauen.

(Dr. Spöri [SPD]: Wie Strauß sagt: Es muß sinken, immer tiefer!)

Von einer allgemeinen Trendwende oder gar von einer Finanzkatastrophe, wie sie manche so gerne an die Wand malen möchten, kann keine Rede sein. Der notwendige **Anstieg der Neuverschuldung** hat seine klar erkannten Gründe. Kein Geringerer als Ihr früherer Superminister **Karl Schiller** hat das auch positiv erläutert. Schwächere Steuereingänge und zusätzliche Ausgaben für allgemein gewünschte Projekte bringen diese Neuverschuldung.

Ich frage Sie deshalb: Hätten wir für die Besucher aus der DDR nichts machen sollen? Das kostet 240 Millionen DM. Hätten wir für die Kohlearbeiter nichts tun sollen? Das kostet jetzt zusätzlich in diesem Zusammenhang 170 Millionen DM. Hätten wir für die Arbeitslosenhilfe nichts machen sollen? Das kostet 434 Millionen DM. Hätten wir für die Schul- und Berufsausbildung jugendlicher Zuwanderer nichts tun sollen? Das kostet 40 Millionen DM. Ich könnte diese Liste fortsetzen. Sie haben im Ausschuß meistens zugestimmt, und deshalb können Sie jetzt nicht herkommen und den Haushalt insgesamt wieder ablehnen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es kommt darauf an, wo Sie kürzen!)

Dr. Rose

(A) Wir haben Ihnen daher auch nahegelegt, den Haushalt insgesamt zu befürworten.

Ich ziehe am Ende der Haushaltsdebatte als Fazit: Zur Haushalts- und Finanzpolitik der Koalition gibt es nach wie vor keine Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

SPD und GRÜNE haben zwar insgesamt viel kritisiert, sie haben aber keine brauchbaren Gesamtkonzepte vorgestellt.

(Frau Eid [GRÜNE]: Das ist ja unglaublich!)

So werden wir auch das Jahr 1988 mit der bewährten Politik Gerhard Stoltenbergs bewältigen.

(Dr. Spöri [SPD]: Hurra!)

Ich möchte mir erlauben — weil nach mir auch noch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses kommt —, als stellvertretender Vorsitzender auch einen Dank zu sagen. Aber nachdem der Herr Vorsitzende diesen Dank ebenso wie die Obleute am Mittwoch dieser Woche hauptsächlich an die eigene Adresse gerichtet haben — darunter auch an Herrn **Dr. Knott,** dem ich mich selbstverständlich anschließe —,

(Glos [CDU/CSU]: Ein guter Mann, der Herr Dr. Knott!)

möchte ich bei allem Lob für die eigenen Reihen den Dank nicht an jene vergessen, die die Arbeit für uns überhaupt erst möglich gemacht haben. Das sind nämlich die **deutschen Steuerzahler.** Hätten wir keine Steuerzahler, bräuchten wir über die Umverteilung (B) nicht zu streiten. Deshalb gilt den Steuerzahlern für ihre Opferbereitschaft unser eigentlicher Dank.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Es liegt also ein Haushalt des Augenmaßes vor. In Verbindung mit der zweiten Steuerentlastung gehen wir in ein Jahr, das sowohl für den Arbeitnehmer wie für die Wirtschaft Erfolge verzeichnen kann. Wir gehen in ein Jahr, das von Risiken getragen ist, die wir nicht ausschließen können — das weiß jeder —, ob es jetzt bei der EG ist — dort hört man jetzt schon wieder andere Meldungen —, ob es bei der Deutschen Bundesbahn ist, ob es beim Dollarverfall ist, wo ja keiner ein Rezept hat. Aber wir werden diesen Haushalt ordnungsgemäß abwickeln. Ich glaube, daß wir ihm deshalb auch insgesamt zustimmen können.

(Glos [CDU/CSU]: Mit gutem Gewissen!)

Meine Damen und Herren, wenn jemand jetzt noch einmal den Herrn Bundesfinanzminster Stoltenberg wegen des in der Bundeskasse fehlenden Geldes kritisieren sollte, dann tröste ich ihn mit einem Satz des alten chinesichen Weisen **Lao-tse.** Als Strauß-Schüler darf ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten ja wohl zitieren. Ich habe hier ein kleines Büchlein: „Quellen chinesischer Weisheit." Dort steht:

> Genug zu haben, ist Glück,
> mehr als genug zu haben,
> ist unheilvoll.
> Das gilt vor allen Dingen beim Geld.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C) Meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, daß gleich eine Reihe von namentlichen Abstimmungen durchgeführt wird, möchte ich für unsere Fraktion erklären: Der Bundeshaushalt ist in eine derartige Form gegossen, daß wir ihm zustimmen können. All dem, was von der Seite der Opposition — sowohl von Rot als auch von Grün — gesagt wurde, kann nicht zugestimmt werden.

Ich danke Ihnen für die heutige Debatte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Walther.

Walther (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Rose hat hier zum Schluß ein paar Sätze gesagt, von denen ich nicht sehen kann, daß sie sich in Übereinstimmung mit dem Appell des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Dregger, von heute morgen befinden, man möge sich bemühen, zu möglichst viel Konsens zu kommen. Man muß sich schon entscheiden, was man will: Konsens oder Streit.

(Beifall bei der SPD — Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Die chinesische Weisheit war doch gut!)

Da ich auf Grund meiner Redezeit kaum eine Chance habe, noch auf das eingehen zu können, was Dr. Rose gesagt hat,

(D) (Seiters [CDU/CSU]: Das hängt mit dem Spöri zusammen! Der hat Ihnen die Redezeit weggenommen!)

lassen Sie mich meine Erwiderung auf die Ausführungen von Herrn Rose auf diese wenigen Sätze beschränken.

Ich will zunächst einige Bemerkungen machen — Herr Dr. Rose, Sie haben sie ja angekündigt —, die der Ausschußvorsitzende am Ende dieser vier Tage traditionsgemäß, aber auch gerne macht. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß es die unendliche Weisheit des Ältestenrates war, die uns in diesem Jahr für die Beratung eine Sitzungswoche weniger geschenkt hat. Wir hatten nur fünf Wochen — gleich zehn Sitzungstage — zur Verfügung, um einen Haushalt im Umfang von 275 Milliarden DM prüfen zu können. Das ist so wenig wie noch nie. Deshalb haben wir uns die Berlin-Sitzung, die wir sonst traditionsgemäß zu Beginn der Haushaltsberatung im Herbst durchführen, schenken müssen. Aber ich denke, unsere Berliner Freunde werden ein Nachsehen haben, wenn sie wissen, daß wir nächste Woche nahezu alle drei Tage in Berlin sein werden und daß wir dann das nachholen können, was, wie gesagt, zu Beginn auf Grund der Terminenge nicht möglich war.

Ich will allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuß einen herzlichen Dank sagen. Die **Berichterstatter** haben ja eine schwere Arbeit gehabt. Insbesondere wegen der Terminenge mußten viele von ihnen in den sitzungsfreien Wochen hier sein, um ihren Pflichten als Berichterstatter nachzukommen, während andere zu Hause sein konnten. — Herr Vize-

Walther

(A) präsident Cronenberg, Sie nicken mir so freundlich zu. Wenn Sie im Ältestenrat dafür sorgen könnten, das wir im nächsten Jahr mehr Zeit für die Beratung haben, dann wären wir alle Ihnen herzlich dankbar.

(Zustimmung bei der FDP — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: An dem Versuch soll es nicht fehlen!)

Daß der Dank natürlich auch allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Bundesministerien gilt, insonderheit denen im Bundesfinanzministerium, aber ganz besonders Ihnen, Herr **Dr. Knott** der Sie nun in Pension gehen wollen — ja, Sie kommen auch noch dran, Herr Bangemann, aber in einem ganz anderen Zusammenhang —, will ich hier gern und aus Überzeugung sagen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Steuerzahler nicht vergessen!)

Herzlichen Dank auch dem **Bundesrechnungshof,** der uns beraten und begleitet hat.

Ein herzlicher Dank — das sage ich auch mit voller Überzeugung — den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im **Sekretariat** unseres **Haushaltsausschusses,** die in diesen Wochen und Monaten weit mehr als nur ihre Pflicht getan haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Letztlich gilt mein Dank auch denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der **Bundestagsverwaltung,** die dafür gesorgt haben, daß die vielen, vielen Papiere, die wir leider anfertigen mußten, rechtzeitig (B) zu den Beratungen auf den Tischen lagen. Ich sage das in der Hoffnung, daß jeder sie gelesen hat und weiß, worüber er abstimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich insonderheit auch die **Obleute der Arbeitsgruppen** im Haushaltsausschuß nenne. Für die CDU/CSU ist es **Manfred Carstens**

(Vereinzelter Beifall bei der SPD — Sielaff [SPD]: Einen Ordnungsruf muß er haben!)

— er kann im Moment nicht zuhören, aber, Jochen, vielleicht kannst du dem Manfred einmal sagen, daß ich gerade zu ihm rede —, der ja insbesondere bei den Abschlußberatungen nie seine souveräne Ruhe verloren hat. Als einer, der in der früheren Koalition das Amt des Obmannes in der größeren Regierungsfraktion wahrgenommen hat, kann ich ermessen, welchen Pressionen, Schwierigkeiten, Drohungen man unterliegt, wenn das Geld noch knapper wird und man sich darüber hinaus öffentlich festgelegt hat, welche Neuverschuldungsgrenze man nun partout nicht überschreiten will. Diesmal sollten es nicht mehr als 30 Milliarden DM sein. Damals hat uns der Koalitionspartner bei Strafe der Aufkündigung der Koalition gesagt: Nicht mehr als 28 Milliarden DM sollten es sein. Nun sind wir schon bei 30 Milliarden DM, Herr Kollege Cronenberg: Sie waren damals aktiv an der Operation beteiligt.

Ich danke auch **Wolfgang Weng,** dem Kopiloten der FDP in der Koalitionsarbeitsgruppe, bei dem mir auch heute morgen wieder aufgefallen ist, daß er sich mehr und mehr an seinem Vorbild Hans-Günter Hoppe (C) orientiert und so ein bißchen Opposition in der Koalition spielt.

(Zuruf von der SPD: Aber nur spielt!)

— Er wird ja von Jahr zu Jahr besser. Sobald er einen bestimmten Parlamentarischen Staatssekretär aus dem Bundesfinanzministerium sieht, läuft er zu großer Form auf, was diese Rolle angeht.

Ich danke auch Ihnen, Frau Kollegin **Christa Vennegerts** von den GRÜNEN. Lassen Sie mich das einmal so persönlich sagen: Sie haben gezeigt, daß man, wenn man mit einem ordentlichen Beruf ins Parlament kommt, auch ordentliche parlamentarische Arbeit leisten kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Mein Dank gilt auch **Heide Simonis** von der SPD, denn sie hatte eine besonders schwere Arbeit zu leisten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Sie hat nicht nur den lange erkrankten Obmann **Helmut Wieczorek,** dem übrigens — ich hoffe, im Namen aller — unsere herzlichen Genesungswünsche gelten

(Beifall)

zu vertreten, sondern sie hat auch eine Menge zusätzlicher Berichterstatterpflichten übernehmen müssen. Frau Kollegin Simonis, wenn ich Sie zuletzt nenne, dann nicht deshalb, weil ich zu Ihnen besonders un- (D) höflich sein sollte, sondern weil ich mit dieser persönlichen Bemerkung an Sie zu dem überleiten möchte, was ich für meine Fraktion vorzutragen habe.

(Glos [CDU/CSU]: Machen Sie doch Ihre Liebeserklärungen privat! — Heiterkeit)

— Dies mache ich nur dann, lieber Kollege Glos, wenn ich so oft wie Sie mit der Frau Kollegin Simonis auf Dienstreise bin.

(Große Heiterkeit)

Das, was Heide Simonis in den letzten Wochen und Monaten geleistet hat, prädestiniert sie noch mehr als vorher, wenn sie sich im nächsten Jahr erneut um das Amt der Finanzministerin im hochverschuldeten Land Schleswig-Holstein bewirbt.

(Beifall bei der SPD — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Nun mach uns keine Angst!)

Aber da wir — nun ganz im Ernst — auch in dieser Woche über Schleswig-Holstein reden müssen: Herr Bundesfinanzminister, als Landesvorsitzenden der Schleswig-Holsteiner CDU frage ich Sie erneut, wann Sie sich öffentlich für das entschuldigen wollen, was durch Mitglieder Ihrer Partei geschehen ist, wann Sie sich endlich bei **Björn Engholm und seiner Familie** öffentlich entschuldigen wollen.

(Beifall bei der SPD — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Jetzt fängt der auch noch an!)

Walther

(A) Wenn Sie dies heute täten, würden Sie endlich einen Beitrag zur Verbesserung der politischen Kultur auch in Ihrem Bundesland leisten.

(Beifall der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, sosehr ich das persönliche Klima der Haushaltsberatungen lobe, so sehr muß ich den **Verfahrensgang** in der Sache tadeln. Ungewöhnlich viele Entscheidungen mußten bis zu **Bereinigungssitzungen** des Ausschusses zurückgestellt werden, in denen die Beratungsqualität trotz Nachtsitzungen unter der gedrängten Zeit schwer leiden muß. Wer sich den Katalog der zurückgestellten Beschlußfassungen genau ansieht, der hat ein getreues Spiegelbild der Haushaltsrisiken und der volkswirtschaftlichen Krisenbereiche vor Augen: der Kohletitel mit Regionalprogramm und Anpassungshilfen, die Werfthilfen, Arbeitslosenhilfe, Bundesbahn, Airbus-Finanzierung und die drei Weltraumprojekte. Die quälenden Verzögerungen sind nicht den Berichterstattern anzulasten. Sie sind vielmehr dem verworrenen, mangelhaft koordinierten Entscheidungsprozeß innerhalb der Bundesregierung zuzuordnen, der es an Führung und an Konzepten fehlt.

(Beifall bei der SPD)

So konnte — Herr Kollege Zander, Sie haben darunter sehr leiden müssen — der Ausschuß z. B. die Entscheidung der Bundesregierung zu den **drei Weltraumprojekten** entgegen allen Zusagen, die parlamentarischen Rechte zu wahren, letztlich nur im nachhinein absegnen, weil der zuständige Bundesminister nach einem endlosen Tohuwabohu nur unter dem Druck

(B) der unmittelbar bevorstehenden ESA-Ministerratstagung Handlungsfähigkeit erlangte.

(Zander [SPD]: Das ist wahr!)

Der Parlamentsvorbehalt, den der Minister — mal sehen, ob er überhaupt da ist — wahrte, ist kein Ersatz für eine vorherige parlamentarische Zustimmung, weil er zumindest der Koalitionsmehrheit die Freiheit der Entscheidung nimmt. Herr Bundesminister, ich weiß, daß daran nicht allein Sie schuld sind, daß andere noch schuldiger waren; nur sage ich ausdrücklich: Ein ordnungsgemäßer Verfahrensgang war das nicht, und das werden Sie auch nicht bestreiten können.

Zum Verfall der Entscheidungskraft der Bundesregierung, zu einem Verfall, der die Ausschußarbeit behindert hat, gehören die zahlreichen **Dementis,** die sich Mitglieder der Bundesregierung vor dem staunenden Ausschußplenum gegenseitig erteilten:

Der Forschungsminister ist der guten Hoffnung, daß die Hälfte der **Weltraumkosten** mittelfristig nicht aus seinem Haushalt, sondern aus dem Gesamthaushalt zu finanzieren ist. Der Finanzminister stellt dies ausdrücklich als abwegig hin.

(Hört! Hört! bei der SPD)

Der Koordinator für Luft- und Raumfahrt, unser geschätzter früherer Ausschußkollege Dr. Riedl, legt dem Ausschuß nahe, Vorsorge für eine höhere **Airbus-Finanzierung** infolge des Dollarverfalls zu treffen. Der Finanzminister bezeichnet dies als persönliche Auffassung eines ansonsten geschätzten Kollegen. (C)

(Zuruf von der SPD: Eine Laienspielschar!)

Der Bundesarbeitsminister schließlich liefert sich vor dem Ausschuß ein erregtes Gefecht mit der **Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit** und versucht, sowohl den Vertretern der Arbeitgeber- als auch denen der Arbeitnehmerbank zu verbieten, von einer wachsenden **Arbeitslosigkeit** zu sprechen. Das hat er denen verboten! So temperamentvoll und so klein, wie er gebaut ist, hat er denen das verboten! Bei der Vorstellung des **Sachverständigengutachtens** vor wenigen Tagen im Kanzleramt hat er sich allerdings, obwohl die Sachverständigen genau dieselbe Aussage gemacht haben, ganz anders, nämlich viel freundlicher verhalten.

Ebenfalls vor dem Ausschuß bescheinigt der Arbeitsminister dem **Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit,** daß er dessen Forderung nach einem **Konjunkturprogramm** als Äußerung eines Privatmanns ansieht, der derzeit nun leider mal ein Amt innehat. Der schüchterne Hinweis des Präsidenten, daß ihn dieses Amt kraft Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verpflichtet, wird weggewischt; denn die Ablehnung eines wie immer gearteten Konjunkturprogramms ist der Fetisch, der die Koalition in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik zusammenhält.

Heinrich Franke, ein sehr geschätzter früherer Kollege in diesem Hause und Parlamentarischer Staatssekretär bei Herrn Blüm, hat in dieser Woche seine Sorgen und Vorschläge wiederholt. Wir begrüßen das.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deshalb nachher in einem Entschließungsantrag, den wir auch zur namentlichen Abstimmung stellen, den Bundestag auf, sich voll hinter die Vorschläge des CDU-Kollegen Heinrich Franke zu stellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Nun habe ich heute im „Express" gelesen, daß unser Kollege Heribert Scharrenbroich genau dieselbe Forderung aufgestellt hat, heute im „Express"!

(Zuruf von der SPD: Wo ist er denn?)

Nun wollen wir einmal sehen, ob der Herr Scharrenbroich nachher hier ist, ob er sich an der Abstimmung beteiligt und wie er sich zu dem stellt, was er heute im „Express" selber gefordert hat.

(Seiters [CDU/CSU]: Völlig klar!)

— Herr Kollege Seiters, wenn Sie die Glaubwürdigkeit Ihres Kollegen Scharrenbroich schon im vorhinein so in Zweifel ziehen, tut es mir wahnsinnig leid für Ihre Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, weil wir gerade bei den Dementis sind: Dementis tauschen schließlich regelmäßig der Bundesfinanzminister und der Bundesverteidigungsminister aus, wenn es um die Frage eines Zuschlags in der Finanzplanung geht, den wiederum der Bundeskanzler halb und halb in Aussicht gestellt

Walther

(A) hat, obwohl dafür überhaupt kein Geld zur Verfügung steht.

Präsident Dr. Jenninger: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Hamm-Brücher? — Bitte sehr.

Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP): Herr Kollege und Vorsitzender des Haushaltsausschusses Walther, wären Sie bereit, in Ihre Mängelrüge auch den Haushaltsansatz aufzunehmen, den ich gestern in meiner persönlichen Erklärung bezüglich der **historischen Museen** besonders gerügt habe?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Walther (SPD): Frau Kollegin Hamm-Brücher, ich kenne Ihren Beitrag von gestern abend. Wir haben darüber gesprochen.

Präsident Dr. Jenninger: Frau Kollegin Hamm-Brücher, es ist üblich, daß man die Antwort stehend entgegennimmt.

Walther (SPD): Ich habe Ihnen ausdrücklich zugestimmt, aber wenn ich alle Mängelrügen an diesem Haushalt aufzählen müßte, würde ich wahrscheinlich noch länger als eine Stunde nur über dieses Thema reden müssen. Sie haben mir ja freundlicherweise die Arbeit abgenommen, Frau Kollegin.

An allen diesen Dementis, von denen ich soeben geredet habe, meine Damen und Herren, waren mindestens immer zwei Bundesminister beteiligt. Ein einziges Regierungsmitglied hatte allerdings den dialektischen Freimut, sich mit sich selbst in Widerspruch zu setzen, nämlich der Bundeswirtschaftsminister.

(B)

(Dr. Spöri [SPD]: Ja!)

Er berichtet dem Ausschuß bei der Beratung seines Einzelplanes am 5. November ganz wohlgelaunt, wie wir das von ihm kennen, freundlich, breit und rund Optimismus ausstrahlend,

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Fröhliche Leute machen gute Arbeit!)

von einem zufriedenstellenden **Wirtschaftswachstum** für die Zukunft. Fünf Tage später, am 10. November, schreibt er dem „Sehr verehrten Kollegen Stoltenberg", daß er ernste Gefahren für die Weltkonjunktur und unsere eigene Wirtschaftsentwicklung sehe — Durchschlag an den „Sehr geehrten Herrn Bundeskanzler".

(Dr. Vogel [SPD]: Strauß soll auch einen Durchschlag bekommen haben! — Weitere Zurufe von der SPD)

Also, lieber Herr Bangemann, zwischen beiden Aussagen muß doch mehr als ein mißratenes Wochenende gelegen haben.

(Bundesminister Dr. Bangemann: Ein Börsenkrach!)

— Aber doch nicht in den fünf Tagen, lieber Herr Bangemann. Also, so weit reicht unser beider Gedächtnis doch, um zu wissen, daß Ihr Zwischenruf in der Sache falsch ist.

(Zustimmung bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, ich beschränke meine Verfahrenskritik nicht nur auf die Überfrachtung der Bereinigungssitzung mit Beratungspunkten infolge der Schwäche der Bundesregierung. Ich kritisiere auch, daß die Koalitionsfraktionen selbst nicht fähig sind, die Einzelpositionen des Haushalts in den Griff zu bekommen, um einen ausgeglichenen Gesamthaushalt nach ihren Zielen zu gewinnen, sondern sich — genau wie im Vorjahr — auf zweifelhafte Kraftakte verlegen.

Dazu gehört wiederum die **globale Minderausgabe** in Höhe von 590 Millionen DM, die ausgebracht wurde, obwohl der Ausschuß ihr mehrfach ausdrücklich abgeschworen hatte, weil sie nämlich die Parlamentsrechte auf den Bundesfinanzminister überträgt.

(Dr. Vogel [SPD]: Richtig!)

Ich geb' ja zu, daß wir diese Dummheit früher auch einmal gemacht haben. Aber wir haben daraus gelernt, daß man das nicht noch einmal machen darf. Doch die Koalition in ihrer Haushaltsnot macht das gleiche noch einmal.

(Beifall bei der SPD)

Aber zu den, meine Damen und Herren, wirklichen Böse-Buben-Streichen, die in der letzten Bereinigungssitzung gemacht worden sind, gehört die **Kürzung der Personalstellen** um 1 %, mit der ein erheblicher Teil wohlbegründeter und zunächst bewilligter Stellen wieder eingesammelt wird. Damit wird auch die Arbeitslosenzahl in Nürnberg um einige Tausend erhöht und kostet deshalb an anderer Stelle eine Menge öffentliches Geld. Daß Sie damit die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes desavouieren, daß Sie damit Ihren Bundeskanzler desavouieren, der noch wenige Tage vorher beim Deutschen Beamtenbund etwas ganz anderes erzählt hatte, juckt Sie offenbar überhaupt nicht.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Zu diesen Tollheiten gehört auch die **Ausgabensperre** von 3 % in den Obergruppen 51 bis 54, die nach der hohen Ausgabensperre des laufenden Jahres die **Arbeitsfähigkeit der Bundesbehörden** erneut beeinträchtigt. Wir haben ja in diesem Jahr gehört, daß es zumindest ein Bundesministerium gibt, das wegen dieser Sperre nicht in der Lage war, noch richtig zu telefonieren, und die Bürger bitten mußte, selbst anzurufen, weil es kein Geld mehr zum Telefonieren hatte; das haben wir ja im Haushaltsausschuß gehört. Trotzdem wird dieser Fehler wieder gemacht. Aber schwerer noch, meine Damen und Herren — ich wende mich jetzt einmal an die Berichterstatter für die entsprechenden Einzelpläne —, wirkt sich aus, daß diese Sperre diesmal expressis verbis für alle Zuwendungsempfänger, also ohne Ausnahme, gilt. Also, die Deutsche Sportjugend wird wieder jammern, die ganzen karitativen Verbände werden mir Briefe schreiben, wie im letzten Jahr. Sie haben daraus nicht gelernt.

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Diesmal sind es nur 3 %, letztes Jahr waren es 6 %!)

— Diesmal sind es zwar nur 3 %, aber dafür für alle. Und beim letzten Mal konnte man ausweichen. Das

Walther

(A) haben Sie in diesem Jahr ausdrücklich ausgeschlossen. Und damit kriege ich, sage ich einmal, als Ausschußvorsitzender wieder all die Protestbriefe für eine Tollheit, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie, meine Damen und Herren, diese Schwächung in Kauf nehmen und daß Sie bei der Personalkürzung die Bereiche der inneren Sicherheit, der Gerichte und des Militärs ausnehmen, zeigt, daß Ihre Parole von der Entstaatlichung zugleich Züge des Nachtwächterstaates traditioneller Art aufweist.

(Zustimmung bei der SPD)

Die aufgezählten globalen Kraftakte der Ausschußmehrheit desavouieren die mühevolle Detailarbeit der Berichterstatter des Haushaltsausschusses und machen sie teilweise zunichte.

(Zuruf von der SPD: Leider wahr!)

Wieder ist durch den Pauschalcharakter der Maßnahmen ein Stück **parlamentarischen Gestaltungsrechts** auf den Bundesfinanzminister übertragen. Dies alles tun Sie, um der Chimäre einer Nettokreditaufnahme von weniger als 30 Milliarden DM nachzulaufen, die Sie sich in einer schweren Fehleinschätzung am Anfang der Haushaltsberatungen vorgestellt hatten.

(Beifall bei der SPD)

Daraus entwickelt sich ein weiterer Verlust parlamentarischer Rechte, auf den ich nachdrücklich hinweise.

(B) Was ich Ihnen jetzt vortrage, ist auch für die Mitglieder des Haushaltsausschusses ganz neu. 1987 sind überplanmäßige Ausgaben in Höhe von sage und schreibe 1,6 Milliarden DM angefallen. Normalerweise hätte der Bundesfinanzminister bei einer solchen Summe einen Nachtragshaushalt vorlegen müssen,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

und sich nicht mit Hunderten **über- und außerplanmäßiger Ausgaben** ein bißchen am Rand des Haushaltsrechts entlang bewegen dürfen.

1988 wird das noch schlimmer werden.

(Zander [SPD]: Ja!)

Das sage ich schon jetzt voraus. Denn diese Ausgaben sind nicht parlamentarisch bewilligte Ausgaben, sondern Ausgaben, die der Haushaltsausschuß im nachhinein lediglich zur Kenntnis nimmt, weil sie in der Verantwortung des Bundesfinanzministers ergehen.

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Wir haben doch die Kreditermächtigung nicht erweitert!)

— Entschuldigen Sie! Das ist doch nicht eine Frage von Formalismus, sondern das ist eine Frage von Politik, Herr Kollege Dr. Friedmann, wie man mit dem Parlament umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich gefallen lassen, daß dieser Finanzminister nach schleswig-holsteinischer Gutsherrenart mit dem Parlament umgeht, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn er Sie weiter so behandelt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ein Beratungsverfahren wie in diesem Jahr höhlt Rechte des Haushaltsausschusses, aber auch des gesamten Deutschen Bundestages aus und verlagert die Gestaltungsgewichte auf die Bundesregierung. Ich bitte Sie von der Mehrheit herzlich: Sorgen Sie dafür, daß sich ein solches Verfahren nicht wiederholt!

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Frage des Ansehens des Parlaments.

Auch inhaltlich kann diesem Haushalt mit gutem Gewissen niemand zustimmen. Er gibt überhaupt keine Antwort auf die drängenden Fragen dieser Zeit. Es ist noch gar nicht so lange her, daß ich nächtens im Autoradio gehört habe, dieser unser aller Bundeskanzler habe vor der Industrie- und Handelskammer — ich glaube, der Pfalz — gesagt, es gebe nun kein drängenderes Problem der deutschen Politik als die **Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.**

(Dr. Vogel [SPD]: Aha!)

Donnerwetter, habe ich gedacht, merkt der Mann das nach fünf Jahren Kanzlerschaft endlich schon? Und dann habe ich gedacht, der redet jetzt mal mit dem Kollegen Stoltenberg und sagt: Lieber Gerhard — ich vermute, die Herren duzen einander —,

(Frau Simonis [SPD]: Nie!)

nun habe ich denen versprochen, wir wollen jetzt mal so richtig die Arbeitslosigkeit bekämpfen; was steht denn in deinem Haushalt drin, und was können wir denn noch machen; vielleicht gibt es, da es sowieso so viele Nachschiebeteile gibt, ja nun mal Vorschläge, wie wir den Investitionsanteil des Bundeshaushalts für 1988 nachträglich erhöhen können. Aber weit gefehlt. Der **Investitionsanteil des Bundeshaushalts** sinkt auf einen historischen Tiefstand, während die Massenarbeitslosigkeit wächst und wächst, wie uns ja erst in diesen Tagen wieder von den Sachverständigen — was immer man sonst von ihnen halten mag — prophezeit worden ist. (D)

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht!)

— Aber natürlich stimmt das. Lesen Sie es doch mal richtig! In den Krisenbranchen — z. B. Kohle, Stahl und Werften — brennt es lichterloh; weitere Massenentlassungen stehen da bevor.

(Dr. Struck [SPD]: Und was tut Bangemann?)

Aber die Bundesregierung verhält sich wie jemand, dem man ein Bein abgehackt hat und der darauf wartet, daß es von selber nachwächst.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Jetzt rächt es sich, daß die Bundesregierung zwar zum Teil mit Geldern aus der Europäischen Gemeinschaft scheibchenweise Sterbehilfe geleistet, jedoch nie den Versuch einer entschiedenen **Strukturpolitik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze** gemacht hat. Es ist das Paradoxon eingetreten, daß Herr Stoltenberg im-

Walther

(A) mer mehr sparen wollte und gleichwohl immer mehr Schulden aufgehäuft hat.

(Beifall bei der SPD)

Sparsamkeit, Herr Dr. Stoltenberg, ist sicher eine gute Eigenschaft. Aber **Sparsamkeit** als Selbstzweck ist phantasielos, wenn sie nicht dem Zweck dient, Mittel für produktive, beschäftigungsfördernde Verwendung freizumachen.

(Beifall bei der SPD — Dr. Struck [SPD]: Schuldenminister!)

Ich habe gelesen, Franz Josef Strauß soll über Herrn Stoltenberg gesagt haben, er sei ein phantasieloser Sparer. Wenn er das gesagt hat, stimme ich dem zu.

In den Jahren 1983 bis 1987 wird dieser Finanzminister 135 Milliarden DM **neue Schulden** gemacht haben. Neue Schulden! Nicht zurückgezahlt! Neue hat er gemacht! Wären nicht 55 Milliarden DM Bundesbankgewinne und über 6 Milliarden DM für die Verscherbelung von Bundesvermögen dazugekommen, dann betrüge das Haushaltsdefizit in diesen Jahren weit über 190 Milliarden DM. Herr Kollege Cronenberg, das hätten wir uns in sozialliberaler Zeit mal leisten sollen! Wie wäre dann der Hans von der Höppe an diesem Mikrophon auf- und abgehüpft!

(Beifall bei der SPD)

Die Schuldenbilanz des gegenwärtigen Finanzministers wird im Jahre 1988 noch trostloser. Statt der jetzt eingesetzten fast 30 Milliarden DM werden es eher 40 Milliarden DM sein, wie das Haus Bangemann vorausschätzt.

(B) Natürlich — das wird überhaupt nicht bestritten — haben wir während der sozialliberalen Regierungszeit auch Kredite aufgenommen. Nur haben wir uns immer gefragt: Wofür machen wir neue Schulden? Bei allen Irrtümern, die auch uns gelegentlich unterlaufen sind — überall dort, wo Menschen arbeiten, werden Fehler gemacht; das ist völlig unstrittig —, können wir aber sagen, daß wir mit erheblichen Teilen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finanziert haben,

(Beifall bei der SPD)

während die Schulden von Herrn Stoltenberg zum Stopfen von Haushaltslöchern gebraucht wurden.

(Zander [SPD]: Und für neue Subventionen!)

— Und für neue Subventionen. Herr Kollege Zander, Sie haben ausdrücklich recht.

Der Vorwurf der Konservativen lautet doch immer, unsere kreditfinanzierten **Beschäftigungsprogramme** seien Strohfeuerprogramme gewesen. Meine Damen und Herren, im Ernst: Bei Ihnen gibt es auf dem Arbeitsmarkt ja noch nicht einmal ein Strohfeuer, während z. B. als Folge des Zukunftsinvestitionsprogramms im Jahre 1980 die Arbeitslosenzahlen deutlich unter 900 000 lagen.

Es ist doch nicht wahr, wie in den vier Tagen hier vorgetragen wurde, daß es im Jahre 1987, also im fünften Jahr eines — wenn auch bescheidenen und jetzt abrutschenden — Wachstums, in nennenswertem Umfang mehr Beschäftigte in der deutschen Volkswirtschaft gebe als 1982 auf dem Tiefpunkt einer weltweiten tiefsitzenden Rezession. Es ist ja nicht wahr, (C) daß es mehr Beschäftigte gibt.

Diejenigen **Arbeitsplätze,** die in den letzten Jahren hinzugekommen sind, sind fast deckungsgleich mit denjenigen, die in den ersten beiden Jahren der Regierung Kohl vernichtet wurden.

(Zuruf von der CDU/CSU)

— Sie können die Zahlen beim Statistischen Bundesamt abfragen. Es gibt im Jahre **1987** nicht mehr Beschäftige als im Krisenjahr **1982.**

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das nicht glauben, dann lesen Sie doch einmal die Jahresberichte aus dem Hause Bangemann nach. Dort steht es auch; man muß es nur lesen wollen. Die Bücher sind so dick, weil man hofft, daß sie dann keiner liest. Ich lese das, und daher weiß ich, daß das stimmt, was ich eben vorgetragen habe.

Meine Damen und Herren, das Credo konservativer Wirtschaftspolitik lautet doch: Die Kleinen müssen Opfer bringen, die Löhne müssen niedrig bleiben, die Gewinne müssen kräftig steigen, und mit diesen Gewinnen müssen mehr Investitionen finanziert werden, die dann wieder zu mehr Arbeitsplätzen führen. Das war doch die ideologische Unterfütterung der Umverteilung von unten nach oben.

Nun, die Rechnung ist nicht aufgegangen. Abgesehen von den Krisenbranchen sind die **Gewinne** kräftig gestiegen.

(Dr. Vogel [SPD]: Explodiert sind sie!)

(D) Die **Lohnquote** ist so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Aber auch die **Investitionsquote** in der deutschen Volkswirtschaft, Kollege Cronenberg, ist so niedrig wie schon lange nicht mehr. Wir haben in unserer Volkswirtschaft eine Investitionsquote von lediglich 20 %. Wir hatten 1982 noch 23,5 %.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Sie haben die Zusammenhänge nicht begriffen! Die Eigenkapitalquote ist gestiegen!)

— Wenn es um Zusammenhänge geht, sage ich Ihnen: Die Investitionsquote ist in der deutschen Volkswirtschaft so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr, trotz der gestiegenen Gewinne. Wo ist das Geld geblieben? Es ist zu einem erheblichen Teil ins Ausland gewandert.

(Zurufe von der CDU/CSU — Zuruf des Bundesministers Dr. Bangemann)

— Lieber Herr Bangemann, in Ihrem Jahresbericht habe ich doch gerade nachgelesen. 1985 sind 51 Milliarden DM netto an Kapital exportiert worden. 1986 waren es 69 Milliarden DM, und im ersten Halbjahr 1987 waren es 25 Milliarden DM.

Das sind Beträge, die der deutschen Binnenkaufkraft entzogen wurden. Anders gesagt: Während die Amerikaner jahrelang über ihre Verhältnisse lebten, haben wir unter unseren Verhältnissen gelebt und damit zusätzliche Arbeitslosigkeit produziert.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Massenarbeitslosigkeit kostet unsere Volkswirtschaft jährlich mindestens

Walther

(A) 60 Milliarden DM. Auf der anderen Seite Seite gibt es Millionen Menschen, die arbeiten wollen und nicht können. Es gibt eine Menge Arbeit, die auf der Straße liegt, Arbeit für Aufgaben, die dringend gelöst werden müßten: im Umweltschutzbereich, im Bereich der Energieeinsparung, bei der Dorf- und Stadterneuerung. Das sind nur Beispiele. Aber niemand in der Regierung macht sich die Mühe, phantasievolle Strategien zu entwickeln, wie Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden kann.

Unser **Programm „Arbeit und Umwelt"** ist ein solcher phantasievoller Versuch, der ja immerhin auch nach Schätzung des Forschungsinstituts der Bundesanstalt für Arbeit 750 000 neue Arbeitsplätze brächte. Wir sagen: 450 000. Das ist aber auch eine Menge Holz. Wir bitten Sie deshalb dringend: Legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen doch endlich einmal ab, und begeben Sie sich mit uns gemeinsam auf den Weg, der nicht nur hunderttausende neue Arbeitsplätze schafft, sondern auch eine nachhaltige Verbesserung der Umwelt verheißt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Schilling [GRÜNE])

Herr Kollege Glos, es ist eben kein bürokratisches Programm, wie Sie fälschlicherweise behauptet haben. Es ist ein marktwirtschaftliches Programm. Es wirkt schnell und hilft endlich der realen Umweltverbesserung auf die Sprünge, und es kostet die öffentliche Hand trotzdem weniger als die zusätzlichen 10 Milliarden DM neue Schulden, die sich nach Schätzung des Hauses Bangemann 1988 über die jetzt genannten 30 Milliarden DM hinaus ergeben werden.
(B) Indem man die Arbeitslosigkeit passiv hinnimmt, macht man 10 Milliarden DM mehr neue Schulden, aber niemand ist bereit, aber auch nur einen Pfennig mehr auszugeben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD — Glos [CDU/CSU]: Sie haben doch gerade die Schulden kritisiert! Sie widersprechen sich doch!)

Wenn Sie jetzt nicht handeln wollen, wann wollen Sie denn, bitte schön, endlich handeln?

(Beifall bei der SPD)

Ihre Hinweise auf die zukünftigen **Steuerentlastungen** überzeugen doch auch kaum noch jemanden. Das gilt für den 88er-Teil, aber noch viel mehr für den dubios finanzierten 90er-Teil. Denn wenn Sie wirklich Binnennachfrage schaffen wollten, müßten Sie die Entlastungen bei den unteren Einkommen erheblich verstärken, also bei den Menschen, die — wenn sie sich zu Hause umschauen — genau wissen, was ihnen noch fehlt. Statt dessen geben Sie den Kleinen relativ wenig, weit unter 1 000 DM, den Großen aber viel. Damit schaffen Sie wenig kaufkräftige Nachfrage, aber ein erhebliches Potential für Finanzanlagen, die am Arbeitsmarkt vorbeigehen, letztendlich die Investitionshaushalte der Länder und vor allem der Gemeinden erheblich beeinträchtigen und dazu auch noch die Schulden des Bundes kräftig in die Höhe treiben.

(Beifall bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, das ist nun wirklich ökonomischer Unsinn; denn im Zweifel borgt sich der Bund die zusätzlichen Kredite bei denen, die durch seine Steuerpolitik das zusätzliche Geld für weitere Finanzanlagen bekommen. Anders gesprochen: Erst gibt man es denen, und dann borgt man es sich bei denen, damit man die Schulden bezahlen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die **wirtschaftspolitische Kompetenz** dieser Koalition wird deshalb ernsthaft auch noch kaum von jemandem behauptet. Wer es nicht glaubt, mag heute in „Die Welt" schauen, was der BMW-Chef Eberhard von Kuenheim *) über die wirtschaftspolitische Kompetenz dieser Bundesregierung gesagt hat.

(Zuruf von der CDU/CSU und der FDP: Kuenheim **)!)

— Dann heißt er eben Kuenheim **), aber die Aussage ist doch richtig, Herr Bangemann.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Sage mir, wen du zitierst, und ich sage dir, wer du bist!)

— Daß ausgerechnet ein FDP-Mann einen Unternehmer diskriminiert, wie Sie das tun, Herr Kollege Dr. Weng, das nimmt mich nun wirklich wunder.

Meine Damen und Herren, obwohl wir ein anderes Konzept haben, sagen wir Ihnen: Wir würden uns nicht versagen, wir würden mitmachen, wenn Sie auf die Idee kommen, noch schnell und unbürokratisch **Investitionsprogramme** auf den Weg zu bringen, die
(D) die dringend notwendige Verstärkung der Nachfrage wahrnehmen würden. Mehr an Kooperationsbereitschaft können Sie heute von uns nicht erwarten.

Meine Damen und Herren, es fehlt dieser Regierung nicht nur an wirtschaftspolitischer Kompetenz, es fehlt ihr auch an **finanzpolitischer Kompetenz.** Das moderne Märchen von „Des Kaisers neuen Kleidern" ist nun endgültig geplatzt, nämlich das Märchen, daß da hieß, Herr Stoltenberg sei ein konsequenter Haushaltssanierer. Wir haben immer gesagt, daß der eigentliche Sanierungserfolg der hohe Bundesbankgewinn sei, den es zu sozialliberalen Zeiten in dieser Höhe nie gegeben hat. Die Richtigkeit dieser unserer Behauptung stellt sich jetzt immer mehr heraus. Mit Notoperationen und Flickschusterei will die Koalition die **Nettokreditaufnahme** unter 30 Milliarden DM halten. Dies wird nicht gelingen; denn für die **Risiken** aus der zunehmenden Arbeitslosigkeit, aus der Konjunktur, aus den Steuereinnahmen, aus dem Bundesbankgewinn, aus der Airbus-Finanzierung, aus dem Dollar-Verfall, aus dem EG-Haushalt, für all diese Risiken ist nirgendwo Vorsorge getroffen worden, nicht im Haushalt 1988, schon gar nicht in der mittelfristigen Finanzplanung.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es fertiggebracht, in einem flachen, aber vorhandenen Wachstum eine hohe Nettokreditauf-

*) „ue" gesprochen wie „ü"
**) „ue" gesprochen wie „u"

Walther

(A) nahme zu benötigen, um den Haushalt auszugleichen. Sie haben es fertiggebracht, daß sich die Arbeitslosigkeit trotz steigender Verschuldung erhöht, weil Sie die Haushaltsmittel fehlleiten. Sie haben die Weichen dafür gestellt, daß sich die Schere zwischen den Einnahmen des Staates einerseits und den Ausgaben andererseits mittelfristig weiter öffnet, so daß die hohe Neuverschuldung verstetigt wird. Es fehlt Ihnen an Phantasie und konzeptioneller Kraft, das Grundübel der Massenarbeitslosigkeit auch nur ansatzweise zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unser umfassendes Konzept, welches viele Ihrer Redner aus gedanklicher Trägheit erst gar nicht zur Kenntnis genommen haben, weil sie es gar nicht gelesen haben, ergibt sich aus unserem Entschließungsantrag, der ebenfalls nachher zur Abstimmung steht und um dessen Annahme wir das ganze Haus bitten.

Meine Damen und Herren, zum Schluß: Jedermann muß sich entscheiden, ob er die große Geißel unserer Zeit, die Massenarbeitslosigkeit entschieden bekämpfen oder ob er sie tatenlos hinnehmen will. Wo wir Sozialdemokraten stehen, ist in dieser Debatte hinlänglich klargeworden.

Meine Damen und Herren, ein Haushalt, der unter so vielen Fehlern und kritikbedürftigen Punkten leidet, kann unsere Zustimmung nicht finden. Wir machen uns nicht mitschuldig daran, daß ein Haushalt verabschiedet wird, der die Massenarbeitslosigkeit verstetigt.

Vielen Dank.

(B) (Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister der Finanzen.

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen: Herr Kollege Bangemann hat im Hinblick auf die Geschäftslage und die Zeitsituation des Hauses auf eine Zwischenfrage verzichtet, Herr Walther. Statt dessen hat er mich gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich bei der Schreibweise „ue" in bekannten Namen wie z. B. von Kuenheim oder Lueg um das mittelhochdeutsche Dehnungs-e handelt,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

daß also die Schreibweise „ue" nicht dazu führen darf, daß man die Namen solcher bekannten Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Publizistik falsch ausspricht. Es heißt also Herr von „Ku(e)nheim", nicht Herr von „Künheim" und Herr „Lu(e)g", nicht Herr „Lüg". Im Hinblick auf einige Bemerkungen der Sozialdemokraten liegt es nahe, auch an die alte Formel von „Lug und Trug" zu erinnern, aber das will ich jetzt hier im einzelnen nicht vertiefen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Lug und Trug in Schleswig-Holstein! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Darauf komme ich noch zu sprechen.

(C) Meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender des Haushaltsausschusses, ich möchte als zweites gerne einen Punkt ansprechen, in dem ich mich Ihnen anschließen kann. Auch ich möchte gerne wie Sie und andere zum Schluß der Haushaltsberatungen allen Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusses ein herzliches Wort des Dankes sagen für die ungewöhnlich umfangreiche und schwierige Arbeit in dieser knappen Zeit und dafür, daß die fachliche und sachliche Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanzministerium und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut war. Ich bin auch Ihnen, Herr Walther, wie auch den anderen Sprechern der Fraktionen, die es getan haben, dankbar, daß Sie die Arbeit unserer Mitarbeiter gewürdigt haben, und hier vor allem auch — ich unterstreiche das — die Arbeit von Herrn Ministerialdirektor Knott, der nach einer langen verdienstvollen Laufbahn zum letztenmal an einer Plenarsitzung über den Bundeshaushalt teilnimmt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich muß allerdings unter dem Eindruck Ihrer Ausführungen, Herr Walther, und der von Herrn Spöri — da sagen wir nicht „Spori", sondern „Spöri", das ist kein Dehnungs-e —

(Heiterkeit)

sagen, daß schon hier die Gemeinsamkeit ziemlich ihr Ende findet.

Ich will zu den Ausflügen, die Herr Kollege Spöri in die **internationale Wirtschafts- und Währungspolitik** vorgenommen hat, nicht sehr ausführlich Stellung nehmen. Die zweite Lesung hat am Mittwoch Gelegenheit zu einer umfassenden und vertieften Erörterung dieser internationalen Situation und möglicher Folgen der jüngsten Turbulenzen an den Aktien- und Devisenmärkten geboten. Heute ist hierzu in der Sache von der Opposition nichts Neues gesagt worden, nichts, was weiterführt. Statt dessen haben wir von dem Herrn Kollegen Spöri, der sich offenbar auf seine Rolle als Wahlkämpfer in Baden-Württemberg vorbereitet, eine Reihe ganz abwegiger Unterstellungen gehört. Das konnte man im verteilten Manuskript nachlesen. (D)

Ich will dazu ein paar Anmerkungen machen. Die Bundesregierung und besonders auch der Bundesfinanzminister sind für vieles verantwortlich und dem Hohen Hause natürlich auch Rechenschaft schuldig — das ist ja der Sinn parlamentarischer Kontrolle —, aber sie sind ganz sicher nicht, Herr Kollege, verantwortlich für die **inneramerikanischen Konflikte** im Oktober und die vor allem daraus erwachsenden Turbulenzen. Da überschätzen Sie uns.

(Dr. Spöri [SPD]: Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

Die Bundesregierung ist auch in dieser Diskussion nicht isoliert. Ich verweise auf die wichtigen abgestimmten Erklärungen, die wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern zur **Stabilisierung des Europäischen Währungssystems** erreicht haben. Der Sachverhalt ist bedeutsam, daß wir unter dem Vorzeichen eines rückläufigen Dollars bis heute — ich nehme an, daß das weitergeht — Stabilität im Europäischen Währungssystem haben. Bundesbank und

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) Bundesregierung haben in den letzten Wochen, ohne viel darüber zu reden, hier einen ganz erheblichen Beitrag geleistet. Daß wir nicht isoliert sind, Herr Kollege, entnehmen Sie der Tatsache, daß die Stellungnahme der Finanzminister der Europäischen Gemeinschaften, eine gemeinsame Positionsbestimmung, wie zu Recht in Brüssel von den Journalisten in der europäischen Presse berichtet wurde, auf einer deutschen Initiative und mit minimalen Änderungen einem deutschen Entwurf beruht. Also hören Sie auf, derartige Märchen über die Isolierung der Bundesrepublik Deutschland zu verbreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was die Entwicklung der **Konjunktur** anbetrifft, so können wir heute im Wirtschaftsteil der Zeitungen lesen, daß wir bis Oktober sehr ermutigende Zahlen in den Auftragseingängen haben.

(Zurufe von der SPD)

— Ich erlaube mir, aus Statistiken zu berichten, Herr Kollege, die heute zu lesen sind. So hat der zuvor von einem Rückgang betroffene Maschinenbau im letzten Monat seine Auftragseingänge im Vergleich zu dem relativ schwachen Vorjahresmonat um 8 %, preisbereinigt um 6 %, steigern können.

(Kühbacher [SPD]: Man kann nicht von Monatszahlen ausgehen!)

— Nein. Aber Sie können die Vormonatszahlen hinzunehmen, Herr Kühbacher. Ich sage dies nur als die neueste Information.

(B) Dies unterstreicht, daß wir uns bis weit in den Herbst hinein nach der Schwächeperiode im Winterhalbjahr auf dem Weg der Erholung befinden. Es bleibt für mich offen — ich bekräftige es noch einmal —, in welchem Umfang wirklich die jüngsten Turbulenzen hier zu einer spürbaren Abschwächung führen werden.

Die verstärkte **internationale Zusammenarbeit** seit Februar zeigt die erste positive Wirkung; insoweit auch die **Pariser Vereinbarung,** die nicht abgeschrieben werden darf, die nicht tot ist. Ich widerspreche hier auch dem Kollegen Graf Lambsdorff, der eine solche Einschätzung in der wirtschaftspolitischen Diskussion hier gegeben hat.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

— Ich widerspreche ihm; wir haben hier einen Dissens. Es ist doch vollkommen legitim, daß es in einer solchen Frage auch Auffassungsunterschiede gibt. — Sie muß nach einer erneuten Analyse der eingetretenen Veränderung erneuert werden; das ist das Ziel. Darüber diskutieren wir in ersten Sondierungen und Kontakten auch über Europa hinaus. Aber man kann jetzt nicht über Nacht bei der Schwierigkeit, der Vielschichtigkeit der zugrunde liegenden weltwirtschaftlichen Probleme und auch der inneren Probleme der Beteiligten, etwa der USA, hastig Rezepte zusammenbasteln oder zusammenmischen, sprachlich richtiger gesagt. Wir müssen jetzt feststellen, inwieweit es eine gemeinsame Grundlage gibt, und daran arbeiten wir.

Herr Kollege Kleinert, die Unterstellung, wir hätten hier am Mittwoch gesagt, es sei alles in Ordnung, ist abwegig. Ich habe auf der ersten Seite — Sie können (C) es im amtlichen Protokoll der Rede nachlesen — eindeutig auf Risiken hingewiesen, die sich aus dieser kurzfristig veränderten Lage auch für die **Finanzpolitik** ergeben. Wir haben diese **Risiken,** wie ich glaube, hier in manchen Beiträgen — aber auch von der Regierungsbank — vernünftig erörtert, und deswegen wäre es gut, wenn Sie das in eine spätere Würdigung auch hineinnehmen könnten.

Ich habe gesagt, die Finanz- und Haushaltspolitik befindet sich unter diesen verschärften Bedingungen und dem Zielkonflikt der unterschiedlichen Erwartungen, die wir hier erörtert haben, jetzt auf einer Gratwanderung, allerdings — das bekräftige ich erneut — durch die Erfolge der Konsolidierungspolitik von 1982 bis 1986 bei Bund, Ländern und Gemeinden auf einem festeren Fundament als zuvor, aber auf einer Gratwanderung. Wir müssen immer wieder Positionsbestimmungen vornehmen, um den richtigen Weg zu finden. Wir sollten das gemeinsam tun, sachorientierter, ernsthafter, als das leider bei Herrn Spöri heute der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun erlauben Sie mir nach soviel Kritik an der Regierung auch ein paar Bemerkungen der sachlichen Kritik zur Position der **Opposition.** Die Sozialdemokraten haben — zuletzt Herr Kollege Walther — eine wieder ansteigende Neuverschuldung bitter beklagt, vor allem auch in den Wirkungen für Länder und Kommunen. Sie haben aber, wenn man Ihre vorliegenden **Anträge** sieht, vor allen Dingen den Entschließungsantrag, über den wir abstimmen, im (D) Grunde Forderungen erhoben, die eine massive Steigerung der **Neuverschuldung** bewirken würden, nach einer ersten Berechnung meiner Mitarbeiter zu dem Antrag, über den wir abstimmen, von über 10 Milliarden DM jährlich gegenüber dem, was wir an Neuverschuldung eingeplant haben und was man an zusätzlichen Risiken aus den genannten Gründen durchaus diskutieren kann: Rückverlagerung von Ausgaben von der Bundesanstalt zum Bund, noch höhere Leistungen an Kohle und Stahl, höhere Finanzzuweisungen an bestimmte Länder wegen Kohle und Stahl, Erhöhung der Investitionen des Bundes, Übernahme aller Volkszählungskosten, Verbesserung von Ausbildungsleistungen, zusätzliche Leistungen des Bundes im sozialen Bereich; das sind Stichworte. Herr Kollege Walther, es ist überhaupt nicht glaubwürdig, wenn Sie die höhere Neuverschuldung beklagen und zur selben Zeit die Annahme eines solchen Antrags empfehlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe hier nur die wichtigsten Punkte genannt. Die Liste kann man weiterführen.

Genauso wenig glaubwürdig ist die Wiederholung sattsam bekannter Behauptungen durch Herrn Walther und Herrn Apel anläßlich der zweiten Lesung am Mittwoch, die Bundesregierung habe die **öffentlichen Investitionen** verkommen lassen. Herr Walther hat hier mit großem Pathos erklärt: Die hohen Schulden unserer Regierungszeit haben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegolten. — Was haben Sie mit den

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) öffentlichen Investitionen des Bundes gemacht, meine Damen und Herren der Opposition?

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Wir haben Arbeitsplätze beschafft, was Sie nicht können!)

Die Investitionsquote des Bundes betrug 1969 17 %. Sie stieg die ersten Jahre an, bis 1973 auf 18,7 %, und ist dann in einem jähen Fall bis 1982 auf 13,1 % zurückgegangen.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Und wie hoch ist sie heute?)

— Ich komme darauf. Sie brauchen sich nicht zu erregen. Ich nehme zur aktuellen Lage Stellung. Ich brauche dazu nicht Ihre Zwischenrufe.

(Sielaff [SPD]: Es wird Zeit! Wir haben 5 nach 12!)

Die Investitionsquote des Bundes liegt jetzt bei 12,9 %. 97 % des Rückgangs fallen in die Zeit sozialdemokratischer Regierungstätigkeit, mit negativen Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung. Das ist die schlichte Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Genauso verzerrend sind Ihre Behauptungen über die **Finanzsituation der Kommunen.** Die höchsten Defizite der Städte, Kreise und Gemeinden hatten wir in den Jahren 1981 und 1982 mit 10,1 bzw. 7,3 Milliarden DM. 1986 betrugen die Defizite der Städte, Kreise und Gemeinden nur noch 1,6 Milliarden DM. Sie wachsen in diesem Jahr auf über 3 Milliarden DM an, liegen damit aber lediglich ein Drittel so hoch wie im (B) Jahre 1981. Sie sind wirklich nicht geeignet, sich hier als die Anwälte der Städte, Kreise und Gemeinden und ihrer Investitionen darzustellen. Die Sachinvestitionen der Städte, Kreise und Gemeinden sind in Ihren letzten drei Regierungsjahren zurückgegangen. Sie sind seit 1984 wieder um 13 % angestiegen, im ersten Halbjahr dieses Jahres noch einmal um 3 %. Die Tatsachen widerlegen Sie, meine Damen und Herren der Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das, was Sie dem deutschen Volk durch falsche Behauptungen unbeirrt vormachen wollen, bedarf der Richtigstellung. Das gilt vor allem auch für den Beitrag des Kollegen Spöri zu den **steuerpolitischen Diskussionen.** Ich will hier gerne hervorheben, daß ich in dieser Woche mit einem Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion eine faire und sachorientierte Debatte zur Steuerpolitik geführt habe. Das war allerdings nicht im Deutschen Bundestag, sondern gestern abend im „Zweiten Deutschen Fernsehen" mit dem Kollegen Hermann Rappe. Ich hebe das hervor und freue mich, daß das möglich ist. Es wäre auch schön, wenn das mit der ersten Bank der SPD einmal wieder möglich wäre, hier, in der deutschen Öffentlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit Herrn Spöri ist das nicht möglich. Ich stelle das einfach fest, nach dem, was er heute hier geboten hat.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

(C) Im übrigen war die Diskussion vor allem deshalb interessant, weil zunächst Herr Rappe Kritik aus der Sicht eines sozialdemokratischen Gewerkschafters und anschließend der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sachorientiert Kritik an der zu geringen Senkung der Unternehmenssteuern geübt hat. Nachdem ich dies beides gehört und erörtert habe, bin ich mit anderen zu der Überzeugung gekommen, daß wir, wenn diese Kritik von beiden Seiten kommt, Unternehmen wie Gewerkschaften, wahrscheinlich mit Steuersenkungen in Höhe von 45 Milliarden DM den richtigen und gerechten Mittelweg gefunden haben, der allen Bürgern und Bürgerinnen unseres Landes dient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Weng hat die Frage gestellt — ich nehme sie auf —, ob manche unfreundlichen Kommentare in großen deutschen Zeitungen zu den Diskussionen dieser Wochen nicht auch darauf beruhten, daß bestimmte Debatten immer wiederholt werden müssen, ohne jede Wirkung einer vorhergehenden klärenden Diskussion.

Herr Kollege Apel hat zum drittenmal versucht,

(Dr. Apel [SPD]: Nein, zum zehnten!)

die **Entlastungswirkung** unserer **Steuergesetzgebung** nur am Jahr 1988 darzustellen. Zweimal haben wir darauf hingewiesen, daß wir in einem Gesetz eine abgestimmte Konzeption verwirklicht haben, 1986 zunächst bevorzugt Entlastungen für die sozial Schwachen und die Familien, 1988 im Tarif — ein Gesetz.

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das vergessen die immer wieder!) (D)

Man kann, Herr Apel — ich sage es Ihnen zum drittenmal — fairerweise, redlicherweise die sozialen Wirkungen eines Gesetzes auch nur im Zusammenhang beider Schritte bewerten. So müßte es eigentlich sein, wenn wir vernünftig debattieren wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Spöri, Sie haben in Ihrem Hinweis auf die **Wahlaussagen der CDU,** meiner Partei, vor der Bundestagswahl und die damalige Schlagzeile in der Wahlkampfzeitung die Unwahrheit gesagt. Wir haben das hier schon einmal ausgetragen. Damals hatte ich das Exemplar hier. Ich habe nicht gedacht, daß Sie das ein zweites Mal versuchen würden. Es hieß dort: im Schnitt 1 000 DM. — Wenn man Ihnen das vorhält, weichen Sie auf eine regionale Anzeige in Hessen, zwei Monate später, aus. Das ist nicht in Ordnung. Das ist unfair. Machen Sie Schluß mit diesen Methoden im Deutschen Bundestag.

(Zahlreiche Mitglieder der Fraktion der SPD halten Kopien der Anzeige hoch)

— Ja, das ist die Anzeige vom Februar. Aber Herr Spöri hat hier von der Wahlkampfzeitung der CDU Deutschlands vor der Bundestagswahl geredet.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? —

(Unruhe bei der SPD)

— Ich bitte dem Kollegen Gelegenheit zu geben, eine Zwischenfrage zu stellen. —

Präsident Dr. Jenninger

(A) Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Bundesminister?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Aber natürlich.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Kollege Spöri, bitte.

Dr. Spöri (SPD): Herr Kollege Stoltenberg, sind Sie, erstens, bereit zur Kenntnis zu nehmen, daß Ihre Partei in einer Wahlkampfannonce in Hessen

(Seiters [CDU/CSU]: Sagt er doch! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

wörtlich geschrieben hat:

Jeder Steuerzahler behält mindestens 1 000,— DM jährlich mehr in der . . . Tasche.

Sind Sie bereit, sich davon zu distanzieren?

(Zuruf von der CDU/CSU: Hat er doch!)

Zweitens. Sind Sie bereit, ein Telegramm zur Kenntnis zu nehmen, das mich eben erreicht hat, in dem ein Drucker schreibt:

Die Nacht- und Spätzuschläge der Steuerreform sind falsch. Die deutschen Drucker bekommen nach Herrn Stoltenbergs Steuerreform zwischen 300 DM und 500 DM weniger pro Monat.

Heinz Förber, Axel-Springer-Verlag, Tiefdrukker

Ist das Ihr Durchschnittsprinzip? Das ist Klasse! Das ist wirklich Klasse.

(B)

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Das sind zwei Fragen, Herr Spöri. Ich werde zu der ersten Frage Stellung nehmen, aber dann auch kurz zu der zweiten.

Ich habe die Anzeige, die Sie verteilt haben, hier. Das ist eine Anzeige vom 27. Februar 1987, also vier Wochen nach der Bundestagswahl. Der Hinweis auf diese regionale Anzeige ist doch nicht eine Rechtfertigung Ihrer falschen Behauptung, wir hätten dies in unserer Wahlkampfzeitung vor der Bundestagswahl behauptet. Daran müssen Sie sich doch messen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zum zweiten Teil Ihrer Frage, Herr Kollege Spöri: Ich habe gestern bei der Vorbereitung auf diese Fernsehdiskussion von den fachlich zuständigen Referaten des Bundesfinanzministeriums eine Reihe von Behauptungen in der „Welt der Arbeit", der Zeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in Publikationen der IG Druck und auch in Anzeigen sozialdemokratischer Bundestagskollegen im Hinblick auf die Neuregelung der Nachtzuschläge überprüfen lassen. Das Ergebnis ist, daß sie in wesentlichen Berechnungsgrundlagen falsch sind. Deswegen vermute ich — ich vermute es, ohne es natürlich jetzt aus dem Handgelenk sicher sagen zu können —, daß auch der Absender dieses Schreibens auf Grund flascher Informationen zu dieser Folgerung gekommen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, ich fahre fort und will Ihnen folgendes sagen: Sie argumentieren nicht korrekt.

Präsident Dr. Jenninger: Haben Sie eine weitere Zwischenfrage, Herr Kollege Spöri?

Dr. Spöri (SPD): Ja, ich habe eine weitere Frage.

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Ich möchte jetzt fortfahren, wenn Ihnen das recht ist, Herr Spöri,

(Zuruf von der SPD: Es ist besser, daß Sie fortfahren, aber weit weg!)

Ich möchte mich jetzt mit Herrn Spöri auseinandersetzen und dann auch das Hohe Haus nicht noch zeitlich zu lange in Anspruch nehmen.

Herr Kollege Spöri, wie unzutreffend Sie argumentieren — ich sage das ganz höflich —, wird aus Ihrem verbreiteten Manuskript sichtbar. Sie sagen: „Die Arbeitnehmer und Rentner müssen bei der Finanzierung des Steuerpaketes 1990 die Hauptlast tragen." Sie wissen doch, daß sich durch die Erhöhung des Grundfreibetrages das steuerfreie Einkommen der Rentner erheblich erhöhen wird. Ein Rentnerehepaar hatte im Jahre 1985 ein steuerfreies Einkommen aus Rentenbezügen in Höhe von 47 134 DM. Dies steigt im Jahre 1990 auf 50 584 DM. Wie können Sie hier behaupten, daß die Rentner die Hauptbelastung der Steuerreform tragen müssen? Das hat doch mit Wahrhaftigkeit nichts mehr zu tun.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Spöri [SPD]: Was ist mit dem Altersfreibetrag?)

Meine Damen und Herren, ich möchte es bei diesem Beispiel belassen

(Dr. Spöri [SPD]: Was ist mit dem Altersfreibetrag?)

und kurz noch einen Punkt des Kollegen Weng hier aufnehmen.

Herr Kollege Weng, Sie haben die Frage gestellt, wie es mit der **Kokskohle** sein wird. Ich habe mich erkundigt. Die sachverständigen Mitarbeiter der Haushaltsabteilung sagen, daß im Gegensatz zu Ihrer Vermutung auch in diesem Haushalt, also im kommenden Jahr 1988, die Leistungen des Bundes für die Kokskohle in vier Quartalssummen gezahlt werden, so daß sich insoweit am bisherigen System nichts ändert.

Aber, meine Damen und Herren, ich muß noch einmal auf die systematische Verbreitung von Unwahrheiten durch sozialdemokratische Politiker in Verbindung mit der Steuerreform zurückkommen. Den ganzen Sommer lang haben Kollegen der Sozialdemokratischen Partei in einer bundesweiten Aktion behauptet, die Bundesregierung wolle die steuerfreie **Übungsleiterpauschale** sowie die **Freibeträge bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer für wirtschaftliche Betätigungen von Sportvereinen** abschaffen. Wir haben aus allen Teilen der Bundesrepublik besorgte Anfragen gehabt, weil offenbar die gleichen Schreiben von vielen SPD-Kollegen von Baden-Württem-

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) berg bis Schleswig-Holstein verbreitet wurden. Dafür gab es schon damals keinen Anhaltspunkt.

Spätestens seit den Entscheidungen der Koalition vom Oktober über den Abbau von Steuersubventionen und Sonderregelungen ist endgültig klar, daß die Koalition und die Regierung diese Übungsleiterpauschale und die anderen Bestimmungen nicht in das Umschichtungspaket aufgenommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist klar, wie unredlich die Kampagne der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist.

(Dr. Spöri [SPD]: Durch den Widerstand der Sportvereine!)

— Herr Kollege Spöri sagt: durch den Widerstand der Sportvereine. Da will ich Ihnen sagen: Dennoch wird diese üble Kampagne bis in die letzten Tage hinein fortgesetzt. Am 13. November dieses Jahres, Wochen nach unseren klarstellenden Beschlüssen, hat der Kollege Egon Bahr zahlreiche Vereine und Verbände im Kreis Schleswig-Flensburg erneut mit den mittlerweile eindeutig widerlegten unwahren Behauptungen angeschrieben.

Der Kollege Egon Bahr, Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein bei der letzten Bundestagswahl, behauptet wahrheitswidrig Dinge. Ich will Ihnen zwei Beispiele dafür vorlesen, weil einmal Schluß sein muß mit dieser Art der Verfälschung und Unredlichkeit in der steuerpolitischen Debatte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) **Präsident Dr. Jenninger:** Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Penner?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Ich möchte im Zusammenhang fortfahren, Herr Penner.

Ich zitiere aus diesem Schreiben von Egon Bahr vom 13. November:

> Viel wahrscheinlicher als Steuererleichterungen zugunsten des gemeinnützigen Sports sind Empfehlungen der Kommission zur Prüfung des Gemeinnützigkeitsrechts zur Einschränkung der Gemeinnützigkeit. Geplant ist u. a. die Abschaffung der 1974 eingeführten steuerfreien Jahrespauschale für Übungs- und Jugendleiter, die durch die sozialliberale Koalition 1979 von 1 200 auf 2 400 DM erhöht wurde.

Ich habe mich gestern bei meinen zuständigen Mitarbeitern erkundigt, ob es in den mir bisher nicht bekannten Überlegungen oder Vorschlägen der unabhängigen Kommission von Wissenschaftlern und Experten einen solchen Text gibt. Die Mitarbeiter haben mir erklärt, es gibt im jetzigen Stand der Arbeiten der Kommission keinen solchen Textvorschlag.

Der Kollege Egon Bahr schreibt dann — ich zitiere —:

> Die auch von der sozialliberalen Koalition deutlich angehobenen Freibeträge für die Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer auf wirtschaftliche Tätigkeit von Sportvereinen stehen auf der Streichliste. Sie wissen am besten, welche Wirkungen die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung auf Ihre Arbeit haben würden.

(C) Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Das ist die schlichte Unwahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Nach dem, was die Koalition im Oktober beschlossen und was der Kollege Hansjörg Häfele hier auf Grund von Anfragen erklärt hat, kann man sich nicht einmal auf Irrtum berufen. Ich empfinde das als ganz unerhört. Ich rate der Sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Holstein, zunächst einmal ihren eigenen miserablen Stil zu überprüfen, bevor ständig Anforderungen an andere gerichtet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Dr. Spöri [SPD]: Wer solche Wahlkampfanzeigen macht! Scheinheilig! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Wer im Glashaus sitzt, soll nicht im Steinen werfen, meine Damen und Herren der Linken in diesem Hause.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

Es muß wirklich einmal zu einer sachorientierten und fairen steuerpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland kommen, wenn wir Fortschritte erzielen wollen.

(Dr. Spöri [SPD]: Herrenreiter! — Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

(D) **Präsident Dr. Jenninger:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Auch das gehört zum Stil der Sozialdemokratischen Partei hier im Haus und in der deutschen Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU — Kuhlwein [SPD]: Pfui Teufel! — Reuter [SPD]: Das ist der Hauptverantwortliche für das, was in Schleswig-Holstein passiert ist! — Zuruf von der SPD: Zum Kotzen! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Sie sind durch Dokumente widerlegt worden in den Ansprüchen, die Sie erheben.

Ich will zum Schluß folgendes sagen.

(Kuhlwein [SPD]: Herr Biedermann Stoltenberg!)

Die Risiken der letzten Wochen für unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik sind offen erörtert worden. Wir müssen diese Diskussion miteinander fortsetzen, um einen richtigen Weg für die Zukunft unseres Landes zu finden. Aber die Finanzpolitik dieser Koalition bleibt in der Kontinuität. Sie ist zugleich bereit, sich flexibel auf neue Herausforderungen einzustellen. Mit dem Bundeshaushalt 1988 ist dafür nach meiner Überzeugung eine gute Grundlage gegeben.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Anhaltende Buh-Rufe von der SPD)

(A) **Präsident Dr. Jenninger:** Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen.

Es liegen zahlreiche Entschließungsanträge vor. Wir müssen über das Haushaltsgesetz und über diese Entschließungsanträge abstimmen. Es sind Anträge auf sieben namentliche Abstimmungen gestellt.

Wir wollen folgendermaßen verfahren: Zunächst wird in einer namentlichen Abstimmung über das Haushaltsgesetz abgestimmt. Während der Auszählung der Stimmen wollen wir über die Entschließungsanträge entscheiden, die heute ohne namentliche Abstimmung zu verabschieden sind. Im Anschluß daran werden die restlichen sechs namentlichen Abstimmungen hintereinander durchgeführt.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung über das Haushaltsgesetz. Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP verlangen nach § 52 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung. Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ist noch ein Mitglied dieses Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte alle Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.*)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über eine Reihe von Entschließungsanträgen zu den Einzelplänen.

Ich darf zunächst den Entschließungsantrag zum (B) Einzelplan 08 auf Drucksache 11/1285 aufrufen. Wer stimmt für den Entschließungsantrag? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag zum Einzelplan 09 auf Drucksache 11/1262 auf. Wer stimmt für den Entschließungsantrag? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu den Entschließungsanträgen zum Einzelplan 11.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1263? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1264? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1286? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1287? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag zum Einzelplan 15 auf Drucksache 11/1265 zur Abstimmung auf. Wer stimmt für den Entschließungsantrag? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

*) Ergebnis Seite 3070D

(C) Ich rufe jetzt die Entschließungsanträge zum Einzelplan 23 auf.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1266? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1267? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Es ist beantragt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1268 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß sowie an den Haushaltsausschuß zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? — Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich rufe nunmehr die Entschließungsanträge zu den Einzelplänen 27 und 30 zur Abstimmung auf.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag zum Einzelplan 27 auf Drucksache 11/1269? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag zum Einzelplan 30 auf Drucksache 11/1352? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag zum Einzelplan 30 auf Drucksache 11/1361? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt. (D)

Ich rufe nunmehr die Entschließungsanträge zum Einzelplan 31 zur Abstimmung auf.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1288? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1359? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum Haushaltsgesetz auf Drucksache 11/1358 ab. Wer stimmt für den Entschließungsantrag? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

(Walther [SPD]: So schnell können wir wirklich nicht folgen, wie es im Sprechzettel steht!)

— Ich habe abstimmen lassen: Wir stimmen nunmehr über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum Haushaltsgesetz auf Drucksache 11/1358 ab. Ich habe gefragt: Wer stimmt für den Entschließungsantrag? — Ich wiederhole diese Frage noch einmal: Wer stimmt für den Entschließungsantrag? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den namentlichen Abstimmungen über die Entschließungsanträge.

Zunächst rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum Einzelplan 09 auf Druck-

Präsident Dr. Jenninger

(A) sache 11/1261 auf. Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Meine Damen und Herren, haben Sie alle Ihre Stimme abgegeben? — Im Interesse einer schnellen Abwicklung bitte ich Sie, etwas disziplinierter zu verfahren.

Ich darf nochmals fragen, ob noch jemand anwesend ist, der seine Stimme nicht abgegeben hat. — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis werde ich später bekanntgeben. *)

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung Nr. 3 über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum Einzelplan 31 auf Drucksache 11/1353. Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Meine Damen und Herren, haben Sie alle Ihre Stimme abgegeben? — Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Auch das Ergebnis dieser namentlichen Abstimmung werde ich später bekanntgeben. **)

Wir kommen nunmehr zu den namentlichen Abstimmungen über die Entschließungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD zum Haushaltsgesetz 1988. Ich lasse darüber in der Reihenfolge der Drucksachennummern abstimmen.

(B) Wir stimmen zuerst über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/1270 ab. Das ist die vierte namentliche Abstimmung. Die Abstimmung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, haben alle Ihre Stimme abgegeben? — Das ist der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis werde ich später bekanntgeben. ***)

Wir kommen jetzt zur fünften namentlichen Abstimmung, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf der Drucksache 11/1289.

Ich eröffne die fünfte namentliche Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, zum Auszählen zu kommen.

Hat jemand bei der fünften namentlichen Abstimmung seine Stimme noch nicht abgegeben? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis auch dieser namentlichen Abstimmung werde ich später bekanntgeben. ****)

Wir kommen zur sechsten namentlichen Abstimmung, und zwar über den Entschließungsantrag der

*) Ergebnis Seite 3072 B
**) Ergebnis Seite 3073 D
***) Ergebnis Seite 3075 B
****) Ergebnis Seite 3076 D

(C) Fraktion der SPD auf der Drucksache 11/1313. Ich eröffne die sechste namentliche Abstimmung.

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? — Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis auch dieser Abstimmung wird später bekanntgegeben. *)

Wir kommen zur letzten namentlichen Abstimmung, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/1314.

Zur Abstimmung über diesen Entschließungsantrag hat der Abgeordnete Scharrenbroich eine Erklärung zu Protokoll überreicht. **)

Ich eröffne die siebente und zugleich letzte namentliche Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der seine Stimme nicht abgegeben hat? — Ich stelle fest, daß alle ihre Stimme abgegeben haben. Ich schließe die Abstimmung. ***) Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt das von den Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Haushaltsgesetz 1988 bekanntgeben. Von den voll stimmberechtigten Mitgliedern des Hauses haben 385 ihre Stimme abgegeben. Davon ungültige Stimmen: keine. Mit Ja haben gestimmt 228, mit Nein haben gestimmt 157. Enthaltungen: keine.

(D) 17 Berliner Abgeordnete haben ihre Stimme abgegeben. Davon ungültige Stimmen: keine. Mit Ja haben gestimmt 11, mit Nein haben gestimmt 6. Enthaltungen: keine.

*) Ergebnis Seite 3078 A
**) Anlage Seite 3083 C
***) Ergebnis Seite 3079 C

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 384 und 17 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 227 und 11 Berliner Abgeordnete
nein: 156 und 6 Berliner Abgeordnete
ungültig: 1

Ja

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Daweke
Frau Dempwolf
Deres
Dörflinger

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Doss
Dr. Dregger
Echternach
Engelsberger
Eylmann
Dr. Fell
Fellner
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedmann
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues

(B)

Frau Hürland-Büning
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kiechle
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Dr. Kohl
Kolb
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Louven
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Neumann (Bremen)

Niegel
Oswald
Frau Pack
Pesch
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stavenhagen
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Strube
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

Berliner Abgeordnete

Frau Berger (Berlin)
Buschbom
Feilcke
Kittelmann
Dr. h. c. Lorenz
Lummer
Dr. Pfennig
Schulze (Berlin)
Straßmeir

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gries
Grüner
Frau Dr. Hamm-Brücher
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Neuhausen
Nolting
Richter
Rind
Ronneburger
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel
Zywietz

Berliner Abgeordnete

Hoppe
Lüder

Nein

SPD

Amling
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Diller
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler

(C)

Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Frau Hämmerle
Hasenfratz
Dr. Hauff
Heistermann
Dr. Holtz
Ibrügger
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Kastning
Kiehm
Kirschner
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Kühbacher
Kuhlwein
Lambinus
Lennartz
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nagel

(D)

Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Rappe (Hildesheim)
Reimann
Frau Renger
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schröer (Mülheim)
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Sieler (Amberg)
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Spöri
Stahl (Kempen)
Steiner

Präsident Dr. Jenninger

Frau Steinhauer
Stiegler
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Toetemeyer
Urbaniak
Vahlberg
Vosen
Waltemathe
Walther
Weiermann
Frau Weiler
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wiefelspütz
von der Wiesche
Dr. de With
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

Berliner Abgeordnete

Egert
Dr. Mitzscherling
Stobbe
Wartenberg (Berlin)

DIE GRÜNEN

Frau Beer
Frau Brahmst-Rock
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schilling
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny
Wüppesahl

Berliner Abgeordnete

Frau Olms
Sellin

Das Haushaltsgesetz 1988 ist damit angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, bis die Ergebnisse der anderen namentlichen Abstimmungen vorliegen, unterbreche ich die Sitzung für einige Minuten.

(Unterbrechung von 12.47 bis 12.55 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich darf die unterbrochene Sitzung fortsetzen. Ich kann drei von den Schriftführern ermittelte Ergebnisse von Abstimmungen bekanntgeben.

Zunächst einmal die zweite namentliche Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/1261. Abgegebene Stimmen: 403; davon ungültige Stimmen : keine; mit Ja haben gestimmt 158; mit Nein haben gestimmt 245; Enthaltungen: keine.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 401; davon

ja: 157
nein: 244

Ja

SPD

Amling
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Diller
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Egert
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Grunenberg
Frau Hämmerle
Hasenfratz
Dr. Hauff
Heistermann
Dr. Holtz
Ibrügger
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Kastning
Kiehm
Kirschner
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Kühbacher
Kuhlwein
Lambinus
Lennartz
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Dr. Mitzscherling
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Reimann
Frau Renger
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schröer (Mülheim)
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Sieler (Amberg)
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Urbaniak
Vahlberg
Vosen
Waltemathe
Walther
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wiefelspütz
von der Wiesche
Dr. de With
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

DIE GRÜNEN

Frau Beer
Frau Brahmst-Rock
Brauer
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hillerich
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Olms
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schilling
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny
Wüppesahl

Nein

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Frau Berger (Berlin)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Buschbom
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Daweke
Frau Dempwolf
Deres
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Engelsberger
Eylmann
Feilcke
Dr. Fell
Fellner
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedmann
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele

(B)

Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Frau Hürland-Büning
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kiechle
Kittelmann
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Kolb
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. h. c. Lorenz
Louven
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Neumann (Bremen)
Niegel
Oswald
Frau Pack
Pesch
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

SPD

Dr. Gautier
Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Nagel
Rappe (Hildesheim)
Steiner

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grüner
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Neuhausen
Nolting
Richter
Rind
Ronneburger
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel
Zywietz

(C)

(D)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Zweitens das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/1353. Abgegebene Stimmen: 384; davon ungültige Stimmen: keine; mit Ja haben gestimmt 148; mit Nein haben gestimmt 231; Enthaltungen: 5.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 383; davon

ja:	147
nein:	231
enthalten:	5

Ja

SPD

Amling
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Diller
Egert
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Dr. Gautier
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Grunenberg
Frau Hämmerle
Hasenfratz
Dr. Hauff
Heistermann
Dr. Holtz
Ibrügger
Jahn (Marburg)

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Kastning
Kiehm
Kirschner
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Kühbacher
Kuhlwein
Lambinus
Lennartz
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Dr. Mitzscherling
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Reimann
Frau Renger
Reuter
Rixe
Roth

(B)

Schäfer (Offenburg)
Schanz
Scherrer
Schluckebier
Schmidt (Salzgitter)
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Sieler (Amberg)
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Urbaniak
Vahlberg
Vosen
Waltemathe
Walther
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wiefelspütz
von der Wiesche
Dr. de With
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

DIE GRÜNEN

Frau Beer
Frau Brahmst-Rock
Brauer
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Frau Hensel
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Olms
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schilling
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Frau Wilms-Kegel
Wüppesahl

Nein

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Buschbom
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Daweke
Frau Dempwolf
Deres
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Engelsberger
Eylmann
Feilcke
Dr. Fell
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedmann
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Frau Hürland-Büning
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kiechle
Kittelmann
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Kolb
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. h. c. Lorenz
Louven
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Neumann (Bremen)
Niegel
Oswald
Frau Pack
Pesch
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)

(C)

Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)

(D)

Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

SPD

Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Nagel
Rappe (Hildesheim)

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grüner
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Nolting
Richter
Rind
Ronneburger
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel
Zywietz

Enthalten

SPD

Stahl (Kempen)

FDP

Frau Folz-Steinacker
Dr. Hoyer
Neuhausen
Frau Seiler-Albring

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ferner das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/1270. Abgegebene Stimmen: 403; davon ungültige Stimmen: keine; mit Ja haben gestimmt 161; mit Nein haben gestimmt 240; Enthaltungen: 2.

Endgültiges Ergebnis

(B)

Abgegebene Stimmen 402; davon

ja:	160
nein:	239
enthalten:	2
ungültig:	1

Ja

SPD

Amling
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Diller
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Egert
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Frau Hämmerle
Hasenfratz
Dr. Hauff
Heistermann
Dr. Holtz
Ibrügger
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Kiehm
Kirschner
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Kühbacher
Kuhlwein
Lambinus
Lennartz
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Dr. Mitzscherling
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Reimann
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schröer (Mülheim)
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Sieler (Amberg)
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Stahl (Kempen)
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Urbaniak
Vahlberg
Vosen
Waltemathe
Walther
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wiefelspütz
von der Wiesche
Dr. de With
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

DIE GRÜNEN

Frau Beer
Frau Brahmst-Rock
Brauer
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Frau Hillerich
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Olms
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schilling
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny
Wüppesahl

(C)

Nein

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Buschbom
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Daweke
Frau Dempwolf
Deres
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Engelsberger
Eylmann
Feilcke
Dr. Fell
Fellner
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedmann
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs

(D)

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Frau Hürland-Büning
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kiechle
Kittelmann
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Kolb
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner

(B)

Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. h. c. Lorenz
Louven
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Neumann (Bremen)
Niegel
Oswald
Frau Pack
Pesch
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

SPD

Grunenberg
Nagel

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grüner
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Neuhausen
Nolting
Richter
Rind
Ronneburger
Schäfer (Mainz)

(C)

Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel
Zywietz

Enthalten

SPD

Rappe (Hildesheim)
Frau Renger

Der Antrag ist abgelehnt.

Weitere Ergebnisse liegen noch nicht vor. Ich unterbreche die Sitzung erneut bis zur Vorlage weiterer Ergebnisse.

(Unterbrechung: 12.56 bis 13.07 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung fort. Ich darf nun die restlichen von den Schriftführern ermittelten Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekanntgeben.

Zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf der Drucksache 11/1289. Abgegebene Stimmen: 402. Davon ungültig: keine. Mit Ja haben gestimmt 159. Mit Nein haben gestimmt 242. Enthaltungen: 1.

(D)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 399; davon

ja:	158
nein:	240
enthalten:	1

Ja

SPD

Amling
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Diller
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Egert
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Frau Hämmerle
Hasenfratz
Dr. Hauff
Heistermann
Dr. Holtz
Ibrügger
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Kastning
Kiehm
Kirschner
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Kühbacher
Kuhlwein
Lambinus

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Lennartz
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Dr. Mitzscherling
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Reimann
Frau Renger
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schröer (Mülheim)
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Sieler (Amberg)
(B)
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Urbaniak
Vahlberg
Vosen
Waltemathe
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wiefelspütz
von der Wiesche
Dr. de With
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

DIE GRÜNEN

Frau Beer
Frau Brahmst-Rock
Brauer
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Frau Hillerich
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Olms
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schilling
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny
Wüppesahl

Nein

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Buschbom
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Daweke
Deres
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Engelsberger
Eylmann
Feilcke
Dr. Fell
Fellner
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedmann
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Dr. Göhner
Dr. Götz
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Frau Hürland-Büning
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kiechle
Kittelmann
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Kolb
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. h. c. Lorenz
Louven
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Neumann (Bremen)
Niegel
Oswald
Frau Pack
Pesch
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

(C)

(D)

SPD

Grunenberg
Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Nagel
Rappe (Hildesheim)
Stahl (Kempen)

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grüner
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Neuhausen
Nolting
Richter
Rind
Ronneburger
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel
Zywietz

Enthalten

SPD

Walther

Der Antrag ist abgelehnt.

Sodann das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf der Drucksache 11/1313. Abgegebene Stimmen: 399. Ungültige Stimmen: keine. Mit Ja haben gestimmt 129. Mit Nein haben gestimmt 243. Enthaltungen: 27.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 399; davon

(B)

ja:	129
nein:	243
enthalten:	27

Ja

SPD

Amling
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Diller
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Egert
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Grunenberg
Frau Hämmerle
Hasenfratz
Dr. Hauff
Heistermann
Dr. Holtz
Ibrügger
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Kastning
Kiehm
Kirschner
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Kühbacher
Kuhlwein
Lambinus
Lennartz
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Dr. Mitzscherling
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nagel
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Rappe (Hildesheim)
Reimann
Frau Renger
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schröer (Mülheim)
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Sieler (Amberg)
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Stahl (Kempen)
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Urbaniak
Vahlberg
Vosen
Waltemathe
Walther
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wiefelspütz
von der Wiesche
Dr. de With
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

Nein

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl

(C)

Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Buschbom
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Daweke
Frau Dempwolf
Deres
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Engelsberger
Feilcke
Dr. Fell
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Frau Hürland-Büning
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kiechle
Kittelmann
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Kolb
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. h. c. Lorenz
Louven

(D)

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Neumann (Bremen)
Niegel
Oswald
Frau Pack
Pesch
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer

(B)

Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grüner
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Neuhausen
Nolting
Richter
Rind
Ronneburger
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel
Zywietz

DIE GRÜNEN

Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Hillerich
Hüser
Frau Krieger
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Olms
Frau Schmidt-Bott
Stratmann

Enthalten

DIE GRÜNEN

Frau Beer
Frau Brahmst-Rock
Brauer
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schilling
Frau Schoppe
Sellin
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny
Wüppesahl

(C)

Der Antrag ist abgelehnt.

Schließlich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/1314. Abgegebene Stimmen: 395. Ungültig: keine. Mit Ja haben gestimmt 163. Mit Nein haben gestimmt 238. Enthaltungen: 4.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 403; davon

ja:	162
nein:	237
enthalten:	4

Ja

SPD

Amling
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Diller
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Egert
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Grunenberg
Frau Hämmerle
Hasenfratz
Dr. Hauff
Heistermann
Dr. Holtz
Ibrügger
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Kastning
Kiehm
Kirschner
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Kühbacher
Kuhlwein
Lambinus
Lennartz

(D)

Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Dr. Mitzscherling
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nagel
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Rappe (Hildesheim)
Reimann
Frau Renger
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schröer (Mülheim)

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Sieler (Amberg)
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Stahl (Kempen)
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Urbaniak
Vahlberg
Vosen
Waltemathe
Walther
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wiefelspütz
von der Wiesche
Dr. de With
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

DIE GRÜNEN

(B)

Frau Beer
Frau Brahmst-Rock
Brauer
Dr. Daniels (Regensburg)
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Frau Hillerich
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Frau Krieger
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schilling
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny
Wüppesahl

Nein

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Buschbom
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Daweke
Frau Dempwolf
Deres
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Engelsberger
Eylmann
Feilcke
Dr. Fell
Fellner
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedmann
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Frau Hürland-Büning
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kiechle
Kittelmann
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Kolb
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. h. c. Lorenz
Louven
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Neumann (Bremen)
Niegel
Oswald
Frau Pack
Pesch
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff

(C)

Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grüner
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Neuhausen
Nolting
Richter
Rind
Ronneburger
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel
Zywietz

(D)

Enthalten

DIE GRÜNEN

Dr. Briefs
Ebermann
Frau Olms
Wetzel

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung. Wir haben eine anstrengende Woche schwieriger Haushaltsberatungen hinter uns. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, aber auch ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich danken.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 2. Dezember 1987, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 13.08 Uhr)

(C)

(B)

(D)

(A)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

(C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Ahrens *	27. 11.
Bahr	27. 11.
Frau Beck-Oberdorf	27. 11.
Böhm (Melsungen) *	27. 11.
Brandt	27. 11.
Büchner (Speyer) *	27. 11.
Dr. von Bülow	27. 11.
Dr. Dollinger	27. 11.
Duve	27. 11.
Ehrbar	27. 11.
Dr. Faltlhauser	27. 11.
Frau Faße	27. 11.
Dr. Feldmann *	27. 11.
Frau Fuchs (Verl)	27. 11.
Frau Geiger	27. 11.
Grünbeck	27. 11.
Dr. Geißler	27. 11.
Dr. Haack	27. 11.
Freiherr Heereman von Zuydtwyck	27. 11.
Frau Dr. Hellwig	27. 11.
Heyenn	27. 11.
Hiller (Lübeck)	27. 11.
Horn	27. 11.
Hoss	27. 11.
Huonker	27. 11.
Jansen	27. 11.
Frau Karwatzki	27. 11.
Klose	27. 11.
Kraus	27. 11.
Kreuzeder	27. 11.
Dr. Graf Lambsdorff	27. 11.
Leidinger	27. 11.
Lenzer *	27. 11.
Dr. Lippelt	27. 11.
Lowack	27. 11.
Frau Luuk *	27. 11.
Möllemann	27. 11.
Dr. Möller	27. 11.
Dr. Müller *	27. 11.
Müller (Pleisweiler)	27. 11.
Niggemeier	27. 11.
Frau Pack	27. 11.
Paintner	27. 11.
Paterna	27. 11.
Petersen	27. 11.
Pfeifer	27. 11.
Repnik	27. 11.
Reuschenbach	27. 11.
Scheer	27. 11.
Schmidt (München) *	27. 11.
Schmitz (Baesweiler)	27. 11.
Dr. Schöfberger	27. 11.
Frau Steinhauer	27. 11.
Dr. Todenhöfer	27. 11.
Frau Trenz	27. 11.
Voigt (Frankfurt)	27. 11.
Dr. Waigel	27. 11.
Graf von Waldburg-Zeil	27. 11.
Weisskirchen (Wiesloch)	27. 11.
Wieczorek (Duisburg)	27. 11.
Wilz	27. 11.
Wischnewski	27. 11.
Würtz	27. 11.

(B)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2

Erklärung des Abg. Scharrenbroich (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/1314

Auch wenn ich der Bewertung der aktuellen und künftigen Arbeitsmarktentwicklung durch den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Herrn Heinrich Franke, in der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 24. Oktober zustimme, lehne ich den von der SPD-Bundestagsfraktion gestellten Entschließungsantrag ab. Im besagten Interview hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit keineswegs für den Bundeshaushalt 1988 bereits ein Städtebauprogramm von 10 Milliarden DM gefordert. Eine solche Forderung ist auch von mir in meinem heutigen Interview mit der Kölner Tageszeitung Express nicht erhoben worden. Auch die Sozialausschüsse der CDA sprechen — im Gegensatz zur SPD — von öffentlichen Investitionen im Kommunalbereich zu Lasten des Bundeshaushalts von vier Milliarden DM für die nächste Zeit. Vor allem kann dem SPD-Antrag nicht zugestimmt werden, weil in dem jetzt zur Verabschiedung anstehenden Bundeshaushalt 1988 ein solches Programm nicht finanziert werden kann.

(D)

Anlage 3

Amtliche Mitteilungen

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat mitgeteilt, daß sie ihren Antrag „Datenspeicherungspraxis beim Bundeskriminalamt" — Drucksache 11/1015 — zurückzieht.

Die Fraktion der SPD hat mitgeteilt, daß sie ihren Antrag „Änderung der Richtlinien der Bundesregierung für die Vergabe von Mitteln an Verfolgte nichtjüdischer Abstammung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen im Rahmen der Wiedergutmachung" — Drucksache 11/743 — zurückzieht.

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß sie gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Beratung der nachstehenden Vorlagen abgesehen haben:

(A)

Finanzausschuß
Drucksache 11/883 Nr. 47

Haushaltsausschuß
Drucksache 11/840

Ausschuß für Wirtschaft
Drucksache 11/462

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Drucksache 11/85
Drucksache 11/86

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
Drucksache 11/883 Nr. 122

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß sie die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen bzw. von einer Beratung abgesehen haben:

Innenausschuß
Drucksache 11/138 Nr. 3.5

(C)

Ausschuß für Wirtschaft
Drucksache 11/138 Nr. 3.24

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Drucksache 11/253 Nr. 2.9, 2.10, 2.11, 2.12, 2.13, 2.14, 2.15, 2.16, 2.17, 2.18, 2.19, 2.20, 2.21, 2.22, 2.23, 2.24, 2.25
Drucksache 11/339 Nr. 2.3, 2.4, 2.5, 2.6
Drucksache 11/561 Nr. 2.8, 2.9, 2.10, 2.11, 2.12

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Drucksache 11/138 Nr. 137
Drucksache 11/883 Nr. 113, 114

Ausschuß für Forschung und Technologie
Drucksache 11/138 Nr. 3.156
Drucksache 11/883 Nr. 120, 121

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
Drucksache 11/883 Nr. 124

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Drucksache 11/929 Nr. 2.32
Drucksache 11/973 Nr. 2.16

(B)

(D)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-7980